

39. Sitzung

am Dienstag, dem 5. Juli 2022

Inhalt

Fragestunde

Anfrage 1: Wie lange gibt es noch Konzerte und Festivals auf dem Gelände der Wollkämmerei?

Anfrage der Abgeordneten Kai-Lena Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. Juni 2022..... 2150

Anfrage 2: Probewerbungen an Bremer Schulen im neunten Jahrgang

Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Dr. Henrike Müller, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. Juni 2022..... 2152

Anfrage 3: Mehr Garten in die Schule: Schulgärten als wichtige Lern- und Erfahrungsorte für Schüler:innen

Anfrage der Abgeordneten Jan Saffe, Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. Juni 2022..... 2153

Anfrage 4: Fahrradbügel am Stadion am Panzenberg

Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 13. Juni 2022..... 2155

Anfrage 5: Unterstützung von geflüchteten Menschen mit Behinderung

Anfrage der Abgeordneten Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 13. Juni 2022..... 2156

Anfrage 6: Stand der Umsetzung einer insektenfreundlichen Begrünung von Haltestellen in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU
vom 14. Juni 2022.....2158

Anfrage 7: Kommen Genossenschaften beim Neuen Hulsbergviertel zum Zuge?

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU
vom 14. Juni 2022.....2159

Anfrage 8: Arabischer Sprachunterricht in Bremens Schulen

Anfrage der Abgeordneten Jasmina Heritani, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 14. Juni 2022.....2161

Anfrage 9: Neueinschulungen von minderjährigen Flüchtlingskindern für das Schuljahr 2022/2023 an öffentlichen Bremer Schulen

Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (BIW)
vom 15. Juni 2022.....2163

Die schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang.

Aktuelle Stunde

Zech ist raus! Nach den Libeskind-Plänen scheitert das nächste Großprojekt in der Innenstadt unter Rot-Grün-Rot. Wie geht es jetzt weiter?

Abgeordneter Thore Schäck (FDP).....2165

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE).....	2167	Staatsrat Torsten Klieme	2203
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen).....	2170	Abstimmung	2205
Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU).....	2173	Begrünungsortsgesetz weiterentwickeln, Fassadenbegrünung fördern	
Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD).....	2175	Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD vom 17. Juni 2022	
Abgeordneter Thore Schäck (FDP).....	2178	(Drucksache 20/715 S)	
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen).....	2180	Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	2205
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE).....	2180	Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE).....	2206
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte	2182	Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU).....	2207
Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU).....	2186	Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)	2208
Ortsgesetz über das Sanierungsgebiet Blumenthal		Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD)	2209
Mitteilung des Senats vom 14. Juni 2022 (Drucksache 20/714 S)		Staatsrätin Gabriele Nießen.....	2210
Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD).....	2187	Abstimmung	2211
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE).....	2188	Schulassistenz in der Inklusion weiterentwickeln und fest an den Schulen verankern: Individuelle Förderung sicherstellen und attraktive Arbeitsplätze schaffen!	
Abgeordneter Rainer Bensch (CDU)	2189	Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 29. Juni 2022	
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen).....	2190	(Drucksache 20/727 S)	
Abgeordneter Thore Schäck (FDP).....	2191	Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE)	2212
Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD).....	2192	Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD)	2213
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE).....	2193	Abgeordnete Yvonne Averwenser (CDU)	2214
Staatsrätin Gabriele Nießen	2194	Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)	2215
Abstimmung	2196	Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen)	2216
Vertretungspersonal an Bremer Schulen weiterhin flexibel, aber unter effektiver Finanzkontrolle einsetzen!		Staatsrat Torsten Klieme	2218
Antrag der Fraktion der CDU vom 8. März 2022 (Drucksache 20/675 S)		Abstimmung	2220
Abgeordnete Yvonne Averwenser (CDU).....	2196	Bebauungsplan 1278 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum, südlich der Hindenburgstraße, westlich der öffentlichen Parkanlage Ihletal, nördlich der Bahnlinie Bremen-Burg/Bremen-Vegesack	
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP)	2197	Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2022 (Drucksache 20/720 S).....	2220
Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD)	2198	Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Werkstatt Bremen der Stadtgemeinde Bremen	
Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen).....	2199	Mitteilung des Senats vom 28. Juni 2022 (Drucksache 20/725 S).....	2220
Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE).....	2200		
Abgeordnete Yvonne Averwenser (CDU).....	2201		
Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE).....	2202		

Dazu

**Änderungsantrag der Fraktionen
Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE
LINKE
vom 5. Juli 2022
(Drucksache 20/729 S) 74**

**Bericht des städtischen
Petitionsausschusses Nr. 29
vom 1. Juli 2022
(Drucksache 20/728 S) 75**

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete
Anfragen aus der Fragestunde der
Stadtbürgerschaft vom 5. Juli 2022 2222

**Anfrage 10: Kitazuweisungen/Plätze
von Flüchtlingskindern für das neue
Kitajahr 2022/2023**
Anfrage des Abgeordneten Peter Beck
(BIW)
vom 15. Juni 2022 2222

**Anfrage 11: Führerscheinstelle mal
wieder heillos überlastet?**
Anfrage der Abgeordneten Marco
Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion
der CDU
vom 15. Juni 2022 2222

**Anfrage 12: Einrichtung einer
Schulstraße in der Richthofenstraße:
Sachstand und Ausblick**
Anfrage der Abgeordneten Bettina
Hornhues, Heiko Strohmann und
Fraktion der CDU
vom 15. Juni 2022 2223

**Anfrage 13: Gleiche Rechte für alle,
auch für schwerbehinderte Menschen?**
Anfrage der Abgeordneten Sigrid
Grönert, Claas Rohmeyer, Heiko
Strohmann und Fraktion der CDU
vom 15. Juni 2022 2224

**Anfrage 14: Nahversorgung mit
Postdienstleistungen**
Anfrage der Abgeordneten Mehmet
Ali Seyrek, Valentina Tuchel, Mustafa
Güngör und Fraktion der SPD
vom 21. Juni 2022 2224

Die Anfrage wurde vom Fragesteller
zurückgezogen.

**Anfrage 15: Welches
ressortübergreifende Gesamtkonzept
zur Entfernung von Farbvandalismus
hat der Senat entsprechend dem
Bericht des Petitionsausschusses,
Petition S 20/139, erstellt?**
Anfrage der Abgeordneten Birgit
Bergmann, Lencke Wischhusen und
Fraktion der FDP
vom 22. Juni 2022 2224

**Anfrage 16: Zahlt der Senat zu hohe
Mieten für neue
Übergangswohnheime?**
Anfrage der Abgeordneten Jens
Eckhoff, Heiko Strohmann und
Fraktion der CDU
vom 28. Juni 2022 2225

**Anfrage 17: Temporäre Umnutzung
der Straßenbahntrasse auf der
Obernstraße im Zuge der Umleitung
im Sommer 2022**
Anfrage der Abgeordneten Elombo
Bolayela, Mustafa Güngör und
Fraktion der SPD
vom 29. Juni 2022 2226

Konsensliste 2228

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Philipp Bruck, Dr. Solveig Eschen, Uwe Felgenträger, Frank Imhoff, Mazlum Koc, Frank Magnitz, Melanie Morawietz, Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Carsten Sieling, Miriam Strunge.

Vizepräsidentin Antje Grotheer eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Die 39. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer:innen und Vertreter:innen der Medien.

Als Besucher:innen begrüße ich recht herzlich eine Praktikantengruppe der SPD-Fraktion.

Herzlich willkommen!

(Beifall)

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass im Anschluss an die Aktuelle Stunde die Tagesordnungspunkte 14, 8, 15 und 24 behandelt werden sollen.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch den Eingang gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei dem interfraktionell vereinbart wurde, ihn nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um Tagesordnungspunkt 25, Drucksache [20/728 S.](#)

Meine Damen und Herren, weiterhin haben Sie für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte 17, 18, 20, 21 und 22.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Stadtbürgerschaft.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

(Einstimmig)

Ich lasse jetzt gemäß § 22 der Geschäftsordnung über die Konsensliste selbst abstimmen.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste zu.

(Einstimmig)

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, L.F.M.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 17 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor. Die Anfrage 14 wurde zwischenzeitlich vom Fragesteller zurückgezogen.

Anfrage 1: Wie lange gibt es noch Konzerte und Festivals auf dem Gelände der Wollkämmerei? Anfrage der Abgeordneten Kai-Lena Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Juni 2022

Bitte, Frau Kollegin Wargalla!

Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Welche Konzerte und Festivals fanden in den letzten fünf Jahren auf dem Gelände der Bremer Wollkämmerei in Blumenthal statt, welche sind für 2022 geplant, und für wie viele Besucher:innen waren und sind diese jeweils ausgelegt?

2. Mit welchen organisatorischen Vorgaben und Restriktionen hinsichtlich der Spielzeiten, der Lautstärke sowie der infrastrukturellen Gegebenheiten haben Veranstalter:innen zu rechnen, und welche Vorzüge bietet die Wollkämmerei als Veranstaltungsort?

3. Ab wann beginnt der Umbau zum geplanten Schulcampus, und bis wann kann das Gelände demnach noch für Festivals und Konzerte genutzt werden?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Sven Wiebe.

Staatsrat Sven Wiebe: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: In den letzten fünf Jahren fanden die folgenden fünf Veranstaltungen statt: in 2018 das dreizehn°festival mit geplanten maximal 5 000 Besucherinnen und Besuchern, in 2021 das Hellseatic Metal-Open-Air-Festival sowie das Stadtteilstadt der Bürgerstiftung Blumenthal, das Konzert des Wanderlust e. V. und der Club100 pandemiebedingt mit jeweils maximal 1 000 Besucherinnen und Besuchern. Nach Kenntnis des Senats planen die Veranstalterinnen und Veranstalter des Hellseatic Metal-Open-Air-Festivals, dieses auch in 2022 umzusetzen. Bisher hat die Wirtschaftsförderung Bremen GmbH aber noch keine offizielle Anfrage erreicht.

Zu Frage 2: Die im Kämmerei-Quartier genehmigten Veranstaltungen erhalten regelmäßig auch Auflagen zu Lärmschutzmaßnahmen. Demgemäß ist die Lautstärke der an den einzelnen Veranstaltungsorten eingesetzten Lautsprecheranlagen so zu regeln, dass Unbeteiligte beziehungsweise Anlieger nicht gestört oder belästigt werden. Die für das Gebiet einzuhaltenden Werte gemäß TA Lärm dürfen nicht überschritten werden.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit Festivalveranstaltungen im Kämmerei-Quartier wird bei Veranstaltungen, die erfahrungsgemäß mit besonders hohen Geräuschpegeln einhergehen, auch die Erarbeitung einer schallgutachterlichen Abschät-

zung der Geräuscheinwirkungen im Umfeld gefordert. Aus diesen Unterlagen wird sich ergeben, ob weitergehende Schallschutzvorgaben erforderlich werden.

Weitere organisatorische Vorgaben betreffen üblicherweise einzuhaltende Sicherheitskonzepte, Straßensperrungen in Absprache mit der Ortspolizeibehörde, Veranstalterhaftpflichten, den Nachweis von Stellplatzflächen, den Brandschutz, statische Belange bei beispielsweise Aufbauten, Bühnen und Zelten sowie lebensmittelrechtliche Anforderungen.

Das Kämmerei-Quartier bietet als Veranstaltungsort den Vorzug einer besonderen Lage in einem denkmalgeschützten Ensemble von Industriegebäuden, die mit dem S-Bahn-Haltepunkt über eine gute Nahverkehrsanbindung und einer robusten planungsrechtlichen Ausweisung als Gewerbe- und Industriegebiet ohne Wohnbebauung einhergeht.

Zu Frage 3: Das in 2019 erarbeitete Strukturkonzept für das Kämmerei-Quartier sieht eine phasenweise Entwicklung eines Berufsbildungscampus vor. Der Baustart des Berufsbildungscampus beginnt mit dem Um- und Weiterbau des Gebäudes 43/44, dem ehemaligen Sortiergebäude, im dritten Quartal dieses Jahres mit der Schadstoffsanierung und der Dacherneuerung.

Die Inbetriebnahme des ersten Bauabschnitts des Schulzentrums Blumenthal ist zum Ausbildungsjahr 2024/2025 geplant. Der zweite Bauabschnitt soll im Sommer 2026 zur Verfügung stehen. Die berufsbildenden Schulen – Schulzentren an der Alwin-Lonke-Straße und Schulzentrum Vegesack – sowie die Berufsbildende Schule für Metalltechnik sollen in den Folgejahren nachziehen.

Mit der historischen Achse und den zukünftigen öffentlichen Freiräumen auf dem Gelände des Berufsbildungscampus wird das Kämmerei-Quartier auch zukünftig für Veranstaltungen nutzbar sein. Vor diesem Hintergrund erfolgt auch der Ausbau der Veranstaltungsinfrastruktur an der historischen Achse.

Zukünftige Räume des Berufsbildungscampus wie Sporthallen und Mensen, aber auch Infrastrukturangebote, wie beispielsweise zentral organisierte Stellplätze und Mobilitätsangebote, könnten perspektivisch zur weiteren Qualifizierung des Veranstaltungsortes Kämmerei-Quartier beitragen. – So weit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen): Das Besondere an dem Ort ist ja auch, soweit ich weiß, dass es das einzige Festivalgelände ist, wo mehrtägige Festivals möglich sind und die Besucher:innen vor Ort auch campen können, oder gibt es da noch andere Flächen für so etwas in Bremen?

Staatsrat Sven Wiebe: Ich würde jetzt nicht so weit gehen zu sagen, das ist der einzige Ort in Bremen, aber jedenfalls ist er als ein solcher Ort natürlich qualifiziert.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben jetzt gesagt, dass das Gelände weiterhin als Veranstaltungsort nutzbar sein wird, das ist natürlich toll, aber dann frage ich mich: Können denn dann auch solche mehrtägigen Festivals inklusive Camping dort in Zukunft stattfinden? Das konnte ich da jetzt nicht so heraushören.

Staatsrat Sven Wiebe: Das will ich auch nicht so pauschal zusagen,

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Schade!)

aber wenn es ein entsprechendes Interesse gibt, wird das sicher auch sehr konstruktiv vonseiten der zuständigen Behörden geprüft werden.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen): Würden Sie mir denn zustimmen, dass es erstrebenswert ist, mindestens eine solche Fläche in Bremen zu haben, wo ein mehrtägiges Festival inklusive Camping stattfinden kann?

Staatsrat Sven Wiebe: Dem kann ich auf jeden Fall zustimmen.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Elombo Bolayela. – Bitte sehr!

Abgeordneter Elombo Bolayela (SPD): Herr Staatsrat, Sie haben gesagt, Sie sehen, dieses Kämmerquartier hat viel Potenzial, gerade im Bereich

der Kultur. Können Sie sich vorstellen, dort für die Zukunft eine dauerhafte Bühne zu platzieren – darüber haben wir auch vor Ort mit den Kollegen gesprochen –, so etwas wie eine Art Betonbühne, um dort weitere Möglichkeiten für Künstlerinnen und Künstler auf Dauer zu etablieren?

Staatsrat Sven Wiebe: Auch das ist etwas, was ich jetzt nicht so ohne Weiteres bejahen kann. Das bedarf sicher einer genaueren Betrachtung, nehme ich aber gern noch einmal mit.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Anfrage 2: Probewerbungen an Bremer Schulen im neunten Jahrgang
Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Dr. Henrike Müller, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Juni 2022

Bitte, Herr Abgeordneter Hupe!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat grundsätzlich Initiativen an Schulen in Bremen, an denen Fachleute aus verschiedenen Betrieben jeweils eine Klasse des neunten Jahrgangs begleiten und mit ihnen im Rahmen von Probewerbungen exemplarisch das Bewerbungsverfahren und ein Vorstellungsgespräch durchführen und hierzu den Schüler:innen im Nachgang ein realistisches Feedback geben?

2. An welchen Bremer Schulen gibt es solche Probewerbungen, und welche Möglichkeiten sieht der Senat, weitere Schulen und Betriebe dafür zu gewinnen, dass möglichst viele Schüler:innen des neunten Jahrgangs eine Probewerbung machen können?

3. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, auch aus den städtischen Eigenbetrieben Kontaktpersonen für ein bestimmtes Stundenkontingent mit dem Ziel freizustellen, in Zusammenarbeit mit den Schulen Probewerbungen mit Schüler:innen durchzuführen?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Torsten Klieme.

Staatsrat Torsten Klieme: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat bewertet oben genannte Initiativen sowie einschlägige Angebote weiterer Akteure durchweg positiv. Unterrichtsinhalte zu Bewerbungen legen die Schulen über die verpflichtend zu erstellenden Berufsorientierungskonzepte der Schulen fest. Die Richtlinie zur Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen fordert die Schulen zudem auf, Kooperationen mit Unternehmen einzugehen, um sie für die berufliche Orientierung fruchtbar zu machen. Von den Kammern und Verbänden sowie der Senatorin für Kinder und Bildung werden die Aktivitäten von Unternehmen an Schulen im Rahmen der Initiative „Unternehmen in Schulen“ unterstützt.

Zu Frage 2: Die Unternehmenskooperationen und deren Inhalte legen die Schulen nach ihren Schwerpunkten und in ihrer pädagogischen Eigenverantwortung fest. Die Inhalte dieser Kooperationen einschließlich der Frage nach Bewerbungstrainings werden nicht zentral erhoben und sind in der Kürze der Zeit der Beantwortung dieser Anfrage nicht ermittelbar.

Eine Möglichkeit, verstärkend auf den Aspekt der Bewerbungen im Rahmen von Unternehmenskooperationen hinzuweisen, sieht der Senat in den regelmäßig stattfindenden Dienstbesprechungen der Berufsorientierungskräfte der Schulen, bei denen anlassbezogen immer wieder auch Vertreterinnen und Vertreter der Kammern und Verbände anwesend sind. Eine Chance zur realitätsnahen Übung von Bewerbungen bieten ohnehin die Betriebspraktika der Schülerinnen und Schüler, darauf weisen bereits die Bremer Praktikumsleitfäden für Schulen, Schülerinnen und Schüler und Unternehmen hin. Es gilt hierbei zu berücksichtigen, dass Bewerbungstrainings oder „Probewerbungen“ als Teilmenge im Zusammenhang mit der Gesamtheit der Maßnahmen zur beruflichen Orientierung gesehen werden müssen.

Zu Frage 3: Die Senatorin für Kinder und Bildung wird prüfen, inwieweit gegebenenfalls bereits Kooperationen zwischen städtischen Eigenbetrieben und Schulen bestehen, die unter anderem für Bewerbungstrainings und weitere Aspekte der beruflichen Orientierung genutzt werden können. Dies konnte aufgrund des kurzen Zeitraums für die Beantwortung dieser Anfrage nicht überprüft werden. – So weit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, Sie haben zu Frage 3 und auch zum Teil zu Frage 2 ausgeführt, dass die Zeit zur Beantwortung nicht ausgereicht hat. Insbesondere zu der Frage, welche Schulen die Probebewerbungen durchführen und ob es die Möglichkeit gibt, auch aus städtischen Betrieben Personal für diese Aufgabe freizustellen, steht die Antwort noch aus. Können Sie mir zusichern, das dann zur nächsten Deputationssitzung noch einmal zu beantworten?

Staatsrat Torsten Klieme: Ja, selbstverständlich! Wir werden Ihnen das schriftlich nachreichen.

(Abgeordneter Christopher Hupe [Bündnis 90/Die Grünen]: Gut! Vielen Dank!)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Anfrage 3: Mehr Garten in die Schule: Schulgärten als wichtige Lern- und Erfahrungsorte für Schüler:innen

Anfrage der Abgeordneten Jan Saffe, Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Juni 2022

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Jan Saffe (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. An wie vielen Schulen in Bremen gibt es Schulgärten, und was wird in ihnen angepflanzt und geerntet – bitte differenziert nach klassischen Schulgärten, naturnah angelegten Schulhöfen und intensiv genutzten Gärten außerhalb von Schulen –?
2. Wie bewertet der Senat die Anlage und Pflege von Schulgärten grundsätzlich für die Arbeit von Schulen, und welche Möglichkeiten sieht er, dass weitere Schulen Schulgärten anlegen?
3. Welche Unterstützung bekommen Schulen, die Schulgärten anlegen wollen, und wie können sie sich vorab informieren beziehungsweise qualifizieren?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Torsten Klieme.

Staatsrat Torsten Klieme: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Nach aktueller Abfrage haben rund 65 Prozent der Grundschulen in Bremen und rund 75 Prozent der Grundschulen in Bremerhaven einen Schulgarten. Auch Oberschulen und Gymnasien haben einen Schulgarten. Eine vollständige Abfrage war in der Kürze der Zeit allerdings nicht möglich.

Die Ausgestaltung ist dabei vielfältig: Beim Großteil der Schulgärten handelt es sich um Gärten im klassischen Sinne mit angelegten Beeten, aber auch Hochbeete nehmen immer mehr zu. Angebaut werden Kräuter und Gemüse, die dann von einzelnen Klassen oder auch Arbeitsgemeinschaften verarbeitet werden. An mehreren Schulen stehen zudem auf dem Schulgelände Obstbäume und Beeresträucher, einige haben Blumenwiesen angelegt und beobachten das Wachstum der Pflanzen und die Nutzung der Blumenwiesen durch Insekten. Der Schulgarten ist in einigen Schulen an ein grünes Klassenzimmer angegliedert, sodass dort auch Unterricht stattfindet.

Schulen, die auf dem eigenen Gelände keine geeigneten Flächen haben, den Schulgarten vor Vandalismus schützen möchten beziehungsweise auch fachliche Unterstützung suchen, kooperieren mit örtlichen Kleingartenvereinen und nutzen dort eigens für die Schulen zur Verfügung gestellte Kleingärten.

Seit einigen Jahren stellt der Imkerverein Bremen von 1875 e. V. den Schulen Bienenschaukästen zur Verfügung, die von einigen Grundschulen genutzt werden, um Bienen zu beobachten und damit das Verständnis für das Leben der Insekten zu wecken und die Kinder für die Gefährdung von Bienen und Insekten im Allgemeinen zu sensibilisieren.

Zu Frage 2: Grundsätzlich ist die Anlage von Schulgärten sehr zu begrüßen, da sie Gelegenheit bieten, Kindern in der Stadt nahezubringen, woher unsere Nahrung kommt und was aus dem angebauten Gemüse zubereitet werden kann. Das Zubereiten von Mahlzeiten aus frischen Zutaten ist in vielen Familien heute nicht mehr selbstverständlich.

Die Arbeit im Schulgarten, das Säen, Gießen, Beobachten, Pflegen und Ernten knüpft an die Ziele des Bildungsplans Sachunterricht an. Neben den oben genannten Gemüseanpflanzungen werden Schulgärten auch genutzt, um zum Beispiel das Wachstum und den Jahreszyklus von Frühblüheren zu beobachten und zu dokumentieren.

Schulen, die derzeit keinen Schulgarten haben, haben dafür gute Gründe: Ein Schulgarten benötigt immer eine Person, die sich besonders verantwortlich fühlt, damit er ein Erfolgsprojekt wird. Insbesondere in den Sommerferien ist ein Gießdienst notwendig, den Erwachsene begleiten und organisieren müssen. Die Haupterntezeit fällt für viele Gemüsearten in die Zeit der Sommerferien. Es bedarf also neben der Bereitschaft, den Garten auch in den Ferien zu pflegen, auch der Sachkenntnis, welche Gemüsesorten angepflanzt werden sollten, damit möglichst vieles außerhalb der Ferien geerntet werden kann.

Schulhöfe sind öffentlich zugänglich, daher sind auch die Beete der Schulgärten nicht geschützt. Schulen mussten die Erfahrung machen, dass Beete zerstört wurden und damit die Frustration bei den Kindern hoch war, sodass der Schulgarten wieder aufgegeben wurde. Damit die Zahl der Schulgärten dennoch weiter steigt, macht die Senatorin für Kinder und Bildung regelmäßig auf Unterstützungsmöglichkeiten von Vereinen aufmerksam.

Zu Frage 3: Eine gute Unterstützung sowohl für Schulen, die einen Schulgarten neu anlegen möchten, als auch für diejenigen, die sich inspirieren lassen möchten, bietet der Landesverband der Gartenfreunde Bremen e. V. insbesondere durch das FlorAtrium. Hier finden regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen rund um das Thema Schulgarten statt. Um die Vielfalt der Schulgartenkultur an Bremer Schulen sichtbar zu machen, lobt der Verein jedes Jahr einen Preis aus, um besonders gelungene Konzepte vorzustellen.

Die „Gemüseackerdemie“ ist ein mehrfach ausgezeichnetes Bildungsprogramm für dritte bis sechste Klassen und bietet Schulen die Möglichkeit, sich bei der Einrichtung eines Schulgartens professionell beraten zu lassen. Über einen Zeitraum von zwei Jahren werden die Schulen aktiv bei der Gestaltung ihres neuen Schulgartens begleitet. Schulen, die einen Schulgarten anlegen möchten, können sich ebenso von ortsansässigen Initiativen wie zum Beispiel „Arbeit und Ökologie“ beraten lassen. – So weit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Jan Saffe (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Klieme, ich verstehe diese Antwort des Senats als ein klares Bekenntnis für die Notwendigkeit und den Nutzen von Schulgärten, was ihnen auch entspringt. Ich habe noch eine

Frage: Ich habe mich gefreut, dass zwar begrüßt wird, dass Schulgärten Kindern in der Stadt die Gelegenheit bieten zu erfahren oder ihnen nahezu-bringen, woher das Essen kommt. Ich würde das gern einmal erweitern: Die Schulgärten sind ja nur die kleinere Stufe. Können die Kinder aus der Stadt auch erfahren, woher das Essen kommt, das sie in den Schulmensen angeboten bekommen?

Staatsrat Torsten Klieme: Grundsätzlich wäre es natürlich sehr wünschenswert, wenn Schülerinnen und Schüler auch eine Information darüber bekä-men, woher das Essen in den Schulmensen kommt, wer die Lieferanten sind, ob es lokal ist, ob es regi-onal ist, ob es ökologisch angebaut wurde. Ich weiß, dass es an einigen Schulen durchaus üblich ist, dass darüber aufgeklärt wird. Ich vermute jetzt aber einmal, dass das nicht der Standard an allen Schulen in Bremen ist, an denen ein Mittagessen angeboten wird.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Jan Saffe (Bündnis 90/Die Grünen): Würden Sie das als Anregung mitnehmen, so in Ihrer Arbeit dafür zu sorgen, dass mehr Schülerinnen und Schüler erfahren können, woher das Essen stammt, das sie in den Schulmensen bekommen?

Staatsrat Torsten Klieme: Ich finde das ein wichtiges Anliegen, wir werden das mit aufnehmen. Vielen Dank für die Anregung!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Jan Saffe (Bündnis 90/Die Grünen): Gibt es für Schulen, die auch einen Schulgarten an-legen wollen – sie haben derzeit ja hier und da Schwierigkeiten –, eigentlich irgendeine finanzi-elle Unterstützung seitens des Ressorts für das An-legen von Schulgärten?

Staatsrat Torsten Klieme: Ja, die gibt es. Die Schu-len können sozusagen aus ihrem Budget, aus ihrem Schulbudget, für das ja auch Sachmittel vorgese-hen sind, durchaus auch Anschaffungen – Geräte, Saatgut, Pflanzen – für die Bewirtschaftung ihres Schulgartens finanzieren.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatz-fragen liegen nicht vor.

Anfrage 4: Fahrradbügel am Stadion am Panzen-berg

Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 13. Juni 2022

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE): Wir fra-gen den Senat:

1. Ist dem Senat bekannt, dass sich der Beirat Walle und der Bremer Sportverein zusätzliche Fahrrad-stellplätze am Stadion am Panzenberg wünschen, weil die bisherige Anzahl an Fahrradbügeln an der Spielstätte erheblich zu knapp bemessen ist?

2. Welche Pläne bestehen zur Aufstockung der Fahrradbügel am Stadion am Panzenberg – etwa auf bisherigen Flächen für Pkws – vonseiten der zu-ständigen Ämter?

3. Können die zusätzlichen Stellplätze für Fahrrä-der schon zum Beginn der Regionalligasaison ein-gerichtet werden?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Staatsrätin Gabriele Nießen.

Staatsrätin Gabriele Nießen: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, sehr ge-ehrte Damen und Herren hier im Zuschauerraum und am Fernseher! Gestatten Sie mir ganz kurz noch einmal, die Senatorin krankheitsbedingt zu entschuldigen und herzlich zu grüßen! Für den Se-nat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Dem Senat sind vor dieser Anfrage keine offiziellen Beschlüsse oder Anträge zu die-sem Thema bekannt gewesen. Der Mangel an Fahrradbügeln ist dem Senat jedoch bekannt.

Zu Frage 2: Zurzeit wird durch das Amt für Straßen und Verkehr geprüft, ob und wie auf der Fläche un-terhalb der B 6 Fahrradbügel aufgestellt werden können.

Zu Frage 3: Die Prüfung, Umsetzung und Finanze-rung wird Zeit in Anspruch nehmen. Es wird jedoch auch überprüft, ob temporäre Fahrradbügel zum Start der Regionalligasaison aufgestellt werden können. Grundsätzlich ist es dem Senat ein Anlie-gen, dass die Zuschauer:innen mit dem Rad zu Sportveranstaltungen anreisen und dieses auch si-cher abstellen können. – So weit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE): Ist Ihnen bekannt, dass letzte Woche eine Ortsbegehung des Amtes für Straßen und Verkehr und des Beirats stattgefunden hat?

Staatsrätin Gabriele Nießen: Vielen Dank, Herr Abgeordneter, dass Sie noch einmal nachfragen! Ja, das ist uns bekannt, das hat jetzt etwas mit dem Schreiben der Senatsvorlage und den Tagesaktualitäten zu tun. Es hat einen Ortstermin mit dem Ortsamt und dem Amt für Straßen und Verkehr gegeben. Bei diesem wurde vereinbart – und darüber freuen wir uns sehr –, dass die geforderten 60 bis 80 Fahrradbügel am Stadion am Panzenberg durch das ASV aufgestellt werden sollen. Die Standorte, das ist dann ja auch immer eine Frage, wurden ebenfalls mit dem Ortsamt und dem BSV vorabgestimmt. Die Finanzierung – ein wichtiges Thema! – soll über das Stadtteilbudget erfolgen.

Wenn Sie jetzt fragen, und wann kommen sie dann – auch eine berechtigte Frage! –: Da werden sie jetzt bestellt. Ein bisschen sind ja die Liefersituationen gerade schwierig, sodass ich Ihnen diese Frage im Moment nicht beantworten kann. Wir hoffen aber, dass die Fahrradbügel zeitnah geliefert werden können, damit wir sie dann in diesem Jahr auch noch aufstellen können. So weit, Herr Abgeordneter, die Beantwortung von unserer Seite!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordneter Cindi Tuncel [DIE LINKE]: Frau Präsidentin, die Staatsrätin wusste alle meine Fragen zu beantworten! Danke für die Beantwortung! Schön, dass sich jetzt etwas bewegt und etwas tut! – Danke!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Anfrage 5: Unterstützung von geflüchteten Menschen mit Behinderung
Anfrage der Abgeordneten Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 13. Juni 2022

Bitte, Herr Kollege Zimmer!

Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

1. Wie hoch ist der Anteil behinderter Menschen an der Gesamtzahl der Geflüchteten in der Stadt Bremen?

2. Welche speziellen Hilfe- und Unterstützungsangebote für geflüchtete Menschen mit Behinderung werden seitens der senatorischen Behörde für Soziales, Integration, Jugend und Sport, des Amtes für Soziale Dienste und der Träger in der Versorgung geflüchteter Menschen in Bremen angeboten?

3. Wird Barrierefreiheit für die diversen Integrations- beziehungsweise Sprachkurse sichergestellt, wenn ja, in welcher Form, wenn nein, warum nicht?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Jan Fries.

Staatsrat Jan Fries: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Zum Stichtag 21. Juni 2022 lag der Anteil an geistig oder körperlich behinderten Menschen in den Unterkünften des Landes und der Stadtgemeinde Bremen bei 42 Personen, das sind 1,25 Prozent aller Geflüchteten in den Einrichtungen. Darüber hinaus ist eine einstellige Zahl an Menschen mit Behinderungen beim Amt für Soziale Dienste vorstellig geworden, die privat untergebracht sind.

Zu Frage 2: 15 Unterkünfte für Geflüchtete verfügen über barrierefreien Wohnraum. Insgesamt stehen dort 27 Zimmer und 30 Wohnungen beziehungsweise Appartements zur Verfügung. Seit Herbst 2021 besteht zudem eine Kooperation der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport mit dem Projekt BeSAFE. BeSAFE ist ein Modellprojekt der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer in Zusammenarbeit mit dem Psychosozialen Behandlungszentrum für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transpersonen und Intersexuelle, Rosa Strippe e. V. BeSAFE soll ein Konzept entwickeln und erproben, mit dem sich besondere Schutzbedarfe in Erstaufnahmeeinrichtungen identifizieren lassen. Die Pilotierung erfolgt bis Ende 2022.

Anfragen von geflüchteten Personen mit Behinderungen beziehungsweise Personen im Umfeld werden an das Amt für Soziale Dienste weitergeleitet. Hier werden die Unterstützungsbedarfe ermittelt und passende Hilfen und Angebote gesucht. Es besteht eine enge Kooperation mit Beratungsstellen und Leistungserbringern für behinderte Menschen.

Zu Frage 3: Mehrere Sprachlernangebote wenden sich gezielt an zugewanderte Menschen mit körperlichen und leichten kognitiven Beeinträchtigungen. Für Menschen mit einer Sehbeeinträchtigung bietet das Paritätische Bildungswerk Integrationskurse an. Seit 2020 wird in Bremen zudem ein Modellprojekt zur Sprachvermittlung für Menschen mit kognitiven Einschränkungen umgesetzt. Auf Basis der Projekterkenntnisse wird angestrebt, demnächst einen Integrationskurs für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen als Pilotvorhaben umzusetzen.

Bremen setzt sich bundesweit dafür ein, dass diese Angebote in die Fläche getragen werden. Die Integrationsministerkonferenz hat im Frühjahr 2022 auf Initiative der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport den Bund aufgefordert, entsprechende Angebote zu entwickeln, finanziell zu unterstützen und in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen. – So weit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE): Beim letzten Landesbehindertenparlament hier in Bremen kam die Frage und vor allen Dingen auch das Problem auf, dass gerade für Menschen im Rollstuhl nicht genügend Wohnraum zur Verfügung steht oder dass es äußerst schwierig ist, dann aus den Unterkünften in eigenen Wohnraum zu ziehen. Können Sie dazu noch etwas sagen?

Staatsrat Jan Fries: Das generelle Problem am Wohnungsmarkt zu rollstuhlgerechtem Wohnraum ist bekannt, da gibt es ja die gemeinsame Arbeitsgruppe des Bauressorts und unter Einbeziehung des Landesbehindertenbeauftragten, wo diese Punkte angegangen werden. Das ist eine bisher noch unbefriedigende Situation, an der der Senat aber arbeitet.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE): Wie sieht das dann für Menschen im Rollstuhl konkret aus, wenn sie dann auf dem Wohnungsmarkt auf Wohnungssuche sind? Wie sind da die Hilfeangebote ganz konkret?

Staatsrat Jan Fries: Wie gesagt, die Beratungsstelle kom.fort bekommt von uns Zuwendungen, um hier beratend tätig zu werden. Auch die GEWOBA nimmt da eine Vorbildfunktion ein, aber letztlich

können natürlich nur die Wohnungen vermittelt werden, die es tatsächlich gibt; und wenn es zu wenig Wohnungen gibt, kann man natürlich die Informationen verbessern, aber das generelle Problem bleibt dann natürlich bestehen.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE): Ebenfalls im Landesbehindertenparlament kam das Problem zur Sprache, dass diverse Deutschkurse nicht barrierefrei sind, sprich, dass sie mit dem Rollstuhl nicht erreichbar sind. Können Sie das bestätigen oder dementieren?

Staatsrat Jan Fries: Das kann ich nicht generell bestätigen. Die Antwort wies aber darauf hin, dass bestimmte Kurse barrierefrei sind, was den Rückschluss nahelegt, dass leider nicht alle Kurse barrierefrei sind oder in barrierefreien Räumlichkeiten stattfinden. Wir sind aber bemüht, dass es ausreichend Angebote gibt, die Menschen im Rollstuhl wahrnehmen können.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert. – Bitte sehr!

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Wir haben eben über Menschen mit Rollstuhl unter den Geflüchteten geredet. Es kommen aber ja auch sicher Menschen hier an, die keinen Rollstuhl haben oder denen andere Hilfsmittel fehlen, von einer Brille über Hörgeräte. Wie lange dauert es, bis sie diese Hilfsmittel bekommen?

Staatsrat Jan Fries: Das kann ich aus dem Kopf nicht beantworten. Das müsste ich in der Deputation nachreichen, und das mache ich auch gern.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Kann man davon ausgehen, dass das ähnlich lange dauert, wie es jetzt auch bei den Bürgern dauert, die hier leben, also viele Monate, oder gibt es da irgendwelche beschleunigten Verfahren?

Staatsrat Jan Fries: Im Grundsatz gehe ich davon aus, dass sozusagen die offizielle Bewilligung genauso lange dauert wie für die Bevölkerung hier, es aber natürlich Bemühungen gibt, durch die Einrichtungsträger notwendige Geräte zu organisieren. Insbesondere bei Rollstühlen weiß ich, dass es

da durch die Hilfsorganisationen und Spenden eine Möglichkeit gibt, hier eine schnelle Versorgung herzustellen. Ich nehme an, dass das bei Geräten, wo sich das anbietet – bei Hörgeräten wahrscheinlich eher weniger –, möglich ist, und ansonsten ist es wie in anderen Bereichen auch: Es muss der Bedarf festgestellt werden, und dann müssen die Geräte beschafft werden.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordnete Sigrid Grönert [CDU]: Nein, aber ich freue mich noch auf die Vorlage!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Anfrage 6: Stand der Umsetzung einer insektenfreundlichen Begrünung von Haltestellen in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 14. Juni 2022

Bitte, Frau Kollegin Neumeyer!

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Fahrgastunterstände in der Stadtgemeinde Bremen wurden bisher insektenfreundlich begrünt?
2. Wie viele Fahrgastunterstände in der Stadtgemeinde Bremen wurden bisher auf ihre Geeignetheit für eine Dachbegrünung geprüft und als geeignet ermittelt?
3. Wann und mit welchem Ergebnis wurden Gespräche zwischen der BSAG und dem Unternehmen Wall GmbH über die Zwischenlösung für die Dachbegrünung der Fahrgastunterstände bis zum Ende des aktuellen Vertrags im Jahr 2025 geführt?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Staatsrätin Gabriele Nießen.

Staatsrätin Gabriele Nießen: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die BSAG hat seit 2020 einen eigenen Fahrgastunterstand bepflanzt, um Erfahrungen zu sammeln. Der Versuch kann grundsätzlich als positiv bewertet werden.

Die Firma Wall hat jetzt damit begonnen, begrünte Unterstände in ihr Programm aufzunehmen, sodass künftig die Voraussetzungen bestehen, weitere bepflanzte Fahrgastunterstände in Bremen einzurichten.

Zu Frage 2: Die vorhandenen Fahrgastunterstände können nicht begrünt werden, da die Statik dafür nicht ausreicht. Notwendig ist hier ein kompletter Austausch oder Neubau.

Zu Frage 3: Der derzeit gültige Vertrag zwischen der BSAG und der Firma Wall wird unter Berücksichtigung des eingeführten Tabakwerbeverbots bis 2029 bestehen bleiben. Die BSAG und die Firma Wall arbeiten derzeit an einer Ergänzungsvereinbarung. Darin enthalten ist auch die mögliche Lieferung und Aufstellung von begrünten Fahrgastunterständen, gekoppelt an die Anbringung digitaler Werbung an vorhandenen Werbeträgern der Firma Wall. Nach Abschluss der Vereinbarung, die kurz bevorsteht, können zeitnah geeignete Standorte gesucht werden. – So weit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Frau Staatsrätin, mit diesem Thema befassen wir uns ja jetzt schon mehrere Jahre. Der Kollege Saxe und ich mussten ja mehrmals darauf drängen, dass wirklich Gespräche mit der Firma Wall aufgenommen werden und so weiter, und jetzt sagen Sie mir, es ist bisher nur eine Haltestelle begrünt, die der BSAG selbst gehört. In welcher Zeit oder bis wann und wie viele weitere Unterstände werden denn begrünt, sagen wir einmal, bis Mitte nächsten Jahres? Was denken Sie?

Staatsrätin Gabriele Nießen: Vielen Dank, Frau Neumeyer, für Ihre Nachfrage! Ich habe die Antwort mitgebracht. Das hat mich auch bewogen, doch noch einmal nachzufragen. Wir gehen davon aus, dass 26 weitere Haltestellen begrünt werden können. Ich verweise noch einmal auf die Antwort: Es geht dann immer um neue Wartehallen, die vorhandenen können eben nicht begrünt werden. Wenn dann ein Austausch stattfindet, erfolgt dieser Austausch dann durch eine neue und begrünte Haltestelle, und wir gehen davon aus, dass diese 26 weiteren begrünten Haltestellen in den nächsten Jahren neu errichtet werden. Das ist jetzt in der Zeitschiene nicht weiter quantifiziert und einsortiert. Da biete ich Ihnen an, das mitzunehmen und noch einmal zu beantworten. Sie hatten gefragt,

wie viele Haltestellen bis Mitte nächsten Jahres, habe ich verstanden.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Frau Staatsrätin, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie das dann in einer der nächsten Deputationsitzungen berichten würden! – Danke schön!

Staatsrätin Gabriele Nießen: Herzlich gern!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Ralph Saxe. - Bitte sehr!

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Es hat bei mir auch lange gedauert, bis ich das mit dem Tabakwerbeverbot verstanden habe und mit den wenigen eigenen BSAG-Haltestellen. Können Sie etwas zur Kostensituation sagen? Wie viel kostet denn so ein Umbau/Neubau so einer bienenfreundlichen Haltestelle?

Staatsrätin Gabriele Nießen: Das ist eine sehr berechtigte Frage, vielen Dank, Herr Saxe! Das kann ich heute nicht ausführen. Ich biete Ihnen an, das mitzunehmen und das selbstverständlich nachzureichen.

(Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Okay, danke!)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Anfrage 7: Kommen Genossenschaften beim Neuen Hulsbergviertel zum Zuge?

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 14. Juni 2022

Bitte, Frau Kollegin Neumeyer!

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Welche Baufelder des städtischen Quartiers Neues Hulsbergviertel wurden wie – Verkauf oder Erbpacht – bisher veräußert?

2. Bei welchen Baufeldern konnten Genossenschaften den Zuschlag erhalten?

3. Wann und wie soll der Verkauf/die Vergabe des Baufeldes 13 erfolgen?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Staatsrätin Gabriele Nießen.

Staatsrätin Gabriele Nießen: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Nach Auskunft der Grundstücksentwicklung Klinikum Bremen-Mitte GmbH wurden folgende Baufelder mit folgenden Grundstücksnummern verkauft: Baufeld Ärztehaus Los 1, Baufeld M2 Los 2, Projekt KARL, Baufeld H2 Los 3, Projekt Sorgenfrei 1, Baufelder B2, B3, E, F und Haus 8 Los 6, St.-Jürgen-Quartier, Baufeld Haus 37 Los 4, Prof.-Hess-Kinderklinik, und Baufeld Haus 38 a Los 8 Ost, Kinderklinik an der Friedrich-Karl-Straße.

Zu Frage 2: Das Baufeld M2, Los 2, an der Friedrich-Karl-Straße wurde 2021 an die KARL solidarisch bauen und wohnen eG veräußert.

Zu Frage 3: Angestrebt wird ein Verkauf im Jahr 2022. Die Grundstücksentwicklung Klinikum Bremen-Mitte GmbH bereitet gegenwärtig einen Direktverkauf zum Festpreis, dem Verkehrswert, vor. Verkaufszeitpunkt und Verkaufsverfahren stehen unter Gremienvorbehalt. – So weit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Es gab ja eine Genossenschaft, die sich um das Bettenhaus bemüht hat. Welche Chancen hat diese Genossenschaft, jetzt ein Baufeld zu erwerben, weil das Bettenhaus ja nicht mehr zur Verfügung steht?

Staatsrätin Gabriele Nießen: Sehr geehrte Frau Neumeyer, vielen Dank für Ihre Nachfrage! Die Stadtteilgenossenschaft Hulsberg eG hat große Chancen, ein Baufeld – ich schränke es jetzt ein! – nicht zu erwerben, sondern in Erbpacht übertragen zu bekommen, dabei handelt es sich um das Baufeld C Süd, Los 13. Darauf haben wir uns mit der Stadtteilgenossenschaft verständigt, und die Stadtteilgenossenschaft möchte, das möchte ich noch einmal betonen, dieses Baufeld nicht erwerben, sondern in Erbpacht übernehmen. Deshalb kümmern wir uns gerade darum, einen Zwischenerwerber zu finden, der dann wiederum dieses Grundstück in Erbpacht an die Stadtteilgenossenschaft

vergift, und zwar zu den Erbpachtzinsen, die dieses Haus hier beschlossen hat.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Das zieht sich jetzt ja auch alles schon lange hin. Sie sagten ja, Sie sind gerade dabei, jemanden zu finden. Was denken Sie, wie lange dauert es, bis man das an die Genossenschaft per Erbpachtrecht abtreten kann?

Staatsrätin Gabriele Nießen: Ich teile Ihren Hinweis darauf, dass das schon sehr lange dauert und auch tatsächlich die berechtigte Ungeduld der Stadtteilgenossenschaft, aber das ist nicht so einfach zu lösen, da das eben nicht der Gesellschaftszweck der GEG ist. Wir hatten uns eigentlich vorgenommen, das bis Ende Juni dieses Jahres zu lösen. So wie Sie wissen, weiß auch ich, dass dieser Zeitraum schon vorbei ist, und wir haben uns mit der Stadtteilgenossenschaft vor wenigen Tagen oder wenigen Wochen letztlich auf eine Lösung bis Ende September dieses Jahres verständigt.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Robert Bücking. – Bitte sehr!

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Nießen, mögen Sie uns kurz erläutern, welche Dinge den Senat bisher daran gehindert haben, den Weg zu gehen, einzelne Grundstücke aus dem Vermögen der GEG durch eine andere Gesellschaft zu erwerben und dann zu verpachten? Es muss Ihnen ja offenkundig Schwierigkeiten machen. Welche Schwierigkeiten sind das?

Zweitens: Bisher sprechen wir nur über die Hulsberg-Genossenschaft. Erwägt der Senat, das als generelle Lösung für Baugenossenschaften – –?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Abgeordneter, üblicherweise stellt man eine Frage, damit die Senatorinnen und Senatoren die Möglichkeit haben, auf die Nachfragen auch eine Antwort zu geben, okay?

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Bitte! Ich sage dazu, es kommt nicht wieder vor! Soll ich die Frage zu Ende formulieren, oder hätten Sie es gern dann noch einmal?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Lieber noch einmal! Erst einmal zu der ersten Nachfrage!

(Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Okay, alles klar!)

Staatsrätin Gabriele Nießen: Sehr geehrter Herr Bücking, vielen Dank für Ihre Nachfrage! Wenn ich es richtig verstanden habe, haben Sie nach den Hinderungsgründen und den Schwierigkeiten gefragt. Ich würde es anders formulieren, erst einmal auf den Gesellschaftszweck der GEG verweisend: Der Gesellschaftszweck der GEG ist – und ich schaue einmal auch nach rechts zum Finanzsenator und zur Gesundheitssenatorin –, die Grundstücke auf dem Hulsberggelände zu veräußern und damit natürlich auch zu einer finanziellen Unterstützung der GeNo beizutragen.

In diesem Gesellschaftszweck kommt Erbpacht nicht vor, aber es gibt den deutlichen Hinweis im städtebaulichen Vertrag, dass für die Stadtteilgenossenschaft auch der Weg des Erbbaurechts gesucht werden soll. Deswegen müssen wir diese Hürde überwinden, dass eigentlich die Gesellschaft ausschließlich den Zweck der Veräußerung hat und eben deswegen keine Besitzgesellschaft ist und auch nicht werden soll. Deswegen braucht es eine Gesellschaft, die auch Besitzerin von Liegenschaften ist. Die suchen wir gerade in unserem Umfeld, um dann an diese Gesellschaft die Grundstücke – unter anderem das Grundstück für die Stadtteilgenossenschaft – als GEG zu veräußern, damit dann wiederum die Gesellschaft dieses Grundstück in Erbpacht vergeben kann, das erwähnte ich vorhin schon. Das ist im Moment im Gesellschaftszweck und damit auch im städtebaulichen Vertrag und in der Produktliste zum Hulsbergviertel nicht so angelegt.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Das Hindernis GEG/Rechtsgrundlagen ist ja allenthalben bekannt, das ist eine Gesellschaft auf Zeit. Eine neue Gesellschaft zu finden, ist also die einzige Möglichkeit. Es scheint ja offenkundig schwierig zu sein, eine solche Gesellschaft zu finden, denn Sie brauchen ja schon sehr lange dafür. Könnten Sie uns erläutern, was auf der Seite der gesuchten Gesellschaft an Hindernissen für die Lösung, wie beschrieben, nachzuweisen ist?

Staatsrätin Gabriele Nießen: Ja, das beantworte ich gern! Bei den gesuchten Gesellschaften geht es darum, dass wir die Erbbauzinsen für das Thema Wohnen festgelegt haben, das ist in den ersten Jahren ein Prozent als Erbpachtzins, dann ab dem 20.

Jahr sind es zwei Prozent. Das stellt sich im Moment für Gesellschaften und Unternehmen bei jetzt wirtschaftlich angestellter Kalkulation nicht als tragfähig dar. Da werden mehr Prozente im Erbpachtzins aufgerufen, und es ist uns noch nicht gelungen, dieses Delta zu lösen.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Ist sich der Senat einig, dass für diese Frage eine Lösung gefunden werden muss?

Staatsrätin Gabriele Nießen: Der Senat befasst sich demnächst – zumindest nach meiner Kenntnis, aber noch nicht in abgestimmter Vorlage – sowieso, weil das eine regelmäßige Berichterstattung ist, mit dem städtebaulichen Vertrag und der Umsetzung der Planungen zum Hulsbergviertel. Das bringen wir gerade auf den Weg, und wenn der Senat das beraten hat, teile ich Ihnen gern, Herr Abgeordneter, auch das Ergebnis mit.

(Abgeordneter Marco Lübke [CDU]: Also nein!)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Beabsichtigt der Senat oder das Bauressort, die Regelung, die man für die Stadtteilgenossenschaft sucht, dann auch auf alle anderen neu gegründeten Genossenschaften auszudehnen, die am Hulsberg nachfragen?

Staatsrätin Gabriele Nießen: Herr Abgeordneter, ich würde dahin gehend erst einmal antworten, dass wir uns jetzt hier und heute, so habe ich es verstanden, mit dem Hulsbergviertel befassen und da unsere Hausaufgaben machen und dann sehen, wie weit das praktikabel und auf die Gesamtstadt anwendbar ist.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Nur noch den Kommentar, dass die Fragen von mir formuliert werden und nicht von jemand anderem!)

Nein, Fragen, Herr Abgeordneter! Es ist Fragestunde!

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Anfrage 8: Arabischer Sprachunterricht in Bremens Schulen

Anfrage der Abgeordneten Jasmina Heritani, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 14. Juni 2022

Bitte, Frau Kollegin Heritani!

Abgeordnete Jasmina Heritani (SPD): Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Menschen sind seit 2011 aus arabischsprachigen Ländern nach Bremen zugezogen, unterteilt nach Geschlecht, Herkunftsländern und Alter?
2. Wie viele Kinder in Bremer Schulen haben Arabisch als Mutter- beziehungsweise Bildungssprache, und welcher Bedarf besteht an Arabischunterricht an Bremens Schulen?
3. Was hat der Senat bisher getan, damit Kinder in den Bremer Schulen in Arabisch als zweiter Fremdsprache unterrichtet werden?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Torsten Klieme.

Staatsrat Torsten Klieme: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Insgesamt sind seit 2011 10 613 männliche und 6 814 weibliche Menschen aus arabischsprachigen Ländern nach Bremen zugezogen. 412 Menschen sind aus Algerien zugezogen, 278 aus Libyen, 529 aus Marokko, 12 621 aus Syrien, 543 aus Tunesien, 1 123 aus Ägypten, 18 aus dem Jemen, 24 aus Bahrain, 1 368 aus dem Irak, 738 aus dem Libanon, 19 aus Oman und 162 aus Saudi-Arabien.

1 567 der Menschen waren zwischen null und vier Jahre alt, 1 826 zwischen fünf und neun Jahre, 1 537 zwischen 10 und 14, 2 523 zwischen 15 und 19, 2 413 zwischen 20 und 24, 2 486 zwischen 25 und 29, 3 090 Menschen waren zwischen 30 und 39 Jahre alt, 1 472 zwischen 40 und 49, und 978 Menschen waren mindestens 50 Jahre alt.

Zu Frage 2: Von den allgemeinbildenden öffentlichen Schulen der Stadtgemeinde Bremen ist Arabisch als Herkunftssprache für 3 755 Schüler:innen erfasst. Eine Abfrage mit der Formulierung „Muttersprache“ oder „Bildungssprache“ oder eine Bedarfsabfrage erfolgt nicht.

Dem Bedarf der Schülerinnen und Schüler an Arabischunterricht wird auf zwei Weisen Rechnung getragen: Erstens kann unter bestimmten Voraussetzungen und ohne, dass das Fach Arabisch als Fremdsprache unterrichtet wird, die zentrale schriftliche Abschlussprüfung im Fach Englisch am Ende der Sekundarstufe I durch eine Abschlussprüfung in Arabisch ersetzt werden. Zweitens kann eine bestandene Sprachfeststellungsprüfung in Arabisch die Belegverpflichtung einer zweiten Fremdsprache während der Sekundarstufe I ersetzen und somit den Zugang zur gymnasialen Oberstufe und damit den Erwerb der allgemeinen Hochschulreife und den Zugang zu Universitäten ermöglichen.

Zu Frage 3: Ein zentrales Problem bei der Bereitstellung von arabischem Fremdsprachenunterricht sind fehlende qualifizierte Lehrkräfte. Herkunftssprachlicher Konsultatsunterricht findet derzeit statt und bietet somit den Schülerinnen und Schülern neben den kulturellen und persönlichen Vorteilen unter anderem die Chance, durch ihre gestärkten muttersprachlichen auch ihre weiteren Sprachkompetenzen zu vertiefen. Falls Arabisch in den Fächerkatalog mit aufgenommen werden sollte, könnte die Arbeit bezüglich der Lehrkräfteausbildung und der curricularen Grundlagen beginnen. – So weit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Jasmina Heritani (SPD): Erst einmal vielen Dank für die Antworten! Sie sagten, dass zum einen ja Prüfungen gemacht werden, und ich finde es einmal wunderbar, dass man da die Prüfung ablegen kann und das als zweite Fremdsprache anerkennen lassen kann. Als zweite Strategie nannten Sie den Konsultatsunterricht. Da wäre meine Frage: Was passiert mit den syrischen Kindern, die ja die größte Gruppe sind? Ich gehe nicht davon aus, dass wir einen syrischen Konsultatsunterricht in unseren Schulen anbieten.

Staatsrat Torsten Klieme: Ja, das ist auch völlig korrekt, wir haben keinen syrischen Konsultatsunterricht, und wir wissen auch, wenn wir für die syrischen Kinder ein arabischsprachiges Angebot anbieten wollen, dass wir das auf anderem Wege realisieren müssten.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Jasmina Heritani (SPD): Es gibt ja bisher noch keine Erhebung darüber, wie viele Kinder da wirklich Bedarf am Arabischunterricht haben. Haben Sie da vor, das zu machen?

Staatsrat Torsten Klieme: Sie haben völlig recht, bisher hat es dazu keine Erhebungen gegeben. Uns hat eine Petition von Eltern und Interessierten erreicht mit der Bitte, Herkunftssprachenunterricht aufzubauen, und eine Anfrage einer Grundschule, das ist die Grundschule Andernacher Straße. Über die SKB-Schülerstatistik können wir erfassen, an welcher Schule wie viele Schülerinnen und Schüler Arabisch sprechen, also als Sprache angegeben haben, und damit hätten wir eine Option, die potenzielle Zielgruppe zumindest regional zu erfassen. Wie viele davon tatsächlich Bedarf haben oder die Möglichkeit nutzen wollen würden, auch einen Unterricht in Arabisch wahrnehmen zu wollen, wissen wir darüber natürlich nicht, sondern erst einmal nur die Gruppe, die Arabisch als Sprache angegeben hat.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Jasmina Heritani (SPD): Gibt es denn auf Grundlage dieser Zahlen die Bestrebungen, meinetwegen auch Pilotprojekte „Arabischunterricht“ anzubieten?

Staatsrat Torsten Klieme: Ja! Ich habe Ihnen ja verlesen, wie viele Menschen und auch wie viele Schülerinnen und Schüler es mit Arabisch als Herkunftssprache gibt, und wir wissen auch aus der pädagogischen Forschung, dass das Weiterlernen der Herkunftssprache auch ein wichtiges Momentum ist, um auf der einen Seite kulturelle Identität zu wahren, auf der anderen Seite aber auch, um überhaupt erfolgreich in der Schule lernen zu können. Deswegen wäre das für uns auch ein interessantes Projekt.

Die Organisation eines ersten Pilotprojekts ist aber durch die Coronapandemie und die krisenhaften Situationen, die wir da in Schulen zu bewältigen hatten, in den letzten zwei Jahren deutlich in den Hintergrund getreten. Wir müssten jetzt überlegen, ob wir ein solches Pilotprojekt wieder anschieben könnten.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Jasmina Heritani (SPD): Gäbe es im Rahmen eines Pilotprojekts dann nicht vielleicht

auch die Möglichkeit, dort Fachkräfte einzusetzen, die wir hier haben, also Arabischlehrerinnen und -lehrer, die im Moment nicht berufstätig sind, weil es für sie keine Arbeit gibt?

Staatsrat Torsten Klieme: Unabhängig von der Herkunftssprache und dem Herkunftsland ist die Anerkennung von Lehramtsqualifikationen in Deutschland überhaupt und zentral geregelt, und zwar per Gesetz. Insofern haben wir im Rahmen der bestehenden Gesetze wenig Spielraum, Sonderregelungen für Lehrkräfte mit einer bestimmten Sprache zu treffen, und die Realität ist, dass die allermeisten Menschen mit einer pädagogischen Qualifikation, die aus arabischsprachigen Ländern in den letzten Jahren zu uns gekommen sind, nicht über einen Abschluss verfügen, der ohne Weiteres und ohne Anpassungslehrgänge in Deutschland anerkannt werden kann.

Zweite Voraussetzung dafür, um an einer Bremer Schule als Lehrer eingestellt zu werden, ist die Beherrschung der deutschen Sprache, bisher mindestens auf Niveau C2. Wir wollen das absenken auf C1 und mit einer berufsbegleitenden Qualifikation begleiten, aber auch das ist für viele Menschen mit einer pädagogischen Qualifikation, die aus arabischsprachigen Ländern gekommen sind, erst einmal eine große Hürde.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann. – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Angesichts der Tatsache, dass wir ja sogar auch Studierende sehr intensiv einsetzen, um Unterricht zu machen, und dass wir auch Klassen haben, die von den Lehrkräften doppelt besetzt sind: Was spricht dagegen, ausgebildete Fachkräfte mit einer anderen Sprache, bei denen die Sprachqualifikation vielleicht noch nicht auf dem gefragten Level ist, in dieser Weise einzusetzen oder darin weiterzuarbeiten?

Wenn ich die Frage so verstehen kann, dass sie in die Richtung geht, dass die Stadtteilschule Studierende, weil sie den Bachelor absolviert haben und sich im Masterstudium befinden, die Arabisch sprechen, sozusagen auch in dieser Sprache einsetzen könnte, dann würde ich sagen ja, aber dann habe ich scheinbar auch Ihre Frage nicht richtig verstanden.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Frau Abgeordnete, möchten Sie die Frage noch einmal anders stellen beziehungsweise präzisieren? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Ich freue mich über die Antwort, die nebenher herausgekommen ist, aber ich habe dieselbe Frage eigentlich auch stellen wollen in Bezug auf pädagogische Fachkräfte, die ihre Ausbildung im Ausland erworben und vollendet haben und jetzt in Deutschland sind, aber das Sprachniveau ist noch nicht auf dem Level, auf dem wir es gern hätten. Warum können sie nicht in Klassen zumindest als zweite Fachkraft mit eingesetzt werden, bis dieses Sprachniveau erreicht ist?

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Das hat jetzt doch mit Arabisch nichts mehr zu tun!)

Staatsrat Torsten Klieme: Frau Abgeordnete, ich danke sehr für die Anregung, das würden wir gern einmal mitnehmen und prüfen. Ich vermute, dass unser Regelwerk das im Moment nicht zulässt, aber das Regelwerk könnte man ja unter Umständen ändern. Das werden wir prüfen und diese Anregung dankend aufnehmen.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

**Anfrage 9: Neueinschulungen von minderjährigen Flüchtlingskindern für das Schuljahr 2022/2023 an öffentlichen Bremer Schulen
Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (BIW)
vom 15. Juni 2022**

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Peter Beck (BIW): Ich frage den Senat:

1. Wie viele minderjährige Flüchtlingskinder werden im Schuljahr 2022/2023 an öffentlichen Bremer Schulen, prozentual nach deren Stadtteilen und Herkunft, eingeschult?
2. Wie viele dieser Kinder nehmen dann an dem Regelunterricht an den Bremer Schulen teil, und dies bitte aufgeschlüsselt nach Grundschulen, Oberschulen und Gymnasien sowie nach den Stadtteilen, in denen diese Kinder eingeschult werden?
3. Wie viele dieser Kinder müssen vorerst aufgrund von möglichen Sprachbarrieren in Sprachklassen eingeschult werden, und können/werden ältere

Kinder, die 2023 ihre Volljährigkeit erreichen, trotzdem an Regelschulen ihren Abschluss erreichen, oder müssen diese diesen dann an Erwachsenenenschulen nachholen?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Torsten Klieme.

Staatsrat Torsten Klieme: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Eine Vorausberechnung von Einschulungskindern bezüglich der persönlichen Merkmale wird nicht erstellt. Das Merkmal „Flüchtlingskind“ wird in der Schulstatistik nicht geführt. Gleichermaßen verhält es sich mit dem statistischen Merkmal „Herkunft“. Dieses weist lediglich aus, ob eine nicht deutsche Staatsbürgerschaft vorliegt.

Zu Frage 2: Der Bremer Senat hält am integrativen Beschulungskonzept für geflüchtete und neu zugewanderte Kinder und Jugendliche fest. Da, wie ausgeführt, das Merkmal „Flüchtling“ nicht erhoben wird, lässt sich keine Aussage darüber treffen, welches Kind welche Schulform besuchen wird.

Zu Frage 3: 1 968 Schülerinnen und Schüler besuchen derzeit einen Vorkurs und werden mit steigendem Sprachniveau in immer größeren Anteilen am Regelunterricht beteiligt. Schüler:innen, die in der Allgemeinbildung bis zum 18. Lebensjahr nicht zu einem ersten Abschluss gekommen sind, können formal in der Berufsausbildung oder in der Erwachsenenenschule zu einem Abschluss kommen. In der Regel schließen Schülerinnen und Schüler vor ihrem 18. Lebensjahr den Schulbesuch mit einem ersten allgemeinbildenden Abschluss ab. – So weit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Peter Beck (BIW): Wenn die Flüchtlingskinder bei Ihnen nicht gesondert aufgeführt werden, wie stellen Sie dann fest, dass Kinder, die jetzt hier zugereist sind – das beste Beispiel ist die Ukraine –, jetzt einen Schulplatz bekommen?

(Abgeordneter Elombo Bolayela [SPD]: Kinder sind Kinder!)

Das sind ja Flüchtlingskinder, es sind ja keine Leute, die einen Asylantrag stellen!

Staatsrat Torsten Klieme: Das ist relativ einfach: Die Schulpflichtregelungen gelten für alle Kinder und alle Menschen, die in Bremen zuziehen, gleich. In dem Moment, wo Menschen ihren Wohnsitz in der Stadtgemeinde Bremen nehmen, werden die Kinder schulpflichtig. Eltern melden dann ihre Kinder zum Schulbesuch an, und wenn die Kinder bei uns angemeldet sind, weisen wir sie einer Schule zu. Das ist das Verfahren.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Peter Beck (BIW): Es ist ja bekannt, dass auch viele Ukrainer inzwischen seit einigen Wochen beziehungsweise Monaten in die Ukraine zurückkehren. Was passiert mit den Plätzen, wenn diese Kinder jetzt schon einen Schulplatz bekommen haben, diesen dann aber nicht in Anspruch nehmen? Wie werden diese Plätze dann neu verteilt, oder werden sie überhaupt sofort neu verteilt?

Staatsrat Torsten Klieme: Wir haben grundsätzlich in der Stadtgemeinde Bremen in inzwischen fast allen allgemeinbildenden Schulen eine erhebliche Nachfrage an Schulplätzen. Wir schaffen es, allen Schülerinnen und Schülern einen Schulplatz zur Verfügung zu stellen. Wenn der Fall eintritt, dass eine Familie und in Begleitung der Kinder in das Heimatland zurückgeht, werden wir den Schulplatz in der Regel unverzüglich neu zuweisen und einem anderen Kind zur Verfügung stellen.

Wir reden ja bei Kindern, die neu nach Bremen kommen und noch nicht die deutsche Sprache beherrschen, vor allen Dingen über Plätze im Vorkurssystem, und da ist die Nachfrage nach wie vor sehr groß, sodass wir überhaupt keine Schwierigkeiten haben, einen freien Platz sofort an die nächste Schülerin oder den nächsten Schüler weiterzuvermitteln.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet. (Die vom [Senat schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang zum Plenarprotokoll ab Seite 2222.](#))

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von der Abgeordneten Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Zech ist raus! Nach den Libeskind-Plänen scheitert das nächste Großprojekt in der Innenstadt unter Rot-Grün-Rot. Wie geht es jetzt weiter?

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diese Aktuelle Stunde eingereicht, weil wir mit Ihnen gern über die Bremer Innenstadt sprechen möchten. Dieses Thema lässt uns nicht los, es lässt uns leider nicht los, ich glaube, wir wären froh, wenn es sich dort positiv entwickeln würde, aber das ist im Moment leider noch nicht der Fall.

Wir waren, glaube ich, alle überrascht und vielleicht auch ein wenig betroffen, als wir in der vergangenen Woche die Meldung erhalten haben, dass das Projekt Parkhaus Mitte von und mit Kurt Zech gescheitert ist. Noch einmal zur Einordnung: Bei diesem Projekt ging es darum, dass das Parkhaus Mitte, das als großer und recht unansehnlicher Betonklotz mitten in der Innenstadt im Moment zum Abstellen von Autos genutzt wird, abgerissen wird und dort ein neuer Raum entstehen soll, um die Lebensqualität der Bremerinnen und Bremer zu steigern und neue Angebote zu machen und insbesondere auch die Innenstadt zu beleben. Dieses Projekt ist jetzt gescheitert, und wir haben auch den Medien in den letzten Tagen ein-, zweimal entnehmen können, Bauprojekte scheitern halt manchmal. Das ist richtig, Bauprojekte scheitern manchmal, aber die Häufigkeit von Nachrichten in den letzten Wochen und Monaten über gescheiterte Bauprojekte, insbesondere in der Innenstadt, ist doch sehr alarmierend.

(Vizepräsidentin Sülmez Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben ein zweites Problem, das damit auch einhergeht, und das ist die Dauer des Verfahrens. Wir haben jetzt quasi fünf Jahre lang darauf gewartet, ein halbes Jahrzehnt, dass sich dort etwas tut, dass dort etwas entwickelt wird, nur um nach über fünf Jahren darauf jetzt quasi mit der Nachricht konfrontiert zu werden, dass dieses Projekt gescheitert ist. Ich muss einmal fragen: Vier Minuten und 22 Sekunden, ist das korrekt?

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Oh, das ist jetzt umgesprungen! Eben waren es –. 15 Minuten waren eingestellt.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Die Redezeit ist zu Ende!)

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Sonst müsste ich noch schneller reden!

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Nein, zwei Minuten sind vergangen, das ist bei mir jetzt richtig.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Sehr gut! Dann lasse ich mich nicht irritieren! Es sind fünf Jahre vergangen, und ich glaube, man hat auch in den letzten Tagen den Medien immer wieder einmal von einzelnen Kommentatoren die Nachricht entnehmen können, na ja, dann stehen wir jetzt halt da, wo wir vor fünf Jahren standen, jetzt haben wir einige Jahre verloren, dann ist das so. Aber das ist nicht wahr. Schauen Sie sich einmal die LLOYD PASSAGE an! Schauen Sie sich einmal an, in welchem Zustand sich die LLOYD PASSAGE heute zeigt! Wir haben da nicht nur das übliche Problem von mangelnder Sicherheit und Sauberkeit, was wir, glaube ich, auch in anderen Teilen Bremens haben, sondern auch die Qualität des Angebots ist zurückgegangen und insbesondere der Zustand der Läden dort vor Ort.

Das hat natürlich auch einen Grund: Wenn Sie einmal mit der Handelskammer sprechen oder mit der CityInitiative oder auch mit Betreibern von Restaurants dort vor Ort, vom Einzelhandel, dann bekommen Sie immer wieder die Antwort: Wir haben eben in den letzten Jahren jetzt nicht mehr groß investiert in der Erwartung, dass hier demnächst etwas passiert, dass das Parkhaus abgerissen wird, dass der gesamte Bereich neu entwickelt wird. Ich persönlich hätte es wahrscheinlich auch so gehandhabt und hätte erst einmal abgewartet. Deswegen ist der Zustand nicht so, wie er vor fünf Jahren war, sondern er ist deutlich schlechter als vor fünf, sechs oder sieben Jahren.

Es gab ein Zeitfenster, wo Sie die Chance gehabt hätten, zu reagieren – wir haben ja die Überfahrproblematik zwischen Parkhaus und Galeria Kaufhof –, und dieses Zeitfenster gab es in dem Moment, als Galeria Kaufhof dort ausgezogen ist. Da hätte man intervenieren müssen. Da hätte man hingehen müssen, da hätte man Gespräche führen müssen, und vielleicht hätte es auch nicht gereicht, einige Gespräche zu führen, vielleicht hätte man das stärker forcieren müssen. Das ist offensichtlich

nicht passiert, sonst hätten wir nicht die Situation, die wir heute haben. Auch deswegen ist dieses Projekt heute gescheitert.

Jetzt haben wir in der letzten Woche noch einmal eine neue Nachricht erhalten, die zweite Nachricht innerhalb von wenigen Tagen, und zwar, dass das zweite wichtige große Projekt für die Innenstadt offenbar gescheitert ist, nämlich die Ansiedlung der Hochschule Am Brill. Man hat aus den Reihen des Senats zwar noch so etwas Herumlamentieren wahrgenommen und „mal gucken“ und „vielleicht gibt es noch eine kleine Chance“, aber ich glaube, die Unterlagen, die „buten un binnen“ veröffentlicht hat, sind da mehr als eindeutig.

Es wäre wichtig gewesen, um die Innenstadt zu entwickeln, um dort junge Leute hinzubekommen, die natürlich nicht nur die Innenstadt beleben, sondern dort auch Geld ausgeben, in die Restaurants gehen, dort einkaufen.

Wir haben eine lange Phase erlebt, in der um dieses Gebäude Am Brill gestritten wurde. Es gab teilweise sonderbare Briefe seitens des Senats an die Eigentümer, die hier investieren wollten, es wurde leider verzögert, es wurde verschleppt und ausgesessen. Sehr geehrte Damen und Herren des Senats, die Innenstadtentwicklung ist, glaube ich, eine Geschichte, nein, sie ist Ihre rot-grün-rote Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen, und diesen Umgang mit ihrer Innenstadt haben die Bremerinnen und Bremer nicht verdient.

(Beifall FDP, CDU)

Das sind zwei zentrale Projekte. Es gibt noch weitere Projekte, die entscheidend sind für die Bremer Innenstadt, aber wir reden ja immer sehr viel über Kleinstprojekte: hier einmal einen Fahrradweg und dort einmal einen Übergang neu machen. Aber ohne diese zentralen Projekte wird es in Bremen nicht gehen, wir werden keine Innenstadtentwicklung hinbekommen ohne diese zentralen Projekte.

Der Abstieg der Bremer Innenstadt ist seit Jahren zu sehen, und ich sage das nicht, um die Bremer Innenstadt schlechtzureden – ich bin hier aufgewachsen und habe auch sehr schöne Erinnerungen an diese Innenstadt –, sondern ich sage das, weil Bremen gerade Gefahr läuft, sein Herz zu verlieren. Eine Innenstadt ist immer das Herz einer Stadt, und der Senat schaut dabei aktuell nur zu.

Wir haben ein Investorenproblem, und zwar in der Gestalt, dass wir zwar auf der einen Seite Menschen und Unternehmen haben, die bereit sind, hier zu investieren, und zwar privates Geld auf privates Risiko, und das tun sie – was man so aus den Reihen der Investoren hört, und bin natürlich als baupolitischer Sprecher auch regelmäßig im Gespräch mit Menschen, die hier investieren –, obwohl es sich offensichtlich in anderen Städten deutlich mehr lohnt, weil entweder die Renditen höher sind oder die Prozesse schneller gehen. Aber die wollen hier investieren, weil sie etwas mit dieser Stadt verbindet.

Dann haben Sie ja als Politik zwei Möglichkeiten, da mitzugestalten. Die erste ist, mitzureden und Vorgaben zu machen, damit die Entwicklung der entsprechenden Gebäude und Quartiere in Ihrem Sinne verläuft, und die zweite Möglichkeit ist, attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen für die Menschen, die hier investieren wollen. Das Erste – und das sage ich ganz offen und aufrichtig –, nämlich die Einflussnahme darauf, dass hier die Entwicklung in die richtige Richtung geht, wenn investiert werden soll, das machen Sie gut. Sie haben da ein sehr gutes Auge darauf. Das Zweite aber, attraktive Rahmenbedingungen für Investorinnen und Investoren zu schaffen, das schaffen Sie nicht.

Wenn man mit Investoren spricht, dann hört man ganz häufig: Teile der Verwaltung sind langsam, da weiß eine Hand nicht, was die andere tut, es dauert alles ewig, man rennt ewig hin und her. Man bekommt die Rückmeldung, dass man teils widersprüchliche Angaben bekommt, dass selbst Genehmigungen teilweise Jahre dauern können, und es herrscht irgendwie eine Kultur – diese Rückmeldung bekommen wir auch immer häufiger –, in der signalisiert wird, dass man privates Geld hier eigentlich als Investment gar nicht so gern haben möchte.

Ich möchte Ihnen einmal die Geschichte von einem Herrn erzählen, der eine Entwicklungsfirma betreibt, kein Parteimitglied, das sage ich gleich dazu. Der Herr ist Mitte 40, und wir stehen in einem ganz guten Kontakt, und letztens haben wir darüber am Telefon gesprochen, und er sagte: Ich investiere seit 20 Jahren. Ich bringe Bauprojekte im zweistelligen Millionenbereich nach vorn. Ich habe auch schon Geld verloren, ich bin schon vor die Wand gefahren. Ich habe teilweise wirklich schlimme Dinge erlebt. Es war nicht immer alles einfach, aber ich habe mir ein dickes Fell angeeignet. Aber in der Bremer Verwaltung habe ich das erste Mal nach zwei Jahren Hin- und Herrennen auf dem Boden

gegessen und geweint, weil ich nicht mehr wusste, wie ich mein Projekt noch voranbekomme.

Wenn das der Zustand ist, wie wir mit den Menschen umgehen, die hier Geld investieren wollen, die hier Projekte voranbringen wollen, dann kann ich mir gut vorstellen, warum auch diese beiden Projekte gescheitert sind.

(Beifall FDP, CDU)

Sie fabulieren ja manchmal davon, das selbst machen zu wollen – das haben wir auch gerade nach dem Scheitern des Projekts Parkhaus Mitte gehört –: Dann machen wir das halt mit eigenen Mitteln. Da müssen Sie sich schon die Frage stellen lassen: Mit welchem Geld wollen Sie das eigentlich machen? Bremen hat kein Geld. Wir können natürlich Geld freimachen. Wir müssen es dann bei den Schulen wegnehmen oder beim Klimaschutz oder bei der Verkehrsinfrastruktur oder bei der Polizei oder wo auch immer, aber das wollen wir alle, glaube ich, aus gutem Grunde nicht. Die unbequeme Wahrheit ist: Sie brauchen dieses Geld. Sie brauchen diese Investoren, die bereit sind, hier zu investieren, um etwas voranzubringen, etwas zu entwickeln, und deswegen brauchen wir in Bremen auch eine andere Kultur.

Wir brauchen eine Kultur, wo man diesen Menschen offen gegenübertritt, wo man sich darüber freut, dass sie bereit sind, hier zu investieren, und nicht in Oldenburg, Kassel oder in Hamburg. Wir brauchen eine Beschleunigung der Prozesse. Es kann nicht sein, dass diejenigen, die bereit sind, hier zu investieren, über Jahre von Abteilung zu Abteilung und von Sachbearbeiter zu Sachbearbeiter laufen, wenn das Ganze in anderen Städten deutlich schneller geht.

Wir brauchen drittens eine Kultur, wo man nicht nur denjenigen, die von sich aus kommen, hier offen gegenübertritt, sondern wir brauchen auch eine Kultur, wo man sich ein Stück weit darum bemüht und auch vielleicht einmal Investoren aktiv anspricht und fragt: Haben Sie nicht Interesse daran, mit uns gemeinsam etwas zu entwickeln? Ich persönlich habe aber den Eindruck, dass der rot-grüne Senat genau mit dieser Flughöhe heillos überfordert ist, heillos überfordert!

Herr Bürgermeister, ich nehme Ihnen ab, und das meine ich auch ganz aufrichtig, dass Ihnen das Thema Innenstadt wichtig ist, dass Sie sich bemühen – das entnehme ich zumindest Ihren Kommentaren auch in den Medien –, aber Politik darf sich

halt nicht daran messen lassen, es versucht zu haben oder stets bemüht gewesen zu sein, sondern Politik muss sich an Ergebnissen messen lassen, und die Ergebnisse insbesondere der letzten Wochen, wo quasi ein Großteil der Projekte, die so zentral gewesen wären für die Bremer Innenstadtentwicklung, gescheitert ist, die sind verheerend.

Was uns eint, das ist die Sorge um die Innenstadt, und wir alle hoffen, dass sich die Innenstadt irgendwie wieder positiver entwickelt, aber Hoffnung allein reicht, glaube ich, als Regierungshandeln nicht aus. Deswegen erwarten wir von Ihnen – –. Deswegen freue ich mich tatsächlich auch auf Ihre Rede gleich, ich bin wirklich gespannt, was eigentlich inhaltlich Ihr Konzept ist, um auf diese Entwicklung zu reagieren. Was machen wir jetzt? Warten wir jetzt ab, oder gibt es jetzt neue Pläne? Wie stellen wir sicher, dass wir nicht wieder fünf Jahre darauf warten, dass irgendetwas passiert und in fünf Jahren feststellen, es hat sich leider nichts entwickelt?

Wie sehen ihre Pläne aus? Was soll jetzt konkret passieren? Wie sorgen Sie auch für eine Umsetzung der Pläne? Was soll bis wann passieren? Wir erwarten schlichtweg, dass wir privaten Investoren, die bereit sind, mit privatem Geld ins private Risiko zu gehen und hier zu investieren, privaten Investoren, auf die Sie schlichtweg angewiesen sind, dass wir diesen Menschen gegenüber offener sind, dass wir sie mit offenen Armen empfangen. Das schaffen andere Städte auch. Im Moment investieren viele von ihnen nur in Bremen trotz Bremen, und wir wollen, dass sie wieder in Bremen investieren wegen Bremen.

Ich glaube, die Situation ist zu ernst, um abzuwarten, und sie ist im Übrigen auch zu ernst – und das war, glaube ich, auch ein Problem der letzten Jahre –, sich im Klein-Klein der Ressortstreitigkeiten zu verheddern. Ich glaube, sie ist auch zu ernst, um weiterhin die Letzten zu vergraulen, die noch bereit sind, hier zu investieren. Wir brauchen einen Kulturwandel, und, Herr Bürgermeister, ich bin sehr gespannt auf das, was Sie uns gleich präsentieren, um darüber dann gemeinsam weiter im Gespräch zu bleiben. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Parkhaus Mitte ist zu einem Symbol geworden, und das

tut der Sache nie gut. Der Abriss des Parkhauses sollte den Durchbruch für die Innenstadt bringen, so hat es der damalige Bausenator Lohse genannt. Kurt Zech sollte der Mann sein, der den gordischen Knoten durchschlägt, hieß es damals im „Weser-Kurier“, und so hatte sich Herr Zech selbst auch der Stadt präsentiert mit der Botschaft: Ich bekomme das hin. Nun ist es nicht so gekommen, und so, wie es vorher falsch war, alles von den gemeinsamen Entwicklungen vom Parkhaus und Kaufhaus zu erwarten, genauso falsch ist es jetzt, das Projekt Innenstadt abzuschreiben, nur weil das nicht funktioniert.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben als LINKE dem Verkauf der Parkhauses Mitte immer kritisch gegenübergestanden, denn private Investoren denken immer eher an ihre Rendite und nie wirklich so an die Stadtentwicklung. An dieser Weisheit ist ja sogar Herr Zech gescheitert, denn er musste ein Schlüsselgrundstück erwerben – das war das Kaufhausgebäude –, und er hat dann festgestellt, dass er sich da vielleicht auch ein Stück weit übernommen hat, denn das, was er wohl zahlen wollte und seiner Rendite entsprach, hat sicherlich nicht dem der Eigentümer des Kaufhausgebäudes entsprochen. So ist diese These, die ich vorhin genannt habe, dass eher die Rendite und nicht die Stadtentwicklung im Vordergrund steht, wohl auch nicht ganz verkehrt.

Aber wir haben auch immer generell die Linie kritisiert, dass der Senat damals alle möglichen eigenen Immobilien in der Innenstadt unbedingt verkaufen wollte. Mit dem Kontorhaus, dem Lloydhof und dem Parkhaus Mitte hatte man ja zentrale Immobilien in städtischem Besitz. Fairerweise muss man aber sagen, es hätte vielleicht auch funktionieren können. Die Zeitumstände haben sich geändert. Gescheitert ist die gemeinsame Entwicklung vom Parkhaus und Kaufhaus an den Eigentümern der Kaufhausimmobilie. Die verfolgen derzeit keine hochfliegenden Pläne mehr, sondern vermieten, was sie haben, und sie wollen nicht im großen Stil investieren. Es reicht ihnen die Rendite. Sie haben einen fünfjährigen Mietvertrag mit der Option auf weitere fünf Jahre. Das reicht ihnen, sie haben keinen Bedarf, da etwas zu unternehmen. Das ist verstärkt durch die Pandemie aktuell, so ist unsere Meinung, das gesamte Marktumfeld.

Die Brüder Schapira verfolgen eine ähnliche Linie mit der Sparkassenimmobilie. Auch die denkmalneue GmbH hat die Pläne zum Umbau des Lloydhofs

gestützt: kein neuer Dachaufbau, keine Dachterrasse, keine Skybar. Alle operieren zurzeit recht vorsichtig, und alle wünschen sich am liebsten langfristige öffentliche Mieter, die ordentlich zahlen, bis die Zeiten besser werden.

Das wirft unvermeidlich die Frage auf: Warum machen wir es nicht selbst? Es ist richtig, dass man die Sparkassenimmobilie besser selbst gekauft hätte. Das hat die damalige Regierung aber nicht getan. Die Verhandlungen jetzt hat der Senat aber richtig geführt. Wenn man einen zweiten Unistandort in der Innenstadt etablieren will, dann braucht man eine langfristige Perspektive zu verträglichen Preisen. Einfach nur zu mieten ist zu riskant.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Das hatte der Senat berücksichtigt und ein Modell vorgeschlagen, bei dem die Stadt und die Brüder Schapira gemeinsam Eigentümer geworden wären und sich die Investitionskosten geteilt hätten. Das hätte der Uni eine sichere Perspektive geboten, auch in dem Fall, wenn die Brüder Schapira ihren Anteil irgendwann an einen Dritten verkauft hätten. Bislang wird man sich hier aber nicht handels-einig.

(Glocke)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Herr Schumann, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Bergmann?

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Wenn sie mir auch immer meine Frage gewähren würden, würde ich das viel leichter tun, aber bis jetzt bin ich da immer abgeblockt worden. Aber, Frau Bergmann, ich kann nicht Nein sagen!

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Bitte schön, Frau Bergmann!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, wenn wir keine privaten Investoren in dieser Stadt hätten, dass wir anstatt 1 500 nur 120 Kindern einen Kitaplatz hätten anbieten können?

(Zuruf DIE LINKE)

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Jetzt versuchen Sie, sage ich einmal, die Innenstadt mit Kitas zu vergleichen. Nun weiß ich, dass ich in meiner alten Tätigkeit gerade Investor von privaten Kitas gewesen bin, aber ich kann Ihnen sagen, dass

wir da, sage ich einmal, mit sehr moderaten Mietpreisen unterwegs waren und nicht die Tendenz hatten, uns eine goldene Nase zu verdienen. Wir hatten sehr wohl die soziale Aufgabe gesehen, den Kindern eine ordentliche Kita zu geben. Da bin ich im Zweifel, dass die privaten Investoren in der Innenstadt genau eine solche soziale Ansicht haben, den Bürgerinnen und Bürgern eine ordentliche Innenstadt zu geben.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Jetzt muss ich erst einmal sehen, wo ich hier gelandet bin!

(Heiterkeit – Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Frühkindliche Bildung!)

In beiden Fällen ist es also völlig richtig, dass der Senat an bestimmten Leitplanken festhält. Es wäre keine gute Verhandlungsstrategie, selbst gesteckte Positionen nach Belieben aufzugeben, und wenn das dazu führt, dass man sich nicht einig wird, dann muss man auch die Konsequenzen ziehen. Hier hat der Senat Haltung gezeigt, sowohl beim Parkhaus Mitte als auch bei den Verhandlungen zum Brill. Das finde ich gut. Ich finde es absolut richtig, dass der Senat klarmacht, es gibt für die Stadt eine Schmerzgrenze, und ich denke auch einmal, wenn die Stadt einen komfortablen Mietvertrag mit den Brüdern Schapira zu wunderbaren Mietkonditionen über 20 Jahre abgeschlossen hätte, dann wäre es doch hier auch ein Thema gewesen, dass wir irgendwelche privaten Investoren subventionieren. Da hätten Sie doch sicherlich auch eine Aktuelle Stunde daraus gemacht.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Jetzt taucht eine sehr interessante Möglichkeit auf. Es kann ja sein, dass das gleichzeitige Scheitern beider Optionen eine Chance eröffnet. Die Uni hat immer gesagt, wir brauchen für einen zweiten Unistandort in der Innenstadt eine gewisse kritische Masse in einer Immobilie. Da hieß es immer, 21 000 Quadratmeter an einem Ort müssten es schon sein. Das wäre nicht der ganze Brill gewesen aber die Hauptimmobilie, und da reibt man sich doch die Augen, wenn man die alte Pressemitteilung des Senats zum Verkauf der Parkhauses Mitte an Zech liest. Da hieß es nämlich, auf dem Areal des Parkhauses Mitte sollen circa 21 000 Quadratmeter Entwicklungsfläche neu entstehen, und dann denkt man sich: Das passt ja gut.

Wir wissen inzwischen, dass es sehr wahrscheinlich möglich ist, das Parkhaus von der Kaufhof-Immobilie abzutrennen und eigenständig zu entwickeln. Hier hätte die Stadt also die Chance, eine Immobilie, die ihr jetzt wieder gehört, abzureißen und neu zu bauen und dort einen zweiten Unistandort zu etablieren.

(Beifall DIE LINKE)

Das wäre vermutlich erheblich günstiger als der sehr aufwendige Umbau, der Am Brill erforderlich ist, und man könnte einfach so bauen, wie die Uni es für ihre Zwecke braucht, und die Investoren am Gebäude Am Brill – das sind ja internationale Investoren – können dann auch einmal zeigen, wie sie denn Bestandsimmobilien entwickeln. Vielleicht haben sie ja auch einmal eine ganz andere Idee, es ist ja ihr Gebäude. Das muss man sich aber genau ansehen und abschätzen im Parkhaus Mitte. Ich halte das für viel realistischer als die Idee, jetzt auf das Gebäude der Bremer Landesbank zu schießen. Wir sollten nicht die Probleme der NORD/LB lösen, die offenbar bemüht ist, die Bremer Immobilie abzustoßen, sondern wir sollten eine Lösung für unsere eigenen Probleme suchen, und wenn wir bereits eine Immobilie in zentraler Innenstadtlage haben, nämlich das Parkhaus Mitte, warum sollten wir das nicht nutzen? Das wäre auch ein wirklich effektiver Beitrag zur Entwicklung der Innenstadt, denn die Innenstadt wird nie wieder von Shopping allein leben können. Das muss allen mehr oder weniger klar sein. Wir sind in einer Transformation.

Was wir brauchen, ist eine andere Definition von Innenstadt. Wir brauchen Wohnen, Wissenschaft, mehr junge Leute und mehr Aufenthaltsqualität in der Innenstadt,

(Beifall DIE LINKE)

und wir brauchen endlich ein Projekt dazu, das gute Chancen hat auf einen realistischen Abschluss in naher Zukunft mit einer Stadt als Eigentümerin, die nicht nur die Rendite im Blick hat, sondern auch die Stadtentwicklung. Dass es mit der gemeinsamen Entwicklung von Parkhaus und Kaufhaus nichts wird, hat sich doch ehrlicherweise seit Langem abgezeichnet. Es ist gut, dass jetzt die Klarheit geschaffen wird und dass der Senat die Reißleine zieht.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Für das andere stockende Projekt, den zweiten Unistandort Innenstadt, bietet das gleichzeitig zumindest eine sehr ernsthafte Option. Deshalb bin ich ganz klar dafür, das Parkhaus Mitte nicht sofort in eine erneute Ausschreibung zu schicken, sondern gut darüber nachzudenken, wie wir das selbst machen können, und dann sollten wir es auch selbst tun. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde, das ist eine Aktuelle Stunde wert, absolut! Ich bin nicht immer Ihrer Meinung, wenn Sie solche Themen anmelden, aber dieses Mal, finde ich, ist es angemessen.

(Abgeordneter Dr. Thomas vom Bruch [CDU]: Gott sei Dank!)

Ja, natürlich!

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Das ist aber großzügig vom Senat!)

Wir haben einen erheblichen Rückschlag für unsere Innenstadt zu verzeichnen. Dieser Rückschlag muss erklärt werden, und es muss auch überlegt werden, wie man darauf reagieren will, das ist doch völlig klar.

Wir haben eine strategische Aufstellung in den letzten drei Jahren gehabt, wo wir gesagt haben, die Innenstadt befindet sich in einem Strukturwandel, dieser Strukturwandel ist noch einmal dramatisch verschärft worden durch die Pandemie. Der Einzelhandel kann die Bedeutung der Innenstadt nicht mehr wie in der Vergangenheit tragen. Wir haben den Einzelhandel nicht abgepiffen, ganz und gar nicht, aber wir wissen gemeinsam, dass eine Rolle, wie sie in der Vergangenheit beim Einzelhandel gespielt worden ist, für die Zukunft nicht trägt. Das wissen wir zusammen.

Nun ist es keineswegs so, dass das nur bedeutet, dass man die Ladentür öffnet und ein anderes Schild daranklebt, sondern dass die Art und Weise, wie sich diese Innenstadt in den letzten 60 Jahren entwickelt hat, also wie die Häuser gebaut worden sind, wie die Straßen organisiert worden sind, wie die Parkplätze organisieren werden, ganz viel mit

diesen Nutzungen zu tun hatte, die sich da sozusagen dominant in die Mitte gestellt haben, und wenn das in eine Krise gerät, wenn das in einen Strukturwandel gerät, dann ist eine Antwort auf die Entwicklung nicht eine Angelegenheit von einem Fingerschnipp, sondern dann ist es ein sehr anstrengender, für alle Beteiligten auch schrecklich teuer und schmerzhafter Prozess, der auf der politischen Oberfläche gar nicht anders wirken kann, als auch mit anstrengenden und zänkischen Debatten. Das geht gar nicht anders, denn die Interessen der Beteiligten sind alle auf das Tiefste berührt.

Jetzt haben wir eine Reihe von strategischen Ideen in diesen Prozess eingebracht. Diese strategischen Ideen sind keineswegs einfach nur in der Senatskanzlei oder beim Bauressort oder beim Wirtschaftsressort ausgeheckt worden, sondern sie hatten etwas zu tun mit einem Dialog mit den Akteuren, die diese Innenstadt prägen. Ich meine, es ist ja nicht so, dass auf diesem Schachbrett nur weiße Figuren stehen, Abgesandte der Verwaltung. Da sind auch noch andere unterwegs, und die Masse der Grundstücke in der Innenstadt, die Masse der Gebäude in der Innenstadt ist in privater Hand, und es sind Private, die darüber entscheiden, wer sich da ansiedelt, wer da sein Geschäft macht, wer da seinen Mietvertrag bekommt. Das sind die Rahmenbedingungen, unter denen die arbeiten.

Da hat Herr Schäck ja total recht: Es geht um dieses Aushandeln von öffentlichen Interessen, strategischen Interessen und privaten Interessen und am Ende den Versuch, dass die Privaten ins Handeln kommen und diese Innenstadt mit der Bereitschaft, Risiken zu tragen, mit der Bereitschaft, Geld zu investieren, weiterentwickeln. Es gibt auch Grundstücke und auch Themen, die entwickelt man besser im öffentlichen Zusammenhang, darüber reden wir noch. Das einmal so als erster Blick auf die Sache, wie man das sortieren muss!

Dann haben wir drei große strategische Bausteine identifiziert. Der eine strategische Baustein ist im Grunde genommen tatsächlich durch den Vorstoß von Kurt Zech zunächst einmal erkennbar geworden. Wir hatten nämlich vor Augen diesen gewissermaßen zusammengeklebten Einzelhandelskomplex aus Galeria Kaufhof, Karstadt und dem Parkhaus und noch einem bisschen etwas an katakombenüberbauten Straßen und anderen Schrecklichkeiten. Diese Struktur war für die Innenstadt nur so lange erträglich – schön war sie nie! –, wie in diesen Gebäuden wesentliche Leistungen für die Innenstadt erbracht werden.

Nun wissen wir aber, dass das Warenhaus in die Jahre gekommen ist und vermutlich keine Zukunft mehr hat. Wir konnten das beobachten bei Galeria Kaufhof. Wir haben beobachtet, wie Benko langsam aber sicher da den Hals zugedreht hat, und wir haben mittlerweile andere Vorstellungen davon, wie man Mobilität in der Innenstadt organisiert, was uns die Freiheit gegeben hat zu sagen, dieses Parkhaus muss vielleicht an dieser Stelle nicht sein, das zieht den Verkehr mitten ins Zentrum, das ist keine gute Idee; und wir hatten mit Kurt Zech jemanden – und er ist ja nicht allein, dem das Haus gehört –, der gesagt hat, ich bin bereit, ins Risiko zu gehen, ich bin bereit, zu kaufen, ich bin bereit, abzureißen und neu zu bauen. Das war für uns in der Tat eine faszinierende Botschaft, und dieser Botschaft haben wir die Daumen gedrückt in jeder Beziehung, und einmal ganz ehrlich: Die Fraktion, den Politiker, die Politikerin möchte ich sehen, den Journalisten möchte ich sehen, der schon damals gesagt hat, glaubt dem Herrn nicht, er macht nur dicke Backen!

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Aber Daumen drücken reicht nicht aus!)

Da haben Sie allerdings recht! Jetzt ging es aber doch darum: Was war das Versprechen? Das Versprechen war: Galeria Kaufhof kommt in die Krise, Benko macht den Hals zu, dann werden die verkaufen, das erwerbe ich günstig, dann bin ich bereit, abzureißen und die Straßen wieder freizulegen – das waren ja alles seine Skizzen –, dann bin ich bereit mit dem Parkhaus und so weiter. Dieses Versprechen konnte er nicht einlösen. DIC hat gesagt, wir bestehen darauf, dass wir unsere Grundstücke bestmöglich verwerten. Mit großem Respekt bei Herrn Schäck: Die Eigentümer der Grundstücke, die Eigentümer der Immobilien versuchen, herauszuholen, was da drin ist.

Man kann aber in diesem konkreten Fall deutlich sagen, diese Entscheidung steht gegen den gelungenen Strukturwandel der Stadt. Das ist so. DIC hat ihre Bilanz, ihre Buchwerte gepflegt und sonst gar nichts und sich nicht weiter für diesen Standort und die Zukunft interessiert. Das ist moralisch völlig normal im Kapitalismus und auch kein Drama, aber es führt faktisch dazu, dass wir diese Flächen nicht entwickeln konnten.

Jetzt kann man im Einzelnen nachsehen, ob der Senat klug verhandelt hat. Man kann im Einzelnen nachsehen: Hätte das so lange dauern dürfen? Man hätte die Frage aufwerfen können: Hätte man nicht

gleich am Anfang erkennen können, dass das vermutlich nicht klappt, und hätte man früher die Bedingungen zuspitzen müssen? Alles das sind berechnete Fragen.

Ich würde mich nicht hinstellen und sagen, dass das alles golden gelaufen ist, aber ich bitte darum, einmal kurz zu überlegen: Wenn man, wie ich es eben gemacht habe, die Chancen für so bedeutsam hält, wann stellt man sich öffentlich hin und sagt, das Projekt ist gescheitert? Wann macht man das? Wie oft gibt man dem Projekt eine Chance? Wie hoch bewertet man die kleinen Untertöne von Zögern und Verschieben? Ich sage Ihnen, in diesem Prozess ist der Verlust von Zeit – und das sind verdammte fünf Jahre – nicht auf der Seite der Stadt nachzuweisen, sondern auf der Seite der Privaten.

Es war immer wieder so, dass Kurt Zech geschoben hat, dass er immer wieder gesagt hat: „Das können wir machen. Ich komme noch einmal wieder, ich habe aber keine Zeit. Irgendwann hören Sie von mir, seien Sie sicher, das geht gut aus.“ Ich darf das sagen, weil ich ein kleines bisschen darüber informiert bin. Das hängt dem Senat nicht an. Der Senat hätte – das wäre die Alternative gewesen –

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Ja, dann reden Sie über das, was Sie wissen, und stellen Sie das nicht einfach so in den Raum! Das macht doch keinen Sinn!)

früher sagen können: Herr Zech, jetzt ist Schluss! Das hätte er machen können. Aber ich hätte mir diese Aktuelle Stunde ausmalen können – von der CDU eingebracht, von Herrn Strohmann, oder von Ihnen eingebracht, Herr Schäck! –, weil Sie gesagt hätten, ganz klar: Der Senat stellt unerreichbare Bedingungen, der arme Kurt Zech kann sie nicht erfüllen, eine weitere Chance für die Innenstadt verpasst!

(Zuruf FDP)

Ja, natürlich wäre das so ausgegangen! Diese Fragestellung geht natürlich auch in den Köpfen unserer armen Senatorin um, weshalb Sie dem Projekt nach meinem Gefühl tatsächlich eine Chance zu viel eingeräumt haben. Es war schon tot, meinem Gefühl nach, als die Verträge mit Opti abgeschlossen worden sind und man erkennen konnte, dass DIC nicht bereit ist, zu verkaufen. Das zur Interpretation dieses Themas!

Weil wir es aber strategisch wichtig finden, diese zusammengeklebten Blöcke zum Vorteil der Innenstadt zu öffnen, Differenzierung der Nutzungen durchzusetzen, wird es so sein, dass wir uns jetzt die Karten legen: Was machen wir mit dem Grundstück des Parkhauses? Da bin ich eher der Meinung – ein bisschen abweichend von dem, was mein Kollege Schumann gesagt hat –: Lassen Sie uns dafür ein kleines bisschen Zeit nehmen, ein kleines bisschen nachdenken, und vor allem, lassen Sie uns sehr intensiv mit den Leuten reden, die die Diskussion an der Universität bestimmen, denn das ist eine, finde ich, völlig unübersehbare Schwäche unserer bisherigen Politik gewesen: dass wir die Universität und die Hochschulen nicht zu sichtbaren engagierten prägenden Partnern dieser Projekte gemacht haben.

Damit komme ich zu dem zweiten Thema, Am Brill! Man kann sich zweimal schütteln und sagen, ja gut, hin und wieder kommt man irgendwie auf ungeschickte Weise in Gang, aber am Anfang war es leider so, dass der Eindruck erweckt worden ist, wir brauchen die Universität, um die Leerstände in der Innenstadt zu füllen. Es wurde schnell korrigiert, keine Frage, aber es hing uns eine Weile an, und vor allen Dingen konnten wir die Leerstelle nicht füllen, dass die Universität sagt: „Es ist unser Thema. Wir wollen uns weiterentwickeln. Wir haben andere Vorstellungen von Wissenschaft im 21. Jahrhundert. Dafür brauchen wir die Innenstadt, dafür brauchen wir die Öffentlichkeit, die Aufmerksamkeit, den kritischen Diskurs, und deswegen wollen unsere Geisteswissenschaften ins Zentrum der Stadt.“ Das haben wir nicht hinbekommen. Das haben wir nicht hinbekommen in den letzten eineinhalb/zwei Jahren, und das müssen wir beim nächsten Mal beim zweiten Anlauf unbedingt besser machen, davon bin ich ganz fest überzeugt.

Ja, natürlich ist es nicht so, dass wir diese Rückschläge nur erleiden im Sinne von keine Schuld, und andere fallen über uns her. Natürlich haben wir dazu beigetragen, das ist doch gar keine Frage, aber man muss präzise markieren, wo unsere Schwächen gewesen sind, und ich würde sagen: an dieser Stelle ganz wesentlich!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Viel früher!)

Deswegen wäre ich noch nicht dabei zu sagen, Parkhaus Mitte ist doch klar, da brauchen wir die Universität –. Möglicherweise gibt es andere Lösungen, aber ein Gedanke in dem Zusammenhang ist auch enorm wichtig – ich merke schon, wie die

Zeit hier durchrauscht –: Die Frage ist, ob es unsere Stadt irgendwann einmal schafft, tatsächlich die ganzen vielen öffentlichen Interessen so zu bündeln, dass sie eine ordentliche Verhandlungsmacht gegenüber den am Anfang geschilderten anderen Akteuren auf dem Spielfeld setzt.

Ich finde es ehrlich gesagt schmerzhaft. Wir fragen faktisch in dieser Innenstadt irgendetwas in der Größenordnung zwischen 30 000 und 40 000 Quadratmetern Bruttogeschossfläche für öffentliche Leistungen nach. Das ist so, und wir bekommen es nicht hin, uns aufzustellen und zu sagen: Ihr armen Immobilien- und Grundstückseigentümer, wir hören, dass ihr darüber nachdenkt, was ihr für eine Zukunft habt und womit ihr in Zukunft euer Geld verdienen wollt. Wir repräsentieren eine ziemlich große Nachfrage, da ist sonst keiner in vergleichbarer Größenordnung unterwegs. Was macht ihr uns für Angebote? Bewegt euch! Kommt in den Wettbewerb! Zeigt, wer es besser kann! Das wäre doch mal was! Ich finde, eine solche Verhandlungsaufstellung wäre hilfreich, weshalb ich im Moment nicht herumlaufe und sage, wir nehmen jetzt das Gebäude oder jenes, weil ich finde, diese Verhandlungen müssen anders geführt werden als in der Vergangenheit. Das wäre doch mal was!

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Dafür sind Sie seit 16 Jahren verantwortlich mit Ihrem – –!)

Einen Punkt für den Abgeordneten Eckhoff! Keine Frage, wir sind seit 16 Jahren verantwortlich. Wir machen es mal gut, mal schlecht,

(Zurufe CDU)

und ich wäre dafür, es mal besser zu machen!

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Sie machen es durchgehend schlecht!)

Ja, natürlich!

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Immer reden und Brocken hineinwerfen!)

Ja, natürlich!

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Dann sprechen Sie es doch aus, wenn Sie mehr wissen!)

Ich habe ganz deutlich gemerkt, Sie haben mir eben sehr aufmerksam zugehört, weshalb ich vermute, ein bisschen etwas von dem war vielleicht nicht verkehrt.

(Zuruf Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU])

Einiges war nicht verkehrt und könnte auch Ihnen ein Lichtlein aufstecken. Das schadet überhaupt nichts! Also, ich bin dafür, die Grundstücksnachfrage der öffentlichen Hand zu koordinieren, ja, und ich bin dafür, dass wir, so schnell es irgend geht, zu einer Entwicklungsgesellschaft kommen, die in der Lage ist, auf dem privaten Markt zu handeln und die nicht alle die schwierigen Klippen des Haushalts- und Finanzausschusses und der restlichen Bedingungen, die wir so stellen, beachten muss. Das wäre was! Das wäre was, und das ist erforderlich.

Wenn man mit dieser großen Nachfrage von 40 000 Quadratmetern etwas anfangen will, dann braucht man Leute, die etwas von Immobilien verstehen, von Grundstücken verstehen, von ihrer Entwicklungsfähigkeit verstehen, die die öffentlichen Regeln kennen und die die öffentlichen Interessen verfolgen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja!)

Dafür werben wir.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt kommt das noch in den letzten 52 Minuten –

(Abgeordneter Kevin Lenkeit [SPD]: Gott bewahre!)

Sekunden! Es gibt da noch dieses Thema Am Brill. Jetzt aber einmal ehrlich: Das Verhältnis der Preisvorstellungen der Brüder Schapira und der Stadt lag ungefähr in der Größenordnung von eins zu vier. Das geht doch nicht anders! Ich meine, da muss man auf die Bremse treten, da muss man sagen: alles klar, zweiter Start! Das muss doch jedem vernünftigen Menschen einleuchten, oder? Also, ich glaube unter dem Strich: Es ist alles drin für die Zukunft der Innenstadt, und wir machen es ganz ordentlich. – Vielen Dank!

(Beifall Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen])

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Sie haben die Redezeit eingehalten, Herr Bücking. Sehr schön!

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Großer Applaus bei den Grünen!)

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Heiko Strohmann.

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Bücking, Sie haben das Wort Strukturwandel in den Mund genommen. Ja, das ist richtig: Trends zu erkennen ist eine wichtige, wenn nicht die wichtigste Grundlage für wirtschaftlich erfolgreiches Handeln, und deshalb ist das hier auch alles schiefgegangen. Alles das, was Sie gesagt haben, beruht auf einem großen Fehlrirtum, weil Sie Trends – neue Trends in der Innenstadt, im Konsum, im Shoppingverhalten der Menschen – nie erkannt haben, im Gegenteil, Sie haben es immer negiert.

Wir reden jetzt seit, ich weiß nicht – -. Im Grunde genommen ist seit 2007, seit Sie das Ressort belegen, in der Innenstadtentwicklung nichts mehr passiert, weil Sie gar kein Interesse haben. Sie haben Konsum immer schrecklich gefunden

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach, Quatsch!)

und wollten nicht. Ja, es ist so!

(Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe mir extra ein weißes Hemd angezogen!)

Ja, ich weiß doch, wie die Diskussionen waren – da waren Sie nicht allein, das war auch hier in großen Teilen der Stadtgesellschaft –: Einkaufsfläche proportional zur Parkhausfläche, und alles ist super. Keiner hat einmal darüber nachgedacht, dass sich Aufenthaltsqualität im Grunde genommen anders verändert hat: dass man Rundläufe braucht, Sichtachsen braucht, Aufenthaltsqualität. Wir wussten schon vor 30 Jahren, dass das Parkhaus Mitte schon immer das Grundproblem der Innenstadtentwicklung war, aber wir konnten es in den Neunzigerjahren noch nicht lösen, weil wir nicht den Mut haben, ein Parkhaus zurückzubauen. Ja, es ist einfach so. Auf diesen Fehler – -. Sie haben das über Jahre immer wieder verzögert: Das ging nicht, das ging nicht, das ging nicht, und das ist das, was mich jetzt ehrlicherweise ärgert.

Alles, was wir heute diskutieren, ob die Uni Am Brill, sind im Grunde genommen Hilfswerkzeuge gewesen bei der falschen Beurteilung. Was wir vor zehn Jahren gesagt haben – wir nicht als CDU-Fraktion, aber Sie als Regierung, damals noch Rot-

Grün, nachher ist DIE LINKE ja nur dazugekommen –, immer falsch! Ich kenne noch die Debatten. Da war es noch Herr Saxe: Innenstadt-Bashing, und das ist ein Skandal hier – Herr Heseler war Staatsrat –, es ist alles super. Das könnte ich letztlich alles zitieren. Jetzt kann ich im Nachhinein natürlich sagen, okay, wir waren damals so schlau. Wir waren gar nicht so schlau, sondern wir haben uns –. Wenn man es selbst nicht weiß, schaut man sich einmal irgendwo etwas ab und schaut sich einmal an, wie andere Städte das machen.

Wir haben 2012 das Positionspapier –. Herr Saxe wird sich ja wahrscheinlich noch erinnern, wie wir darüber diskutiert haben. Da haben Sie uns hier verhöhnt und verlacht, und es ist im Grunde genommen genau das Gleiche, was dann Kurt Zech vorgeschlagen hat, nur leider ein bisschen spät, denn – da sind wir wieder bei dem Erkennen – Sie haben es nie erkannt und versuchen, sich jetzt jedes Mal mit Hilfsmaßnahmen irgendwie über Wasser zu halten. 2015 war es da dieses Shoppingcenter, wo von vornherein klar war, dass das ein Flop wird. Das geht nicht, mit 10 000 Quadratmetern bekommt man keinen Anker da hinein, deshalb kommen die Leute nicht in die Stadt. Das kann man ergänzend machen. Man muss mindestens mit 30 000, 40 000 Quadratmetern so etwas bauen, das ging damals nicht.

Dann mit dem Lloydhof, wo wir gesagt haben: Warum kaufen Sie den Lloydhof? Der ist schon immer eine schwierige Immobilie gewesen, schon, als es noch Ansgari war und Anfang der Zweitausendjahre gebaut war. Das Ding funktionierte noch nie, weil es keinen Rundlauf gibt. Dann haben Sie sich über die Wahlen –. Dann kamen auf einmal die Brüder Schapira. Das war eigentlich eine riesen-große Chance, die Sie in Ihrem kleingeistigen Denken „unser Dorf soll schöner werden“ kaputtgemacht haben,

(Beifall CDU)

das muss man klar und deutlich sagen. Das wäre eine Chance gewesen, eine Architektur eines Libeskind. Dafür wären Menschen nach Bremen gekommen,

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt!)

um sich das anzusehen, und wir hätten eine Dynamik erzeugt, dass die Menschen sagen: Schaut nach Bremen, geht nach Bremen, da entwickelt sich was! Aber nein: Nein, wir wollen ja unser

Backsteingebäude haben, und als das dann schiefging, als Schapira gesagt hat, okay, wenn Sie nicht wollen, machen wir das mal, dann kam ja erst die Idee mit der Universität. Das war ja wieder so ein Hilfsmittel. Das ist immer das Problem.

Klar war auch, die Problematik Kaufhof/Parkhaus gab es schon immer, die Überführungsrechte, nur man hätte sich einmal frühzeitig darum kümmern müssen, denn wenn man mal eine Idee hat, muss man sich einmal frühzeitig unter dem Radar solche Sachen ansehen. Dann hätte 2010/2011, als klar war, dass Kaufhof/Karstadt massive wirtschaftliche Probleme bekommen werden – denn Fachleuten war das ja klar, weil sich Einzelhandel schon damals in eine andere Richtung entwickelt hatte –, mit DIC vielleicht einen guten Deal hinbekommen und hätte die Option –. Man hätte das Ding gekauft, denn das Parkhaus hatte man schon, und dann wäre das nämlich auch möglich gewesen, und dann hätten wir nämlich einen Kern gehabt, in dem man Innenstadt entwickeln kann, und der Rest hätte sich daraus dann entwickelt. Dann damals mit Libeskind, mit den Dingern, dann würden wir heute richtig vorn stehen und könnten Vorbildwirkung –. Aber nein, es ging leider nicht!

Da sage ich ganz ehrlich: Ich habe mir jetzt in der Vorbereitung einmal die Debatten, die wir geführt haben, angesehen, aber ich will sie nicht alle –. Wie gesagt, 2012 haben wir unser Positionspapier, dann 2013 „Einzelhandel in der Bremer Innenstadt stärken“. Der Abgeordnete Saxe: „Die CDU macht Innenstadt-Bashing“, und Staatsrat Heseler sagt: Hier ist doch alles prima, das läuft gut. Alles klar! 2014 Aktuelle Stunde der CDU: „Senatorenstreit um Martinstraße“. Da musste ich ein bisschen schmunzeln. Worüber wurde sich gestritten? Das, was jetzt kommt, was wir 2014 alle gemeinsam beschlossen haben, aber wo Sie ja noch ein paar Experimente vorher machen mussten. Wahrscheinlich wollte Frau Dr. Schaefer einmal surfen lernen, oder was? Ich weiß es nicht, warum Sie es gemacht haben!

(Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Hat ja nichts gekostet!)

Dann 2015 „Aktualisierung Innenstadt“, Papier der CDU, 2016 Große Anfrage „Innenstadtentwicklung – wann wacht Rot-Grün endlich auf?“, 2017 Antrag „Verkauf des Lloydhofs aussetzen!“.

(Zuruf Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen])

2017: Pläne –. Nein, während Sie irgendwann einmal –. Ich habe das dem Kollegen Saxe irgendwann einmal gesagt, da habe ich gesagt: Lieber Ralph, nimm es mit, schreib „Grüne“ darauf, komm morgen Früh mit dem Papier, und wir werden dich bejubeln. Das ist genau das Problem: Weil Sie immer nur kleinteilig gedacht haben und gar kein Interesse haben, haben wir viel zu spät –. Wenn Sie erst anfangen, über 2015 nachzudenken, sind Sie schon vier, fünf Jahre zu spät. Das ist einfach so! Warum haben wir das 2012 gemacht? Nicht nur, weil es notwendig gewesen war wegen der Strukturentwicklung, sondern weil massiv Geld auf dem Kapitalmarkt war! Das war nämlich der zweite Grund.

Sie erinnern sich vielleicht: 2007/2008 hatten wir die Finanzkrise, und die Zinsen sind zusammengebrochen. Wir hatten eine Nullzinspolitik, massiv ist Geld in solche Fonds gegangen, und andere Städte haben das genutzt. Die hatten natürlich nachher auch Corona, sie hatten natürlich auch die Problematik mit dem Strukturwandel, und sie hatten auch die Probleme mit dem Onlinehandel wie alle anderen Städte, aber sie waren besser darauf vorbereitet, weil sie eine Struktur in Immobilien hatten, die funktioniert, und das ist hier der grundlegende Fehler.

Wir können jetzt noch 48 Aktuelle Stunden in den nächsten zehn Jahren führen. Ich weiß nicht, ob ich da dann noch dabei bin, aber viele habe ich ja jetzt miterlebt, aber ich glaube, wir müssen jetzt einen Schritt zurück, und wenn wir wieder eine Chance bekommen, so, wie wir sie 2012 hätten haben können und wie wir sie mit den Schapira-Brüdern hatten, dann müssen wir sie nutzen, denn irgendwann spricht sich auch herum: Geh nicht nach Bremen, die wollen es nicht. Die wollen es nicht, die können es nicht, die jagen dich nur weg,

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Quatsch!)

da bist du nicht willkommen. Das ist das Nächste.

(Beifall CDU)

Glauben Sie doch nicht, dass Investoren nicht miteinander reden! Nicht nur Investoren, auch Einzelhandelsunternehmen, die quatschen. Da gibt es einen Jahrmarkt, und die treffen sich da, und wie die Marken alle heißen, und sie quatschen ab, und wenn Sie sich einmal richtig ansehen können, wie man perspektivisch die Struktur Einzelhandel entwickelt: Schauen Sie sich einmal den Weserpark an! Die haben das nämlich gemacht. Er ist Ende der

Achtzigerjahre eröffnet worden, sie haben dann irgendwann gemerkt, wir rutschen langsam ab, unsere Altersstruktur der Besucher veraltet, und wir wollen ja nicht nur etwas für ältere Leute machen. Die haben 100 Millionen Euro in die Hand genommen und haben investiert, haben etwas für junge Leute gemacht, sie haben Rundläufe entwickelt, sie haben Sichtachsen entwickelt, sie haben einen Foodcourt gemacht. Den Investor – den gab es ja auch einmal, den, der den Weserpark betreibt, ein sehr guter! –

(Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Den gibt es immer noch!)

gibt es ja immer noch, den wird es ja auch immer noch geben, hätte man ins Boot holen können. Aber fragen Sie einmal die Manager davon, wie die sich von Bremen behandelt fühlten!

Deswegen: Das Kind ist schon viel länger in den Brunnen gefallen, und ich mache mir ehrlicher Weise Sorgen. In dem Zustand, in dem diese Regierung ist, wird leider nichts passieren. Wir werden keine Uni bekommen, wir werden eine weitere Verelendung des Einzelhandels bekommen, und irgendwann brauchen wir die Parkhäuser nicht mehr, weil sowieso keiner mehr herkommt. Oldenburg und Hamburg werden sich freuen! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist viel gesagt worden, ich will versuchen, das von meiner Seite auf drei Wahrheiten herunterzudampfen, die es aus meiner Sicht hierzu zu sagen gibt! Die erste Wahrheit ist die – da muss man nicht darum herumreden –: Dass es mit Kurt Zech und dem Galeria-Kaufhof-Gebäude nicht geklappt hat, das ist bitter.

(Beifall FDP)

Das ist bitter deswegen, weil wir in Zeiten des Onlinehandels neue Anlässe für einen Besuch in der Innenstadt schaffen müssen – das wissen wir –, und bevor es hier untergeht und wir uns nur in Negativbeschreibungen verlieren, möchte ich noch einmal sagen: Wir haben in Bremen auch heute Anlässe für einen Besuch in der Innenstadt. Wir haben

eine Ausgangssituation mit einer historischen Altstadt mit einem Weltkulturerbe, das uns jährlich mehrere Millionen Touristen in diese Stadt bringt und auch für die Einheimischen ein ganz hervorragender Anziehungspunkt ist. Wir haben eine pulsierende Gastronomiemeile wie die Schlachte, wir haben Anziehungspunkte wie eine Grünanlage mitten in der Innenstadt. Das sind alles Ausgangssituationen, um die uns andere Großstädte beneiden,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das stimmt!)

und das ist ein Punkt, der hier gern unter den Tisch fallen gelassen wird.

Wir haben aber auch ein Problem, das alle anderen Großstädte mit uns teilen, nämlich die Krise des Einzelhandels in den Innenstädten. Deshalb hätte die Variante, über Kurt Zech alle diese drei Schlüsselimmobilien – Galeria Kaufhof, Parkhaus Mitte, Karstadt – in eine Hand zu bekommen, einen großen Wurf zu landen –. Diese drei Immobilien, die noch am stärksten auf diese Innenstadt der Nachkriegszeit ausgerichtet sind, die jetzt durch den Onlinehandel so stark in Bedrängnis kommen, hätten das größte Potenzial gehabt, in einem großen Wurf entwickelt zu werden, und deshalb ist das Scheitern dieser Option für uns bitter.

Die zweite Wahrheit ist die: Der Versuch, diesen großen Wurf zu schaffen, war richtig. Im Jahr 2018/2019, als das begonnen worden ist, habe ich auch vonseiten der FDP oder vonseiten der CDU nicht in Erinnerung, dass von ihnen gesagt worden wäre, der Weg, mit Herrn Zech zu versuchen, diesen Wurf zu landen, wäre falsch.

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Nein, das haben wir nicht gesagt! – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das hat ja auch niemand behauptet!)

Gut! Also halten wir einmal fest: Sie hätten zu diesem Zeitpunkt alles ganz genauso gemacht.

(Beifall SPD – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein, fünf Jahre früher!)

Hinterher sind wir natürlich alle schlauer, das ist richtig. Heute kann man sich natürlich auf den Standpunkt stellen und sagen – jetzt, wo wir es wissen –: Der Weg war nicht richtig. Wir hätten als Stadt vielleicht direkt selbst handeln sollen, das ist richtig. Das ist allerdings eine ziemliche Tautologie.

Aus dem damaligen Standpunkt heraus war es richtig, anzunehmen, dass Herr Zech, weil ihm schon Karstadt gehört und weil er jemand ist, der große Summen bewegen kann, ein guter Vertragspartner ist, um alle drei Immobilien in eine Hand zu bekommen. Es war sehr nachvollziehbar und wie wir jetzt rückwirkend wissen, goldrichtig, diesen Kaufvertrag unter eine Bedingung zu stellen, nämlich unter die Bedingung, dass Herr Zech es schafft, tatsächlich Galeria Kaufhof beizubringen, und es ist dann letztlich auch richtig, wenn das nicht funktioniert – was sehr bedauerlich ist und was, finde ich, auch nicht Herrn Zech anzulasten ist –, das Ganze rückabzuwickeln und die Reißleine zu ziehen, anstatt weiter Zeit zu verlieren.

Jetzt können wir uns mit einer Schlüsselimmobilie, die jetzt der Stadt gehört, überlegen, welche neuen Optionen wir haben, und da stellt sich, finde ich, am Anfang des Prozesses zunächst einmal die Frage: Welche Lehren ziehen wir denn jetzt aus dem, was wir in den letzten Jahren gelernt haben? Das wäre aus meiner Sicht die dritte Wahrheit, die es hier zu sagen gibt: Wären solche Schlüsselimmobilien in der Hand der Stadt, dann hätten wir dieses ganze Problem überhaupt nicht.

(Beifall SPD)

Dann hätte der Umbau vor Jahren begonnen. Wir können ja einmal die Gegenthese überprüfen. Die Gegenthese wäre ja die, die Herr Schäck vorgetragen hat, die

(Zuruf)

in einem Teil der Rede nicht, aber in einem Teil der Rede dann auch Herr Strohmann vorgetragen hat,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein!)

nämlich die: Das Problem ist das mangelnde private Investment in der Bremer Innenstadt, denn die wollen hier nicht, denn Bremen macht es denen nicht attraktiv genug.

Dann gehen wir einmal die beiden Beispiele durch! Herr Zech hat investiert. Herr Zech hat das Parkhaus Mitte gekauft, und er war sehr bereit, Galeria Kaufhof zu erwerben, allerdings gab es da einen Dritten, DIC. Die hatten Galeria Kaufhof zuerst gekauft, und deren Investmentstrategie bestand jetzt im Wesentlichen darin zu hoffen, dass ihnen im Zuge des Umbaus der Bremer Innenstadt dieses Investment von Herrn Zech vergoldet wird. Das hat

sich nicht erfüllt, und deshalb sitzen wir jetzt in der Tinte.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Quatsch!)

Gehen wir hinüber zur Sparkasse! Die Brüder Schapira haben investiert. Sie haben einen sehr großen Geldbetrag dafür ausgegeben, das Gebäude von der Sparkasse zu erwerben, vielleicht sogar einen zu hohen Geldbetrag, und das Problem, das wir jetzt haben, ist: Die Investmentstrategie der Brüder Schapira besteht darin, dass sie hoffen, dass ihnen im Zuge des Umbaus der Bremer Innenstadt dieses Investment aus der Staatskasse vergoldet wird, und deswegen sitzen wir an der Stelle jetzt in der Tinte.

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Das ist doch Quatsch! Das ist doch wirklich Quatsch! – Zurufe CDU – Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Das ist schlichtweg falsch!)

Herr Weiss, Herr Bücking hat es richtig vorgetragen: Die Preisvorstellungen liegen um vier zu eins auseinander. Hätten wir diesen Vertrag mit den Brüdern Schapira abgeschlossen, hätte Herr Eckhoff hier eine Aktuelle Stunde beantragt, dass wir Geld aus der Staatskasse verschleudern,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU])

und Sie wissen es!

Ich möchte deutlich sagen, der Teilumzug der Universität in die Innenstadt muss auf der Agenda bleiben, vielleicht auch Am Brill, vielleicht aber auch woanders, und wenn es eine Lehre aus diesen Prozessen gibt, ist es aus meiner Sicht die: Wir brauchen mehr städtischen Einfluss auf die Schlüsselgrundstücke der Innenstadt, wenn wir als Stadt die Innenstadt auch entwickeln wollen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Deshalb wäre meine Vorzugslösung die – -. Ich habe es ehrlich gesagt übrigens in der Rede von Herrn Strohmann nicht ganz verstanden,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das weiß ich!)

ob Sie gesagt haben, Sie waren von Anfang dagegen, das Parkhaus zu verkaufen. Wenn das so ist, wenn Sie gesagt haben, Sie wären von Anfang an dagegen gewesen, das Parkhaus zu verkaufen,

falls Sie das gesagt haben, gestehe ich: Das wäre weitsichtig gewesen.

(Zurufe – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ich? Sie! Ihre Partei wollte da nie ran!)

Ich formuliere es noch einmal: Sollten Sie damals gesagt haben, Sie sind dagegen, das Parkhaus Mitte zu verkaufen – vor fünf Jahren –, dann wäre das weitsichtig gewesen. Ich kann mich daran nicht erinnern, ich gebe aber zu, das war ein Stück vor meiner Zeit. Insofern, wenn Sie das gesagt haben, gestehe ich zu, das wäre weitsichtig gewesen. Nachträglich sind wir alle schlauer.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das ist das Problem! Sie werden nicht schlauer!)

Heute wäre deshalb meine Vollzugslösung die: Wir sollten das Parkhaus Mitte nicht mehr verkaufen. Wir sollten stattdessen zügig prüfen, welche Möglichkeiten wir mit einem Neubau auf dem Areal des Parkhauses Mitte haben, und da fallen einem ein paar ein. Zum Beispiel ist da eine sehr gut angelaufene Stelle des Bürgeramtes, die man sich vorstellen kann für die Erdgeschosszone.

(Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Vielleicht bekommt man da auch häufiger die Ausweise!)

Es ist, finde ich, auch richtig gesagt worden in den Ausführungen: Man könnte sich vorstellen, dass man sich da als bremische Verwaltung selbst einmietet an Stellen, wo wir derzeit ziemlich hohe Mieten an Private zahlen, dann freut sich auch der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Sie sind doch aus dem Lloydhof herausgegangen! – Zuruf Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU])

Es wird Sie drittens nicht verwundern, wenn das von mir vorgetragen würde: Ich bin der Ansicht, das ist eine Gelegenheit, bei der wir unbedingt Wohnen in der Innenstadt etablieren müssen, denn da kommen wir in den Bestandsimmobilien nicht so schnell voran, wie wir uns das wünschen. Das heißt, das wäre eine gute Gelegenheit. Man kann sich auch einen Teil der Universität dort vorstellen, man kann sich auch innerhalb des Standortes der Universität-Innenstadt einen Teil im Parkhaus Mitte vorstellen, einen Teil wieder in einem anderen Gebäude. All das ist denkbar.

Ich bin der Ansicht, man kann schon heute Lösungen entwickeln, wenn wir es denn schaffen, offen zu bleiben für einen späteren Erwerb von Galeria Kaufhof, denn richtig ist bei allem, dass wir nicht wissen, wie sich Galeria Kaufhof in der Zukunft entwickeln wird, es sei denn, Herr Strohmann hat eine Glaskugel.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Eine Glaskugel nicht, aber einen Blick in die Zukunft! – Zurufe)

Ja?

(Zurufe)

Ach so! Ja? Und Sie wissen, was mit Galeria Kaufhof in zehn Jahren ist?

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja!)

Überlebt Opti-Wohnwelt, oder überlebt nicht?

(Zuruf)

Na? Ja! Das ist eine hervorragende Glaskugel, Herr Kollege Strohmann!

Also, weil wir es nicht wissen, auch, wenn der Kollege Strohmann in fünf Jahren in einer Aktuellen Stunde behaupten wird, er hätte es gewusst, werden wir offenbleiben müssen dafür, dass wir Galeria Kaufhof zu einem späteren Zeitpunkt noch erwerben müssen. Das sind die Rahmenbedingungen, unter denen wir das Parkhaus Mitte entwickeln sollten. Ich bin dafür, das wäre meine Vorzugsvariante, es nicht mehr zu verkaufen und das Werkstattverfahren noch in diesem Jahr zu starten. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Wagner, wir hätten es nicht so gemacht wie Sie. Wir waren von Anfang an dafür, dass das verkauft wird, natürlich. Wir haben mit Kurt Zech dort jemanden, der nicht nur das nötige Geld mitbringt, sondern auch in Bremen verankert ist und Erfahrung mit solchen Projekten hat. Natürlich, nichts liegt näher, als das dann auch entsprechend zu veräußern, wir hätten nur dafür gesorgt, dass es

entweder umgesetzt wird oder frühzeitiger interveniert wird. Dass wir jetzt nach fünf Jahren vor der Situation stehen, dass alles, aber wirklich alles vor die Wand gefahren ist und wir keinen Meter weiter sind als vor fünf Jahren – im Gegenteil,

(Beifall FDP, CDU)

wir sind sogar weiter zurück –, das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

Ich möchte noch etwas dazu sagen! Wir haben natürlich eine Veränderung der Bremer Innenstadt, das ist ja völlig klar. Das haben andere Städte auch, aber andere Städte schaffen es, auch das Thema Einkaufen in der Innenstadt hochzuhalten. Ich erinnere nur an Hannover. Sicherlich, die haben ein anderes Einzugsgebiet, aber Hannover ist von der Stadt her von der Einwohnerzahl kleiner als Bremen, und die haben da einen Apple-Store, die haben einen Tommy-Hilfiger-Store und so weiter und so fort.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Und haben weniger Parkplätze!)

Und sie haben weniger Parkplätze! Was wir in Bremen haben, ist ja die Situation, dass überall dort, wo früher ein hochwertiger Schuhladen war oder ein Klamottenladen, heute eine Drogerie ist. Bei allem Respekt: Es ist das gute Recht, in der Innenstadt solch einen Laden zu eröffnen, aber wegen einer Drogerie fährt niemand in die Innenstadt, um dort ein schönes Einkaufserlebnis zu haben.

(Beifall FDP, CDU)

Das hat jeder bei sich im Quartier. Das ist eine Entwicklung, wo man natürlich gegenarbeiten muss.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Da stehen lecker Döner an der Sögestraße!)

Man muss natürlich dagegen anarbeiten und auch dafür sorgen – auch einmal aktiv ins Gespräch gehen –, dass wir auch wieder attraktive Einkaufsmöglichkeiten in Bremen haben.

Was mich so ein bisschen stört, insbesondere auch an der Rede des Kollegen Schumann von der LINKEN, ist, dass da immer so ein bisschen mitschwingt dieses „es ist ja gar nicht so schlecht, dass es gescheitert ist, jetzt können wir es selbst machen“. Das schwang in Ihrer Rede mit. Ich bin der

festen Überzeugung, dass es bei der Innenstadtentwicklung Projekte gibt, die in privater Hand besser aufgehoben sind und Projekte gibt, die in öffentlicher Hand besser aufgehoben sind, das ist ja gar keine Frage.

Alles aus öffentlicher Hand machen zu wollen, wird nicht klappen. Erstens hat die öffentliche Hand in der Vergangenheit bei ganz vielen Projekten, nicht nur in Bremen, auch in anderen Städten, bewiesen, dass Sie nicht schneller sind und dass es nicht unbedingt billiger wird, wenn die öffentliche Hand es macht. Darüber hinaus fehlt der öffentlichen Hand schlichtweg das Geld, also sind Sie darauf angewiesen, dass private Investoren sagen, ja, wir wollen hier investieren.

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Aber Sie haben es ja nicht hinbekommen!)

Moment! Und dass jetzt so ein bisschen mit-schwingt dieses Gefühl „zum Glück ist es gescheitert, jetzt können wir es selbst machen“, ich muss sagen, da läuft es mir kalt den Rücken hinunter: erstens, weil Sie dieses Projekt ja nicht von Anfang an so geplant haben. Hätten Sie von Anfang an gesagt, wir machen es aus öffentlicher Hand aus folgenden drei Gründen, dann hätten wir darüber diskutieren können. Dann hätte man den Eindruck bekommen, Sie haben eine Idee davon, warum das notwendig ist, welche Gründe dafür sprechen, dann hätte es nach einem Plan zumindest ausgesehen. Jetzt zu sagen, wir haben uns ein halbes Jahrzehnt Zeit genommen, dem Projekt beim Scheitern zuzusehen, und jetzt ist es endlich gescheitert, und jetzt können wir es selbst machen, das ist kein Plan. Das ist einfach ein Aufgeben der Bremer Innenstadt, und das ist nicht das, wie man ernsthaft eine Innenstadt entwickelt.

Ich erwarte von Ihnen, dass Sie, wenn Sie so ein Projekt begleiten, da auch aktiv ins Gespräch gehen, sich für die Umsetzung einsetzen und es nicht nur beobachten und sich nach fünf Jahren darüber freuen, dass es gescheitert ist.

(Beifall FDP – Glocke)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Erlauben Sie noch eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rupp? Sie haben nur elf Sekunden!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Jetzt habe ich wieder elf Sekunden, ja!

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Ja, jetzt habe ich es eingestellt.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Selbstverständlich, Herr Kollege Rupp!

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Bitte, Herr Rupp!

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE): Ich habe jetzt in dieser Debatte gelernt, das Projekt mit Zech ist gescheitert, weil es wirtschaftlich nicht so zu realisieren war, wie sich Kurt Zech das vorgestellt hat, weil die Eigner der Galeria Kaufhof gesagt haben, wir wollen mehr Geld oder wir wollen viel zu viel Geld dafür. Also, es ist jetzt gescheitert, und jetzt sagen Sie, jetzt müssen wir jemand anderen als Kurt Zech finden, der dann ebenfalls wieder in eine Situation kommt, dass es wirtschaftlich nicht zu realisieren ist und dann noch einmal scheitert? Diese Logik verstehe ich nicht.

Ich verstehe, und ich halte es für nachgerade verpflichtend, dass sich Bremen angesichts der Tatsache, dass es diesen privaten Investor mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht geben wird, dann für eine Lösung entscheidet, das selbst zu machen. Können Sie mir noch einmal die Logik erklären, die ich eben skizziert habe, warum jetzt ein neuer Investor besser sein soll als der alte?

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Ich werfe Ihnen vor, dass Sie fünf Jahre gebraucht haben, um festzustellen, dass dieses Projekt offensichtlich nicht erfolgreich realisiert werden kann, und die öffentliche Hand, die Politik hat natürlich Möglichkeiten, sonst würden Sie ja alles, was wir hier tun, eigentlich ad absurdum führen. Natürlich hat die Politik die Möglichkeit, ins Gespräch zu gehen, Dinge nach vorn zu treiben, auch einmal einzufordern. Offensichtlich ist da vieles nicht passiert im letzten halben Jahrzehnt, und das Allerschlimmste, was wir jetzt machen können, ist wieder irgendeine Form von Werkstattverfahren und rundem Tisch in dieser Stadt – davon haben wir, glaube ich, genügend –, denn ich verspreche Ihnen, dann werden wir innerhalb des nächsten halben Jahrzehnts mit diesem Projekt nicht vorankommen, und das kann sich Bremen einfach nicht leisten. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP – Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp [DIE LINKE]: Aber die Frage, warum ein neuer Investor erfolgreicher sein soll, haben Sie nicht beantwortet!)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich noch einmal Herrn Bücking die Möglichkeit zum Sprechen geben. Sie haben keine Redezeit mehr, Sie können aber natürlich eine Kurzintervention von eineinhalb Minuten machen.

(Zurufe Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen] und Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Das können Sie machen! Aber nicht länger!

(Zurufe)

Er hält schon in der letzten Zeit immer seine Redezeiten ein!

(Zuruf Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU])

Genau! Das weiß er aber, Herr Eckhoff!

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Eckhoff hat gesagt, ich dürfte auch von vorn – –.

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Ja, natürlich! Selbstverständlich! Entweder an der Seite oder vorn! Das war richtig, was Herr Eckhoff gesagt hat. Bitte, Herr Bücking!

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Dies war richtig von dem, was Herr Eckhoff gesagt hat. Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte noch einmal ein paar Worte sagen zum Thema, wann handelt die öffentliche Seite, und wann handelt private Seite!

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Ich finde, man muss einmal einen Moment darüber nachdenken: Wenn die Universität ein Gebäude anmietet und sich für einen Standort entscheidet, dann liegt es nahe, sich klarzumachen, das macht sie für einen sehr langen Zeitraum, womöglich für 100 Jahre, und dann liegt es nahe zu sagen, es könnte besser sein, im Eigentum zu sein. Nun dürfen wir uns darüber keine Illusionen machen, dass das öffentliche Eigentum immer für Glück und Segen sorgt. Bekanntlich sind die Immobilien im Blockland keineswegs in einem guten Zustand. Das Geld bereitzustellen, um Gebäude auf hohem

Niveau zu unterhalten, fällt der öffentlichen Hand oft sehr schwer. Deswegen ist es allein mit dieser Entscheidung überhaupt nicht getan,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein!)

sondern man braucht sehr viel mehr, um sicherzugehen, dass das gute Immobilien sind, die zu einem vernünftigen Preis finanziert werden. Das war der erste Satz, den ich sagen wollte.

Der zweite war: Wir können nicht von der öffentlichen Seite aus die alten wunderbaren Bedingungen für die Immobilieneigentümer und ihre Renditen über den Strukturwandel hinweg garantieren, das können wir nicht, sondern dieser Strukturwandel bedeutet Vermögensverluste, und er kann nur überwunden werden, wenn – –.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Und nun ist vorbei! Die anderthalb Minuten sind wirklich anderthalb Minuten, Herr Kollege!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein, das sind 90 Sekunden!)

Den Satz zu Ende, und dann ist Feierabend!

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Den Satz bekomme ich noch?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Nein, diesen Satz zu Ende: Subjekt, Prädikat, Objekt! Drei Satzteile!

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, Sie sind streng heute! – Vielen Dank!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Ja! Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin noch nicht so lange in der Politik, deswegen habe ich so viel Zeit gespart und kann jetzt also noch etwas sagen, Herr Bücking. Lieber Kollege Schäck, nehmen Sie mir ab, dass ich mich in meinen 66 Jahren auch schon dahin gehend weiterentwickelt habe, dass ich nun nicht sage, man muss alles verstaatlichen. Das können Sie mir bestimmt glauben. Aber es gibt nun einmal eine unterschiedliche Sichtweise auf die Dinge,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Jawohl!)

und da hat vielleicht eine Stadt, zumindest was Rendite angeht, eine andere Sichtweise der Dinge.

Dass das mit dem Kaufhof-Gebäude nicht geklappt hat, lag einfach daran – das müssten Sie eigentlich besser wissen als ich, denn Sie haben ja mit den Beelzebuben mehr zu tun als ich –, dass natürlich die Eigentümer des Kaufhof-Gebäudes ganz genau wussten, dass sie eine sehr starke Verhandlungsposition haben.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja, das stimmt!)

Das haben sie gewusst. Sie war nicht immer gut, aber sie wurde richtig brillant, als da ein Mietvertrag aufgekreuzt ist, und der war komfortabel. Der Mieter hat meines Wissens eine gute Million Euro in diesem Gebäude investiert. Das heißt also, wenn man Investor ist, weiß man, der wird wohl auch ein bisschen länger bleiben und vielleicht auch die Option ziehen, die nächsten fünf Jahre.

Das heißt also, die hatten im Prinzip überhaupt gar keinen Druck, etwas zu machen, und wenn Sie in dem Bereich tätig sind, dann werden Sie wissen, dass Sie erstens den Eigentümern so viel Geld hätten zahlen müssen, dass sie mit den Mietverträgen gut klarkommen, dass sie sagen, wir gehen da raus, und Sie hätten den Mieter so weit entschädigen müssen, dass er auch gesagt hätte, ich packe meine Möbel wieder ein und gehe raus.

(Zuruf Abgeordneter Thore Schäck [FDP])

Das war eben in Ihrer Welt nicht möglich,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das war schon vorher! – Zuruf Abgeordneter Thore Schäck [FDP])

weil nämlich die Renditen da nicht so stimmten. Das war mit Herrn Zech alles in Ordnung.

Was ich komisch finde und nicht so ganz begreifen kann, ist: Auf der anderen Seite hat die Stadt mit den Schapira-Brüdern verhandelt. Da war das andersherum. Da hatten zumindest die Schapira-Brüder eine ganz gute Verhandlungsposition, weil sie sagen konnten: Ist ja toll, wenn die Stadt kommt! Wer möchte nicht die Stadt als Mieter haben? 20 Jahre, gute Geschichte! Die wollten also auch ein Stück weit mehr Geld haben, und da hat die Stadt

für sich gesagt: Erstens können wir uns das vielleicht gar nicht leisten, und zweitens wollen wir das nicht, und drittens können wir es nicht. Dann ist da plötzlich die Stadt der Loser. Herr Zech war da nicht der Loser, der es nicht geschafft hat, mit dem Kaufhausgebäude weiterzukommen. Also ich finde das alles ein bisschen merkwürdig, was Sie da darstellen!

Was ich schade finde – ich bin ja Zugereister –, ist, dass immer versucht wird, die Stadt schlechztreden. Herr Schäck, Sie haben recht mit den Filialisten, aber soweit ich mich erinnern kann, hat die Stadt nicht ein Gebäude gehabt, nicht ein Kaufhaus gehabt, nicht einen Laden gehabt, was sie an einen Filialisten vermietet hat. Da muss man sich doch einmal die Frage stellen: Was hat denn die Handelskammer, die ja für den Handel zuständig ist, in den ganzen Jahren gemacht? Die hat doch auch eine gewisse Verantwortung!

Wenn wir zu der gewissen Verantwortung kommen – ich habe noch drei Minuten, das ist ja wirklich wie ein Geschenk Gottes heute! –, da will ich wenigstens noch an etwas erinnern, Herr Kollege Strohmann!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Strohmann!)

Strohmann! Das Pech ist, dass Herr Wagner so jung und Herr Schumann so alt ist.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Er so alt ist?)

Herr Schumann ist so alt, und der kann sich ja noch einmal entsinnen: Ein Sargnagel, ein riesiger Sargnagel für die schlechte Entwicklung der Innenstadt war die Waterfront.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ach so!)

Und wer hat die denn – –?

(Zuruf)

Ja, natürlich! Am Rand diesen Handel hineinzubringen hat auf jeden Fall die Innenstadt unter Druck gebracht.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Bodenhoch noch!)

Und wer hatte das denn verantwortet? Das haben Sie doch damals in der Großen Koalition verantwortet, und Sie wollen es nicht hören. Nebenbei haben Sie einen dreistelligen Millionenbetrag mit Ihrem Space Park versenkt. Woher geben Sie mir denn die Fantasie, dass Sie es besser können als wir?

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein, Ihnen nicht! Das gebe ich auf!)

– Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte.

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit zwei Vorbemerkungen beginnen, die eigentlich immer nicht fehlen dürfen in den Diskussionen über die Innenstadt! Das Erste ist, Vorbemerkung eins, alle Schwächen, alle Probleme klar und deutlich benennen, aber nicht einen Verfallsdiskurs initiieren oder inszenieren, der der Komplexität der Entwicklung auch nicht gerecht wird!

Natürlich gibt es große Probleme in der Innenstadt, und natürlich ist es trotzdem nicht so, dass wir über 20 oder 25 oder 30 Jahre einem Verfall der Innenstadt zusehen müssen. Ich will dazu nur noch einmal zwei Argumente benennen: Wir haben in der Stadt im Jahr 2010 ungefähr 1,2 Millionen Übernachtungen gehabt, überwiegend von Touristinnen und Touristen, aber natürlich nicht nur, sondern auch von Geschäftsleuten. Wir haben dann 2019 vor der Pandemie ungefähr 2,2 oder 2,3 Millionen Übernachtungen gehabt, eine Million mehr, und das bestimmt nicht, weil Bremen so unattraktiv geworden ist, sondern weil Bremen natürlich eine attraktive Stadt ist und weil Bremen sehr viel zu bieten hat. Noch einmal: Das soll nicht bedeuten, irgendwelche realen Probleme in den Hintergrund treten zu lassen, aber es balanciert das Bild etwas aus.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Zweiter Punkt – ich zitiere einmal jemanden –: „Wir sind derzeit sehr, sehr zufrieden. So viele Neueröffnungen hat es lange nicht mehr gegeben.“ Das war jetzt nicht ein Zitat aus den Siebzigerjahren und auch nicht aus den Achtziger- und den Neunziger-

jahren, sondern von Ende 2016 vom Geschäftsführer der CityInitiative. So hat er damals die Situation in der Innenstadt bewertet; nicht, weil er der Meinung war, dass es da nicht schwierige und problematische Entwicklungen gab, sondern weil er gesagt hat, in dem Jahr haben ja auch Manufactum und die Markthalle Acht und viele andere Geschäfte eröffnet. Ich glaube, was wichtig ist, ist, genau hinzusehen, aber nicht das, was auch tatsächlich gut gelaufen ist, überhaupt nicht mehr in den Blick zu nehmen.

Zweite Vorbemerkung: Eines ist doch glasklar: Stadtentwicklung, Innenstadtentwicklung und andere Quartiersentwicklung kann nur unter Nutzung einer großen Menge an privatem Kapital gelingen, das kann öffentliches Kapital allein natürlich überhaupt nicht leisten. Das ist ja gar keine Frage der reinen Größenverhältnisse, und niemand hier sieht das in irgendeiner Form anders, als dass man natürlich privates Kapital braucht. So ist das in unserer Gesellschaft, und das kann nie vollständig oder auch zu einem großen Teil durch öffentliche Investitionen substituiert werden, aber natürlich brauchen wir ein Hand-in-Hand-Zusammenwirken öffentlicher und privater Investitionen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

Wo ich nur auf der rechten Seite des Parlaments ein bisschen vom hohen Ross herunterkommen würde: Wir haben in einer der letzten Sitzungen über das Tabakquartier gesprochen.

(Zuruf – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das ist jetzt aber eine Nebelkerze!)

Das war ein Quartier, da investiert ein Privater eine Dreiviertelmilliarde Euro, 750 Millionen Euro, und dann muss man sich von der rechten Seite des Parlaments anhören, dass das das schlechteste Projekt ist, das man sich vorstellen kann und dass da dem Investor das Geld nur nachgeworfen wird, obwohl wir zum Beispiel Mietpreise von acht oder neun Euro pro Quadratmeter realisieren konnten. Das musste ich mir von der rechten Seite des Parlaments anhören. Meine Damen und Herren, ein bisschen mehr Demut würde Ihnen da richtig gut zu Gesicht stehen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Der war jetzt gut! – Zuruf Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU])

Gut! Aber jetzt zur Sache selbst, zum Parkhaus Mitte! Ich komme auch gleich noch zum Großen und Ganzen, aber ich will doch beginnen mit dem Parkhaus Mitte. Sinnvollerweise war es so, dass wir uns auf das Angebot von Kurt Zech damals eingelassen haben, den ganzen Bereich zu entwickeln. Warum? Weil natürlich am allerbesten das ganze Areal entwickelt werden kann, wenn man das Karstadt-Gebäude, das Parkhaus Mitte und das Kaufhof-Gebäude zusammen denkt und zusammennimmt, und im Karstadt-Gebäude war Kurt Zech engagiert, und beim Kaufhof-Gebäude hat er gesagt: Das bekomme ich mit meiner Finanzkraft hin und mit meinem Verhandlungsgeschick, und wenn Sie mir jetzt im Wege der freihändigen Vergabe noch das Parkhaus Mitte geben, dann haben wir da genau die Zusammenballung, die wir brauchen, um eine gute Entwicklung hinzubekommen. Ich finde das auch heute immer noch sehr richtig, dass wir das so gemacht haben.

Zweiter Teil des Dramas: Es ist auch aufgrund der Entwicklung in der Pandemie dann Kurt Zech nicht gelungen, das, was er sich tatsächlich ja vorgenommen hat – und er ärgert sich am meisten selbst darüber, dass das Projekt nicht gelungen ist –, tatsächlich zu realisieren. Warum? Ich kann jetzt hier nicht aus geheimen und vertraulichen Absprachen mit Zahlen operieren, deshalb nehme ich nur die Zahlen, die im „Weser-Kurier“ von Jürgen Hinrichs immer veröffentlicht wurden und tue einmal so, als ob sie richtig waren mit den 50 Millionen Euro Kaufpreis.

Es war einfach so: Für dieses Geld war es unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen nicht möglich, das zu kaufen, dann abzureißen und etwas Neues zu machen. Die Mieten, die in der Bremer Innenstadt bei diesem Kaufpreis zu erzielen waren und sind, waren dann ökonomisch und wirtschaftlich nicht mehr vernünftig zu stemmen. Das war jedenfalls das, was man aus dem Verhalten von Kurt Zech – so offen hat er das natürlich nie gesagt – herauslesen konnte, und das hört sich ja auch sehr plausibel an; und übrigens, Herr Schäck, das wäre auch nichts gewesen, was die öffentliche Hand zu diesem Preis hätte stemmen können. Dieser Preis war von DIC – das bewerte ich so wenig wie Herr Bücking moralisch – daraus abgeleitet, dass sie bestimmte Bilanzen in den Büchern haben

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Genau das!)

und bestimmte Vermietungsoptionen haben.

Was will man da machen? Da kann man ja nicht sagen: Herrje, verbrenn das Geld, und verkauf uns das günstiger! Das heißt, das kann man sagen, aber man kann nicht erwarten, dass darauf eingegangen wird. Dann hatten wir aufgrund der Veränderungen das Dilemma, dass es tatsächlich ökonomisch so, wie es angedacht war, und vom Geschäftsmodell eben nicht mehr möglich war.

Jetzt kommt der dritte Teil des Dramas: Hätten wir das schneller erkennen müssen, also hätten wir das 2020, nachdem die Auswirkungen der Pandemie schon deutlicher wurden, erkennen müssen, schneller, oder 2021? Ja, herrje! Wenn man vom Amt kommt, ist man immer schlauer. Wenn man zurückkommt, ist man immer schlauer.

Ich habe mit Beginn meiner Amtszeit natürlich auch ganz viel mit der Handelskammer, mit vielen Akteuren gesprochen. Niemand hat gesagt, los, jetzt schnell heraus aus dem Zech-Projekt, denn das bekommt er sowieso nicht hin, sondern alle haben gesagt: „Jetzt muss es aber doch“ und „Könnt ihr nicht noch einmal?“ und „Könnt ihr die Anforderungen nicht noch einmal ein bisschen absenken?“ und „Könnt ihr nicht noch einmal Vorstellungen haben, wie wir das Ganze noch irgendwie gängig machen können?“. Das haben wir dann ja auch gemacht und haben dann bloß festgestellt, die von mir eben beschriebene wirtschaftliche Schwierigkeit ist einfach nicht aufzulösen.

Dann haben wir gesagt, geht es nicht mehr – und jetzt kommt ja dann nicht die bessere Lösung, sondern die schlechtere Lösung –, und wir haben gesagt, jetzt müssen wir das rückgängig machen, und dann müssen wir uns jetzt erst einmal auf die isolierte Entwicklung des Parkhauses Mitte konzentrieren. Das ist natürlich nicht das Beste. Alle drei Gebäude zusammen zu entwickeln, ist besser, das bekommen wir bloß im Moment nicht hin aufgrund der von mir eben und hier auch in der Debatte ja schon vielfach dargelegten Rahmenbedingungen.

Jetzt stehen wir mit der isolierten Entwicklung da, ohne uns natürlich potenzielle Möglichkeiten eines Zugriffs auf das Kaufhof-Gebäude und andere verbauen zu wollen, und jetzt gibt es einfach rechtlich zwei Möglichkeiten: Man kann das selbst entwickeln, und selbst heißt natürlich auch immer mit den eigenen Gesellschaften BREBAU und GEWOBA auf der einen Seite als eine Möglichkeit, oder eine Konzeptausschreibung, denn anders geht das nicht. Wenn man das jetzt verkauft, muss man es ja auch mit einem gewissen Konzept ausschreiben auf der anderen Seite, und da müssen wir uns

jetzt natürlich noch einmal ganz genau in Anbetracht aller Alternativen die Karten legen.

Da jetzt einen Schnellschuss zu machen, wäre falsch. Das allerdings auf die lange Bank zu schieben, wäre natürlich mindestens genauso falsch, sondern diese Entscheidung muss jetzt relativ zeitnah getroffen werden. Aber die müssen wir uns jetzt natürlich – Konzeptvergabe auf der einen Seite, Eigenentwicklung auf der anderen Seite – noch einmal sehr genau anschauen im Rahmen der jetzt auf dem Tisch liegenden Alternativen und möglicherweise auch noch anderen Alternativen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Bürgermeister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schäck?

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte: Natürlich! Der junge Mann schaut so freundlich!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Ja, weil ich so gelächelt habe, bekomme ich jetzt meine Frage! Wie schön! Herr Bürgermeister, vielen Dank für die Ausführungen! Mich würde noch einmal interessieren, wie der Prozess abgelaufen ist, dass Sie davon erfahren haben, dass es endgültig vorbei ist. Ich habe die ganz große Sorge, wenn man jetzt erst anfängt, sich über alles grundsätzlich Gedanken zu machen, dass sich das wieder hinzieht. Die Tendenz, dass das wahrscheinlich scheitern wird, wird man ja irgendwann im Laufe des Prozesses mitbekommen haben, und dann hätte man ja die Möglichkeit gehabt, sich schon einmal Gedanken über Alternativen zu machen. Wie ist das abgelaufen?

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte: Natürlich ist es so, dass man sich immer über Alternativen Gedanken macht, das gehört dazu. Das haben wir natürlich auch gemacht, und wir haben dann irgendwann sozusagen Mindestanforderungen für die Verlängerung des Vertrags, der ausgelaufen wäre oder jedenfalls mit dem Inhalt nicht weitergeführt worden wäre, wie wir ihn ursprünglich geschlossen haben –. Da haben wir gesagt, wir haben noch einmal Anforderungen, geringe Anforderungen, ein bestimmtes Werkstattverfahren durchzuführen, noch einmal gewisse Commitments abzugeben, und als das dann schwierig wurde, da war es natürlich deutlich, die Reißleine zu ziehen, und die haben wir natürlich auch gezogen in dem

Wissen, dass wir dann eine Eigenentwicklung oder eine Konzeptvergabe machen werden. Ob das aber eine Konzeptvergabe oder eine Eigenentwicklung wird, ist im Senat noch nicht entschieden.

Gut! Kommen wir zum zweiten Punkt, zum Brill und zur Universität, obwohl das – da hat ja Herr Bücking durchaus recht – war eine zeitliche Koinzidenz. Ich weiß es ja bis heute, es war auf einem Innenstadtgipfel, als ich übrigens ohne Nennung eines konkreten Ortes gesagt habe, ich finde, wir brauchen viele Tausend Studierende in der Innenstadt, weil das richtig ist zur Belegung. Natürlich bot sich als eine Möglichkeit das Gebäude Am Brill an, aber wir durften zwei Fehler wiederum nicht machen: Erstens, eine mögliche Verlagerung der Uni muss sich aus sich selbst heraus rechtfertigen. Es kann ja nicht so sein, dass gesagt wird, wir verlagern sie deshalb, weil wir eine schlecht gehende Innenstadt haben, die wir auffüllen müssen. Ohne eine Logik aus sich heraus ist das schwierig, und natürlich ist die Universität – so ist das manchmal, wenn man Diskussionen beginnt – nicht in einem langen vorbereitenden Prozess darauf gestoßen worden, sondern diese Diskussion ist entstanden, auch in der Stadtgesellschaft, hat an der Uni Wellen geschlagen.

Es gibt etliche Bereiche, die sagen, wow, das ist genau das, was wir uns wünschen, es gibt andere Bereiche, die sehen das kritischer. Da gibt es auch keine absolut einheitliche Auffassung in der Uni, aber natürlich ist es richtig, als Allererstes geht es darum, die Logik zu haben: Wissenschaft stärker in die Stadtgesellschaft zu bringen ist ein Benefit für die Wissenschaft und für die Stadtgesellschaft, und die Frage „wo“ ist streng genommen eine abgeleitete Frage davon. Dass das jetzt nebeneinander und parallel diskutiert wird, ja, das ist so, und ja, es hat eine Machbarkeitsstudie gegeben, die zeigt, das ginge Am Brill, aber die ökonomischen Vorstellungen der Vermieter liegen so weit entfernt von unseren – das ist ja schon angesprochen worden –, dass es da bisher nicht möglich war, zu einer Einigung zu kommen.

Deshalb muss dieser Prozess natürlich auch mit Blick auf andere mögliche Standorte weitergeführt werden, aber er kann natürlich nicht so geführt werden, dass man jetzt jede Woche noch einen anderen Standort durch die Stadtgesellschaft treibt – dann wird die Uni ja ganz raschelig –, sondern man muss schauen, welche anderen Möglichkeiten es gibt, damit man in der Verhandlungsposition dann auch möglicherweise wieder Am Brill Fortschritte

macht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist natürlich der ganz normale Weg, den wir brauchen.

Dass man mit Menschen, die harte Verhandler sind, weil sie das gewohnt sind, auch so verhandeln muss, dass man irgendwann sagt, wir können auf eure Preisvorstellungen nicht eingehen, das gehört zum Verhandeln auch dazu. Verhandeln heißt ja nicht, dass man immer jedem Privaten das gibt, was er an Preis von einem verlangt. Ich glaube, das kann nicht das Wesen von Verhandlungen sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben also zwei große Projekte – nicht nur zwei, aber die sind ja Hauptgegenstand der Aktuellen Stunde –, wo ich versucht habe zu skizzieren, wie der Stand aus Sicht des Senats ist und wie wir weiter vorgehen werden, und bei beiden Projekten wird dem Projektbüro Innenstadt künftig eine wichtigere Rolle zukommen. Wir haben ja jetzt mit dem Projektbüro eine anerkannte ressortübergreifende Koordinierungsstelle und mit Carl Zillich an der Spitze einen ausgewiesenen Experten. Wir haben gesagt, wir müssen das Projektbüro weiter ertüchtigen und stärken, und der Senat hat dazu heute im Rahmen der Beschlussfassung über den Bremen-Fonds weitere Mittel zur Verfügung gestellt. Das Parlament wird diesem Vorschlag hoffentlich folgen, weil wir wissen, dass das Ganze stärker aus einer Hand geführt werden muss und angesichts der Vielzahl der sonst involvierten Ressorts das möglicherweise nicht eine optimale Aufstellung ist.

Zum Schluss möchte ich noch einmal darauf eingehen, dass die Innenstadtentwicklung natürlich längst nicht nur aus dem Parkhaus Mitte und dem Brill besteht, es ist ja richtigerweise darauf hingewiesen worden, dass die Innenstadt insgesamt neu aufgestellt werden muss. Okay, Herr Strohmann wusste das alles schon vorher. Diese Debatte will ich aber gar nicht führen,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Tut mir leid!)

weil insgesamt, wenn es so ist: Ehre, wem Ehre gebührt in diesem Fall dann! Die City der Zukunft bietet ja nicht nur dem Einzelhandel eine Heimat – das bleibt weiter wichtig –, sondern muss einen gelungenen Mix aus Wohnen und Büros, Dienstleistung und Gastronomie, Handel und Kultur bieten, übrigens auch Tourismus, das ist auch ein ganz wichtiger Punkt.

Wir arbeiten gerade sehr engagiert an der Weiterentwicklung des Domshofs. Die Genussbox und der

Feierabendmarkt sind erste Bausteine, die symbolisch für diesen Weg stehen, die ersten guten Schritte sozusagen. Einen weiteren Baustein wollen wir mit dem Stadtmusikanten- und Literaturhaus als Anziehungspunkt für Familien, auswärtige Gäste und die sehr lebendige bremische Literaturszene schaffen. Wir haben gerade einen Rahmenvertrag für die Entwicklung des Balgequartiers abgeschlossen, und ich glaube, wir sind alle sehr gespannt, was da passiert. Das ist eine sehr spannende, gute Entwicklung.

Wir wissen, dass Wissenschaft in der Innenstadt – ich habe es eben schon angedeutet – nicht nur Hörsäle und Büros bedeutet, sondern Tausende von jungen Menschen, die tagtäglich die Straßen und Plätze beleben, hier lernen und Zeit verbringen und die Restaurants und Kultureinrichtungen nutzen und die natürlich auch hier wohnen. Auch das Wohnen in der Innenstadt und auch und insbesondere das studentische Wohnen ist sicherlich eine Sache, die wir noch stärker berücksichtigen werden. Die ersten beiden Wohnprojekte werden derzeit geplant und hoffentlich auch schon bald umgesetzt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch sagen: Die Herausforderungen sind groß, das ist keine Frage. Ich glaube, wir gehen sie am besten gemeinsam an, denn mit einem Diskurs, in dem zwar die schwierigen und Schwachpunkte benannt werden, der aber mehr darauf setzt, manchmal eine geradezu diebische Freude daran zu entwickeln, welche Dinge einmal wieder gescheitert sind oder als scheiternd wahrgenommen werden, wäre niemandem geholfen.

Bevor ich jetzt wütenden Widerspruch bekomme: Die heutige Debatte habe ich auch überhaupt nicht so wahrgenommen, sondern als eine sehr konstruktive Debatte und um ein Ringen um den richtigen Weg. Ich glaube, das bleibt bei aller Auseinandersetzung sehr entscheidend, denn wir haben ja eine Verantwortung gegenüber den Geschäftsleuten, den Beschäftigten, den Investoren, dass wir es bei allem Ringen um den richtigen Weg natürlich trotzdem schaffen müssen, ein attraktives und positives Bild unserer Stadt zu entwickeln. Das ist gerade aus Sicht der Opposition häufig nicht leicht, und wenn die Regierung das einfordert, dann sieht es oft danach aus: Seid man schön ruhig und kritisiert nicht. Nein, so kann es natürlich nicht sein, aber die gemeinsame Sichtweise und das gemeinsame Ziehen an einem Strang in die richtige Richtung, das wäre mir doch schon wichtig!

In diesem Sinne möchte ich nur noch auf einen Punkt hinweisen: Die Maßnahmen unserer Wirtschaftsförderung zum Aktionsprogramm Innenstadt haben jetzt kürzlich den nationalen Vorentscheid für den Europäischen Unternehmensförderpreis 2022 gewonnen. Die Jury des Deutschen Städtetages ist zu dem Ergebnis gekommen: Das, was hier die Wirtschaftsförderung im Aktionsprogramm Innenstadt macht, hat Leitbildcharakter und ist so großartig, dass es Deutschland sogar im Finale auf der europäischen Ebene vertreten soll.

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Wow!)

Vielleicht, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir doch nicht alles falsch gemacht. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Heiko Strohmann.

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, mit den Preisen ist es immer so eine Sache! Die Kampagne mit Carsten Meyer-Heder hat auch etliche Preise gewonnen, wir sind trotzdem noch in der Opposition. Also, deswegen Vorsicht an der Bahnsteigkante!

(Beifall CDU – Zurufe SPD)

Ich will noch einmal ein Wort zur Sparkasse sagen! Da muss man klar und deutlich sagen: Wenn man schon frühzeitig – so, wie der Senat ja nach Ihren Aussagen handelt – perspektivisch gedacht hat, hätte man den Deal mit der Sparkasse gar nicht eingehen dürfen. Man hätte sie eigentlich gar nicht in den Technologiepark lassen dürfen und hätte sagen müssen, wir entwickeln jetzt hier etwas gemeinsam. Sich also im Nachhinein hinzustellen – . Das war schon vorweislich, weil wir mehr Menschen hineinhaben wollen, dann stimmt da irgendetwas nicht, sondern das war eigentlich ein Hilfsmittel, weil bestimmte Produkte nicht gelaufen sind. Aber es ist so, wie es ist!

Also, vielen Dank für das Lob, dass ich ein Seher bin! Das bin ich nicht, aber bei bestimmten beruflichen Sachen kenne ich mich ein bisschen aus, und das habe ich ja 2012 nicht allein gemacht, denn da waren ja auch noch andere dabei, wie zum Beispiel

Jörg Kastendiek, der ja als Projektentwickler in Düsseldorf da auch einiges gesehen hat. Deswegen bin ich aber optimistisch, weil wir es schon so frühzeitig wussten, dass auch ein anderes Projekt von uns dann irgendwann einmal umgesetzt wird, dass es in den Neustädter Häfen doch noch einmal ein riesiges Wohngebiet geben wird

(Senatorin Dr. Claudia Schilling: Nein!)

mit dem Tabakquartier als kultureller Hochburg als Anker.

(Beifall CDU – Zuruf)

Dann ist das einmal positiv!

Was folgt daraus? Ich glaube, Herr Bürgermeister, Sie haben so weit recht: Die Situation ist jetzt so, wie sie ist. Da haben wir auch relativ wenig Spielraum, sondern wir müssen jetzt schauen: Wie schauen wir jetzt perspektivisch, welche Qualitäten, die diese Stadt ja hat – es ist ja eine wunderschöne und klasse Stadt! –, wir noch hervorheben können? Wir haben den Roland, wir haben das UNESCO-Welterbe, wir haben den Dom, wir haben den Schnoor. Vielleicht sollten wir einmal darüber nachdenken, wie wir dies vielleicht auch noch ein bisschen kompakter vermarkten. Wir haben zum Beispiel noch nicht einmal ein Besucherzentrum. Ich merke das immer, wenn ich Fremde zu Besuch habe, die schauen: Oh, toll! Aber wo kann ich mich einmal erkundigen? Da kann man Multimedia machen, solche Sachen.

Da haben wir ja schon 2020 auf dem Innentadtgipfel darüber gesprochen, dass wir jetzt aus der Not eine Tugend machen müssen und das, was wir haben, vermarkten, Hotspots schaffen, kulturelle Hotspots und Entertainment-Hotspots. Wir haben den Domshof, das ist nach wie vor eine Perle mitten in der Stadt. Der Großmarkt hat da ja ein bisschen etwas gemacht, sehr schön gemacht, aber der Mut – und das ist Aufgabe des Senats –, wirklich der Mut, das jetzt wirklich komplett kulturell gesellschaftlich neu zu entwickeln, dass die Menschen sagen, es lohnt sich, nach Bremen zu kommen – . Daraus kann sich ja dann auch das eine oder andere entwickeln, dass sich auch der Einzelhandel wieder peu à peu anmietet, weil ich glaube, das ist jetzt die einzige Chance, die wir haben.

Da verspreche ich Ihnen: Da werden wir das natürlich auch als Opposition, solange wir es jedenfalls noch sind, positiv begleiten, so, wie wir es ja auch

2020 mit unserem Positionspapier zur Innenstadtentwicklung gemacht haben. Übrigens hat der Fraktionsvorsitzende der SPD sich ja ein paar Wochen oder Monate später ähnlich geäußert. Das ist parallel genau dies, die Domsheide zu entwickeln. Lassen Sie uns das Rathaus besser vermarkten, den Roland besser vermarkten, und ich glaube, dann bekommen wir es auch hin, dass die Leute in die Stadt kommen und wir dann auch den Einzelhandel und die Gastronomie stärken. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist damit geschlossen.

Ortsgesetz über das Sanierungsgebiet Blumenthal

Mitteilung des Senats vom 14. Juni 2022

(Drucksache [20/714 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Staatsrätin Gabriele Nießen.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste aus Blumenthal!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, quer durch die Stadt kommen alte Quartiere zu neuem Glanz. Wir haben eine ganze Reihe alter Arbeiterstadtteile, die einst einmal viel zu Bremens Wohlstand und Aufstieg beigetragen haben, die in den vergangenen Jahrzehnten, muss man sagen, aber einen schmerzhaften Strukturwandel durchgemacht haben und die sich jetzt Stück für Stück ihren stolzen Platz auf der Bremer Stadtkarte zurückerobern.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Man kann das in Walle ganz wunderbar betrachten, man kann das inzwischen in Woltmershausen ganz wunderbar sehen, einem Stadtteil, der jetzt wieder als angesagt gilt. Man darf die Frage stellen, wie viele Bremerinnen und Bremer noch vor fünf Jahren Woltmershausen auf der Bremer Stadt-

karte korrekt mit dem Zeigefinger identifiziert hätten. In Hemelingen sind wir noch nicht ganz da, aber wir haben sehr gute Perspektiven.

Es gibt aber auch Stadtteile, die vom Aufschwung bisher zu wenig profitieren und die besondere Unterstützung benötigen, und da können wir feststellen, nirgendwo in Bremen liegt das Stadtteilzentrum so darnieder wie in Blumenthal, nirgendwo ist der Leerstand in den alten Einzelhandelslagen so groß, und nirgendwo ist die Bauaktivität, um Neues zu schaffen, so gering wie in Blumenthal.

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Ortskern!)

Blumenthal hat – um sich in die Reihe einzureihen – einst viel zum Wohlstand und Aufstieg Bremens beigetragen. Blumenthal ist deswegen ein Stadtteil, der heute besondere Unterstützung benötigt und sie verdient.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Diese besondere Unterstützung, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir mit dem heutigen Ortsgesetz auf den Weg bringen. Wir werden das Blumenthaler Zentrum als Sanierungsgebiet im umfassenden Verfahren ausweisen. Das ist, wenn Sie es etwas weniger technisch ausdrücken wollen, der große Hammer aus dem Baugesetzbuch im Bereich Stadtumbau. Wir starten damit einen Umbau des Blumenthaler Zentrums, der mindestens ein Jahrzehnt in Anspruch nehmen wird. Das ist nicht nur ein formaler Akt. Wir flankieren dieses Projekt mit Sonderinvestitionen in das Blumenthaler Zentrum in Höhe von 21 Millionen Euro, und das Ziel ist, dass das Blumenthaler Zentrum wieder das werden soll, was es für unseren nördlichsten Stadtteil zu sein hat, nämlich das Wohnzimmer des Stadtteils. Das Blumenthaler Zentrum soll mehr von Lebensqualität nach Blumenthal bringen, und es soll manche neuen Bewohnerinnen und Bewohner für Blumenthal begeistern, die heute noch einen Bogen darum machen.

Wenn ich sage, das dauert mindestens ein Jahrzehnt, dann merkt man schon, das, was wir heute machen, ist erst der Startschuss, man muss aber fairerweise sagen, dieser Startschuss ist schon ein beträchtlicher Zwischenerfolg.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Als man sich entschlossen hat, als wir uns entschlossen haben, die vorbereitenden Untersuchungen für das Sanierungsgebiet zu starten – und die

muss man nach dem Baugesetzbuch machen, um als Stadt zu beweisen, dass ein Sanierungsgebiet wirklich erforderlich ist –, da war jedem klar, dass es nur ein Ergebnis geben kann, denn wenn im Blumenthaler Zentrum kein Sanierungsgebiet erforderlich ist, dann wäre die Frage: Wo dann?

Vor diesem Hintergrund war bereits dieser Weg dahin viel Überzeugungsarbeit. Die Stadtentwicklungsbehörde wusste zu jedem Zeitpunkt, das würde für sie sehr viel Arbeit werden. Ich freue mich sehr darüber, dass wir es in dieser Legislaturperiode geschafft haben, da in einen sehr konstruktiven Dialog zu kommen, dass die Stadtentwicklungsbehörde da sehr engagiert bei der Arbeit ist, dass wir ein Parlament mit einer Mehrheit haben, die auf Solidarität zwischen den Stadtteilen Wert legt und darauf Wert legt, die Stadtteile, die besondere Unterstützung benötigen, auch entsprechend zu unterstützen. Nicht zuletzt aber muss man sagen, das alles ist vor allen Dingen nicht zuletzt aktiven Bürgerinnen und Bürgern aus Blumenthal zu verdanken, die mit ihrem Stadtteil viel mitgemacht haben, die nie aufgehört haben, an diesen Stadtteil zu glauben und ohne die es diesen Zwischenerfolg heute nicht geben würde. Dieser Zwischenerfolg ist Ihr Erfolg!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den letzten drei Jahren, das glaube ich, mit Fug und Recht behaupten zu können, war ich nicht derjenige, der sich immer unbedingt jedes Mal für die zweite Runde anmeldet. Für den Tagesordnungspunkt heute können Sie darauf wetten, dass ich es mache, und dann würde ich gern noch etwas näher mit Ihnen über die Perspektiven für das Blumenthaler Zentrum sprechen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Gäste! Ich denke, heute ist ein guter Tag für Blumenthal. Die Stadt hat ein altes Instrument aus ihrem Koffer wieder herausgeholt, ein sehr interessantes Instrument, mit dem man in den Achtzigerjahren/Neunzigerjahren, daran kann ich mich erinnern, in vielen Quartieren und kleinen Städten Probleme gelöst hat, weil das Instrument, ein förmlich festgelegtes Sanierungsgebiet zu machen,

eben ein Instrument ist, das ganzheitlich die Problemlage für dieses festgelegte Sanierungsgebiet ansieht.

Es werden umfangreiche vorbereitende Untersuchungen gemacht. In dieser Zeit sehen Fachleute sich das sehr genau an, wo die Problemlage ist, es werden sehr konkret einmal Kosten geschätzt, was das jeweils kosten würde. Das wird mit Maßnahmen hinterlegt, und das wird auch mit einer Finanzierung hinterlegt, also es ist auch Geld dafür da, also es ist ein Instrument, wo man die Hoffnung haben kann, dass Probleme, große Probleme unterschiedlicher Art, ob es baulicher Art ist, ob es sozialer Art ist, Eigentümer-Art ist, ganzheitlich gelöst werden. Da gehen wir heute mit dem Ortsgesetz einen ersten Schritt in eine gute Richtung.

Es kann aber auch bedeuten, dass die Rechte privater Eigentümer eingeschränkt werden, zum Beispiel durch ein Vorkaufsrecht ohne Spekulationsgewinne. Es kann bedeuten, dass die Eigentümer per Umlage einen Teil der Sanierungskosten tragen, das heißt, der Bodenwertgewinn durch die Sanierung wird herangezogen, um den Umbau zu finanzieren. Nach meiner Erfahrung ist das eigentlich immer recht selten passiert, und wenn, dann nur sehr moderat. Es kann – und das wird es sehr wahrscheinlich bedeuten – das Mittel der Städtebauförderung eingesetzt werden, einschließlich der begleitenden Programme für die „soziale Stadt“. All das ist Teil einer übergreifenden Kraftanstrengung für die Stadt, die das Konzept erarbeitet hat.

Voraussetzung für ein Sanierungsgebiet ist die Einschätzung, dass die privaten Eigentümer allein die notwendige Sanierung ihres Gebietes nicht hinbekommen. Das findet man in Blumenthal schon sehr plausibel, wenn man sich das vor Ort ansieht. Es gelingt seit Jahren nicht, das Stadtteilzentrum zu beleben und dort Investitionen zu fördern. Viele Wohngebäude sind in keinem guten Zustand, der Sozialindex zeigt, es gibt soziale Problemlagen. All das bestätigt auch der Bericht der vorbereitenden Untersuchung.

Dieser Bericht unterstreicht völlig zu Recht: Blumenthal leistet für die Gesamtstadt eine wichtige Integrationsaufgabe. Hier finden Menschen Wohnungen, die sich diese an vielen anderen Orten nicht leisten können. Hier finden sie teilweise auch Communities, wo sie sich zurechtfinden und die ihnen helfen. Blumenthal ist eines der Ankommenzentren der Stadt, das wissen wir seit Langem.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Diese wichtige Funktion der Integration muss man unterstützen, nicht zerstören. Es geht eben nicht darum, das heutige Stadtzentrum Blumenthal durch Gentrifizierung aufzuwerten mit dem Ergebnis, dass große Teile der heutigen Bevölkerung verdrängt werden, aber es geht natürlich schon um soziale Durchmischung, um bessere Infrastruktur, um Sanierung und Modernisierung von Wohnungs- und Gebäudesubstanz. Das kann man nicht einem untergeordneten Prozess überlassen, das braucht Konzeption und ein behutsames Vorgehen und einen Schutz vor Mietsteigerungen und Verdrängung. Auch dafür bietet das Sanierungsgebiet die nötigen Instrumente. Alles Weitere werde ich vielleicht in meiner zweiten Runde noch erläutern. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rainer Bensch.

Abgeordneter Rainer Bensch (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Blumenthalerinnen und Blumenthaler! Nicht als Baupolitiker, sondern als überzeugter Blumenthaler Bürgerschaftsabgeordneter, der auch zwölf Jahre Mitglied im Beirat Blumenthal war, freue mich, dass wir heute diesen Tag, ja, auch ein Stück weit gemeinsam feiern können. Dieses Gesetz zur Sanierung Blumenthals ist überfällig. Wir als CDU-Fraktion tragen dies voll und ganz mit und freuen uns auf den Beginn einer neuen Zeit für diesen Stadtteil mit dem schönsten Namen, wie man ihn haben kann in unserer schönen Freien Hansestadt Bremen: Blumenthal!

(Beifall CDU)

Meine Forderung an den Senat ist aber: nicht nur schnacken, sondern auch machen! Nicht nur reden, sondern auch handeln! Das bedeutet, so wie es der Kollege Falk Wagner zu Recht gesagt hat: Es wird viel Geld in die Hand genommen, es wird mit Zugriffs- und mit Durchgriffsrechten, wie der Kollege Schumann es gesagt hat, auch an Privateigentümer herangegangen werden müssen. Ja, das muss alles, reden Sie aber auch noch mit zwei weiteren Parteien – die eine Partei ist heute hier –: Das ist der Ortsamtsleiter, das sind die Beiräte, das ist der Förderverein Bürgerstiftung Blumenthal, das sind noch viele weitere Vereine aus Blumenthal, die sich seit Jahrzehnten um das Wohl kümmern. Schnacken Sie mit denen!

Schnacken Sie aber auch mit denen, die in Amt und Würden waren! Ich will an dieser Stelle, auch wenn wir nicht immer einer Meinung waren, die Verdienste von denen ein Stück weit schon in Ehre bringen und mich bei denen bedanken, die sich wirklich immer um Blumenthal gesorgt haben. Das ist auch der vorherige Ortsamtsleiter, Peter Nowack, und davor auch Erik Petersen, bei dem ich damals als Beiratsmitglied angefangen habe, das ist der amtierende Beiratssprecher Hans-Gerd Thormeier von der CDU, aber auch seine Vorgängerinnen und Vorgänger wie der verstorbene Kollege Wolfgang Dettmer oder Ute Reimers-Bruns, die auch einmal Beiratssprecherin in Blumenthal war. Wir wissen seit nämlich seit Jahrzehnten, es gibt kein Erkenntnis-, sondern ein reines Umsetzungsproblem, und da müssen wir ran. Reden nützt nichts, es muss gehandelt werden, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU, FDP)

Wer sich Blumenthal in den letzten Jahrzehnten anschaut, es wurde schon gesagt: Leerstand, Kaufleute wandern ab, Vermüllung, Verwahrlosung und – es wurde selbst vom Kollegen Schumann eingeräumt – eine noch nicht gelungene Integration. Deswegen müssen Sie auch mit denen schnacken, mit denen reden, die jetzt da sind und nicht den uneingeschränkten Jubel des Großteils der Bevölkerung bekommen. Wir haben auch Probleme unterschiedlicher Kulturen in unserem Stadtteil, und wir müssten alle Ressourcen, die wir haben, weit über das Baurecht hinaus, wir müssten die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die es vor Ort gibt, die Quartiersmanagerin, die es vor Ort gibt, die Schulen, die Sportvereine, wir müssten alle gemeinsam in eine Überzeugungsgesellschaft hineinführen, wo man miteinander redet und ein klares Leitbild entwickelt, um eine gute Zukunft zu entwickeln.

Zu dieser guten Zukunft kann die Sanierung des Ortskerns beitragen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und damit – das steht ja auch in den Papieren – nebenliegend der Berufsbildungscampus auf dem ehemaligen BWK-Gelände, jetzt Kämmerquartier genannt. Auch das muss vorangebracht werden.

Die Gesundheitsdeputierten wissen ganz genau, wenn ich sage, auch der Bahnhof Blumenthal muss in Ordnung gebracht werden, da gibt es einen örtlichen Bauträger/Investor, der auch seit Jahren in Verhandlungen mit der Stadt steht und dem in Aussicht gestellt wurde, ja, bauen Sie einmal, und

wir kommen dann, entweder mit einem Polizeirevier oder mit dem Ordnungsamt oder mit Teilen des Gesundheitsamtes, und bis heute ist man dort noch nicht zu einer Lösung gekommen. Das leer stehende Rathaus in Blumenthal, direkt auch Teil in diesem Sanierungsgebiet, auch ein Stück weit leer und verwahrlost!

Das heißt, der Senat, der das alles bisher noch nicht auf die Kette bekommen hat, nimmt sich jetzt etwas ganz Großes vor. Es dürfen zumindest leise auch einmal Zweifel geäußert werden. Es wird dauern, es wird viel Kraftanstrengungen brauchen, aber bitte nehmen Sie auch diesen Appell, den ich als Oppositionspolitiker, als Blumenthaler Abgeordneter an Sie gerichtet habe: Sprechen Sie mit den Leuten vor Ort, denn es kommt – ich sage das jetzt zum dritten und letzten Mal – nicht so darauf an, klug zu reden, sondern zu handeln! Nicht schnacken, sondern machen! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

(Zuruf Abgeordneter Rainer Bensch [CDU] – Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp [DIE LINKE]: Wir reden mit den Leuten! Schnacken brauchen wir nicht!)

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! So ein Sanierungsgebiet macht man nicht leichtfertig. Es ist nicht nur teuer, es ist auch mit Eingriffen in private Rechte verbunden. Es ist auch eine große Verpflichtung für die öffentliche Hand, diesen Prozess erfolgreich zu organisieren. Deswegen ist es kein Wunder, dass das Sanierungsgebiet Blumenthal ein Solitär ist und dass wir da nicht jetzt ein halbes Dutzend Sanierungsgebiete gleichzeitig in der Stadt betreuen.

Eine wesentliche Voraussetzung ist nicht nur, dass man diagnostiziert, da gibt es einen Bedarf, hier ist der Einzelhandel in größten Schwierigkeiten, hier gibt es Leerstand, hier gibt es Verfall, hier gibt es ungelöste soziale Probleme, sondern eine Voraussetzung ist auch, dass man einen Ansatzpunkt für Veränderung sieht. Das ist wichtig. Dieser Ansatzpunkt für Veränderung ist die Baumwollkämmerei. Das sind die Pläne, die da aufgerufen werden: einen Berufsschulcampus zu machen und da rundherum noch ein Handwerkerzentrum. Das liegt nun in direkter Nachbarschaft zur Landrat-Christians-

Straße, und die großen Investitionen, die da vorgesehen sind und die damit verbundenen Hoffnungen auf Entwicklung, sind ein entscheidender Rücken für die Sanierung der Mühlenfeldstraße und des Zentrums von Blumenthal. Hätte man das nicht, wäre es vermessen zu glauben, man könnte mit öffentlichen Mitteln die Welt da einfach verändern.

Am Ende des Tages braucht man eine Veränderung in dem Sinne, dass Blumenthal wieder in die Aufmerksamkeit der ganzen Stadt gerät, und wenn man sich das ausmalt, Berufsschüler aus der ganzen Stadt kommen dahin – das ist vom Handwerk nicht nur begrüßt, aber so wird es kommen –, dann bedeutet das, die schauen sich da um, dann bedeutet das, es gibt vielleicht auf diese Weise ein bisschen Kaufkraft im Quartier, auf jeden Fall aber wird man Blumenthal wahrnehmen. Das ist eine wesentliche Voraussetzung.

Niemand sollte sich hinstellen und sagen, wir bekommen für den Einzelhandel in der Mühlenfeldstraße jetzt wieder rosige Zeiten.

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Mühlenstraße!)

Was habe ich gesagt? Mühlenstraße! Ja, passen Sie gut auf mich auf! Danke!

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Aber Mühlenfeld ist auch gut! Das ist der Präsident der Hausärzte!)

Danke! Also, niemand sollte versprechen, der Einzelhandel hätte da eine neue Zukunft. Das ist wahrscheinlich nicht so. Vereinzelt kann der eine oder andere Laden neu erfunden werden und sich behaupten, aber die Straße als Ganze wird eine neue Funktion im Stadtteil übernehmen müssen. Das kann gar nicht anders sein. Nur so ist im Moment die Zukunft vorstellbar, denn es hat ja Strukturwandel gegeben, nicht nur auf dem Vulkan, auf dem Gelände der Baumwollkämmerei, sondern auch im Einzelhandel. Das ist für alle da vor Ort ja mit Händen zu greifen, das dreht man auch nicht wieder zurück.

Diese Aufgaben sind beachtlich. Am Ende des Tages hoffen wir, dass sich neue Menschen für diesen Stadtteil entscheiden, die da einziehen, die da Häuser erwerben, die da sanieren, die da arbeiten, die da den Stadtteil selbst repräsentieren, lieb gewinnen, alles, was dazugehört. Das hoffen wir, und wir hoffen, dass der eine oder andere von denen ein

ordentlich gefülltes Konto hat, das er in diesem Stadtteil dann in sein neues Leben investiert. Das sind Prozesse, für die wir die Voraussetzungen schaffen wollen.

Da schließe ich mich allen an, auch Ihnen, Herr Bensch, ganz ausdrücklich, die noch einmal gesagt haben: Ihr da oben, wir werden das als Verwaltungshandeln niemals allein und erfolgreich organisieren können, wenn es im Stadtteil dafür keine Unterstützung gibt. Das ist die Voraussetzung von allem, und da ist es völlig egal, welche Parteifarbe jeder Einzelne von uns hat. Das Entscheidende ist, dass man diesen Stadtteil nicht aufgibt. Ich meine, das hat Herr Wagner schön gesagt, finde ich: Diese alten Arbeiterbezirke waren auch einmal sehr wohlhabend – die haben auch richtig Geld auf dem Vulkan verdient, in der Wollkämmerei ein bisschen weniger, in der Regel waren das ja eher die schlechter bezahlten Leute –, und das war für viele, viele Jahre ein sehr selbstbewusster und wohlhabender Stadtteil, und es gibt, das sieht man ja auch jetzt außerhalb dieses kleinen, vom Sanierungsrahmen umzingelten Teils des Stadtteils eine Fülle von sehr attraktiven Grundstücken, Häusern, gut situierten Familien mit allem Drum und Dran.

Man muss versuchen, diese Kraft, die es in dem Stadtteil selbst gibt, für diesen Weg zu mobilisieren. Dafür würde ich sehr stark werben wollen, und in diesem Sinne finde ich, gute Entscheidung, endlich ein Sanierungsgebiet an dieser Stelle; nicht nur die kleinen Schritte vorweg, die waren alle notwendig, jetzt mit einem großen „lasst uns daraus etwas machen“! – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über Blumenthal, und ich persönlich, auch wenn ich am anderen, quasi am ganz anderen Ende von Bremen wohne, bin häufiger mal in Blumenthal und freue mich immer darüber, zu sehen, wie schön auch Blumenthal ist. Wenn man sich dann in Vorbereitung auf solch eine Rede einmal mit dem Stadtteil auseinandersetzt, dann erfährt man einiges, was man vielleicht so nicht unbedingt weiß, beispielsweise über den historischen Stadtkern, und auch, was Blumenthal für eine Rolle bei der Entwicklung Bremens gespielt hat.

Es gibt übrigens auch eine interessante bauliche Mischung aus Einfamilienhäusern und anderen Wohnformen, die wir nicht in allen Stadtteilen in der Form haben, und Blumenthal hat grundsätzlich viel zu bieten, aber gleichzeitig hat Blumenthal sich natürlich in der Vergangenheit, in den letzten Jahren und Jahrzehnten, vielleicht etwas anders entwickelt, als viele von uns sich das gewünscht hätten. Wir sprechen heute dort über einen zunehmenden Leerstand. Wir reden über einen Rückgang der Nutzungsmischung aus Wohnen, Leben, Arbeiten, wir haben eine soziale Rückentwicklung, und Blumenthal hat es natürlich zugegebenermaßen nicht ganz leicht, als quasi letzter Zipfel Bremens auch immer die Beachtung zu finden, und in solchen Situationen ist es richtig, nicht weiter zuzuschauen und zu hoffen, sondern zu handeln. Deswegen ist es auch richtig, hier an dieser Stelle Blumenthal entsprechend anzugehen und zu behandeln und auch die Handlungsspielräume der Politik auszuweiten.

Sie wissen, dass wir als FDP natürlich mit Themen wie Vorkaufsrechten durch die öffentliche Hand oder im Worst Case der Möglichkeit zu Enteignungen etwas zurückhaltend sind, aber wir halten es natürlich für notwendig in solchen Fällen, in denen ein ganzer Stadtteil auch droht, unter die Räder zu geraten und wenn wir sozusagen die Chance haben, dort unter die Arme zu greifen und ihn weiterzuentwickeln. Ich glaube, in solchen Situationen ist es richtig, auch solche Maßnahmen im Zweifelsfall zu nutzen und in die Hand zu nehmen und gerade auch, wenn es für einen begrenzten Zeitraum ist, genauer hinzuschauen und die Werkzeuge, die wir haben, dann auch entsprechend zu nutzen.

Einen Satz möchte ich noch zu dem Berufsschulcampus hinzufügen! Wir erhoffen uns davon auch sehr viel für die Entwicklung dieses Stadtteils insbesondere dadurch, wenn sich dort wieder viele junge Menschen ansiedeln, bewegen, dort leben, dass das natürlich eine Auswirkung auf den Stadtteil hat, eine positive Auswirkung, dass der Stadtteil davon profitiert und insbesondere auch die soziale und kulturelle Segregation, die da auch zu beobachten ist, überwunden wird.

Wir haben jetzt die Chance, Blumenthal durch diese Leitplanken, die wir als Politik setzen, durch die Werkzeuge, die wir hier nutzen können, bei diesem Weg zu begleiten, einen Anschub zu geben, und wir können gemeinsam dafür sorgen, dass Blumenthal sich dann auch in zehn oder 15 oder 20 Jahren wieder etwas anders zeigt, und wir sind

gern bereit, diese Weichen, die dafür gestellt werden müssen, mitzutragen. Gerade in diesem speziellen Fall, wo es einfach notwendig ist, da vielleicht auch die Handlungsmöglichkeiten der Politik etwas auszuweiten, gehen wir das mit und hoffen, dass das in Zukunft auch seine positiven Auswirkungen hat. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt lohnt es sich, finde ich, noch ein paar Minuten Zeit einzuräumen, um etwas näher darüber zu reden: Wie kann das Blumenthaler Zentrum wieder das Wohnzimmer des Stadtteils werden, also ein Ort, wo sich die Menschen in Blumenthal begegnen, in dem und um den herum gewohnt wird und gearbeitet wird und der neue Menschen nach Blumenthal zieht?

Das wichtigste Stichwort hat Herr Bücking genannt: die Bremer Wollkämmerei, die sich zum Kämmereiquartier entwickeln soll, ein Berufsbildungs- und Gewerbecampus, von dem wir uns alle miteinander erhoffen, dass er einmal täglich 4 000 Lernende und Arbeitende morgens nach Blumenthal bringen wird. Eine der wesentlichen Herausforderungen, wenn man solch ein Projekt entwickelt und das für das Zentrum nutzbar machen will, ist die Verzahnung zwischen diesem Kämmereiquartier und dem Zentrum, und deshalb ist eine der wesentlichen Maßnahmen, die erreicht werden müssen, eine attraktive Wegeverbindung und Verzahnung zwischen diesem Kämmereiquartier und dem Marktplatz, damit das der Ort der Begegnung ist und er zu neuem Leben erweckt. Das ist Punkt eins.

Punkt zwei: Blumenthal hat ein echtes Juwel. Blumenthal hat einen Park mit Weserblick – einer der wenigen Stadtteile, die darüber verfügen –: die Bahrsplate. Die Bahrsplate ist zum einen nicht nur vielen Bremerinnen und Bremern noch viel zu unbekannt, sondern sie ist zum anderen auch in einem Zustand, der noch deutlich attraktiviert werden kann. So, wie der Zustand heute ist, ist er in Ordnung, da gibt es keine Probleme, aber man kann sich deutlich mehr Nutzungen vorstellen, die auf der Bahrsplate gemacht werden können; eine großzügige Anlage, bei der Sie die Weser nicht nur irgendwo durch die Baumwipfel erahnen können, sondern die in voller Breitseite Wasserlage hat und

zusammen mit der Hafenspitze zu Aushängeschildern Blumenthals gemacht werden können. Das war Punkt zwei.

Dritter Punkt: Wir brauchen neue Nutzungen für die leer stehenden Ladengeschäfte. Das können auch unkommerzielle Nutzungen sein. Man kann da an Kita denken, man kann da an Spielorte denken, an Mittagsküche, an kleine Dienstleistungen, auch – jedenfalls in den oberen Etagen – an ein zeitgemäßes Wohnen. Das wird jetzt so ein bisschen der Punkt, da wird es immer schwerer in der Umsetzung, weil anders als noch eben bei der Bahrsplate ab jetzt immer weniger Grundstücke der Stadt gehören. Es gibt schon – darauf hat Herr Bensch, finde ich, zu Recht hingewiesen – engagierte private Investorinnen und Investoren, Stichwort Blumenthaler Bahnhof, und das ist auch richtig so, denn neben der Stadt sind auch alle Privaten aufgerufen, an der Aufwertung Blumenthals mitzuwirken; und 21 Millionen Euro städtische Investitionen sind nicht wenig, aber die können es auch allein nicht bewirken, sondern der Sinn ist natürlich, dass dadurch zusätzlich private Investitionen ausgelöst werden.

Leider muss man auch einmal deutlich sagen, es ist so, dass bisherige Versuche zur Aufwertung Blumenthals auch daran gescheitert sind, dass Einzelne, denen Schlüsselimmobilien gehören, zu wenig Mitwirkungsbereitschaft zeigen, um es einmal vornehm auszudrücken. Damit sind wir, denke ich, bei der Wohnanlage George-Albrecht-Straße angekommen. Der Zustand dieser Wohnanlage schreckt Dritte ab. Er zieht die Nachbarschaft in Mitleidenschaft, und er überlässt die Betroffenen in menschenunwürdigen Wohnzuständen. Ich glaube, ich darf behaupten, von allen bekannten Problemimmobilien, die es in den Bremer Quartieren gibt – von Tenever bis hoch nach Lüssum habe ich sie alle gesehen, von innen und von außen –, ist die George-Albrecht-Straße die schlimmste. Das muss man in aller Deutlichkeit so sagen.

(Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Ja!)

Frau Reimers-Bruns, Herr Fröhlich, der Ortsamtsleiter, und einige andere von uns waren bei einem Rundgang, dessen Bilder mir nicht aus dem Kopf gehen werden, nämlich, dass sich im 21. Jahrhundert in einer westeuropäischen Großstadt in einer Wohnanlage noch Kinder traubenweise bilden, die über keine Spielgeräte verfügen, sondern sich diese aus dem Sperrmüll herstellen, den ihnen die Erwachsenen da hinstellen. So einen Zustand will ich in Bremen nicht sehen!

(Beifall – Vizepräsidentin Sülmez Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Bisher soll es so gewesen sein, dass die Eigentümer nicht kooperationsbereit sind, und genau deshalb bietet das Sanierungsgebiet alle Möglichkeiten bis hin zum Enteignungsverfahren, und, Frau Staatsrätin, das wäre die herzliche Bitte unserer Fraktion: Sie müssen den Rechtsrahmen an dieser Stelle voll ausschöpfen, und Sie können sich darauf verlassen, Sie haben dabei unsere volle Unterstützung.

(Beifall SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn wir das gehört haben und dann einmal zusammennehmen – allein die George-Albrecht-Straße, die Bahrsplate, die Mühlenstraße und die Kapitän-Dallmann-Straße, den Marktplatz, das Rathaus, den Übergang zum BWK-Gelände –, dann merken wir schon: Das Ganze wird mindestens das Jahrzehnt, das wir hier veranschlagt haben, in Anspruch nehmen. Die Aufwertung Blumenthals wird kein Sprint, sie wird ein Marathon, aber – und das ist die Aussage, die wir heute treffen –, liebe Blumenthalerinnen und Blumenthaler, wir werden diesen Marathon mit Ihnen laufen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Ich glaube, meine Kollegin hat Sie nicht begrüßt, aber ich möchte Sie als Besuchergruppe aus Blumenthal heute recht herzlich auf der Besuchertribüne in der Bremischen Bürgerschaft willkommen heißen!

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Gäste aus Blumenthal! Herr Kollege Bensch, ja, das muss jetzt angepackt werden, und es muss losgehen, da gebe ich Ihnen recht, und ich sage Ihnen, dieses Instrument ist ein Anpackerinstrument. Es kann da losgehen, und wenn die rechtlichen Bedingungen über das Ortsgesetz erfüllt sind, muss etwas Wichtiges, das sehr bedeutend ist für dieses Projekt, nämlich ein Sanierungsträger, gefunden werden. Dieser Sanierungsträger hat eine ganz bedeutsame Aufgabe, und meine Erfahrung im Leben ist: Es hängt vieles auch an Köpfen. Wenn bei diesem Sanierungsträger ein guter Mensch sitzt, der engagiert ist, dort anzupacken, dann bin ich auch ganz guter Dinge, denn dessen Aufgabe/deren Aufgabe

wird es sein, mit den Eigentümern, mit den verschiedenen Gruppen, mit den sozialen Institutionen, aber auch mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten und dieses Vorhaben nach vorn zu bringen.

Das Gute bei diesem Instrument ist, dass nicht nur in Beton investiert wird, es wird auch in die soziale Infrastruktur investiert, und wir haben gelernt: Allein nur Geld für Beton auszugeben und nicht auch für die soziale Infrastruktur, das wird ein Gebiet langfristig nicht verbessern.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Aber die Stadt ist in den vergangenen Jahren schon mehrfach in Vorleistung gegangen. Das betrifft die Entwicklung des BWK-Geländes. Mit der Berufsschule und der Förderung von handwerklichen Standorten entsteht da ein starkes Potenzial, und das betrifft auch die GEWOBA, die zum ersten Mal seit Langem über 200 Wohnungen in Lüssum rekommunalisiert hat. Das liegt nicht im Bereich des jetzigen Sanierungsgebietes, aber das war ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung und zur Wohnumfeldverbesserung in Blumenthal, und das könnte auch Schule machen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Auf dieser Linie muss es weitergehen.

Es wird auch ein Integriertes Entwicklungskonzept aufgestellt, ein sogenanntes IEK, für einen etwas größeren Bereich. Wenn man sich an die Auswertung der bestehenden Integrierten Entwicklungskonzepte erinnert, wird da übrigens immer wieder hervorgehoben, eine gute Wohnumfeldentwicklung bekommt man meistens nur hin, wenn man sich auf kommunale Eigentümer stützen kann. Die haben wir im aktuellen Sanierungsgebiet kaum. Es wird also auch darum gehen, dass es hier perspektivisch zu einer gemischten Eigentümerstruktur kommt, bei der auch die kommunalen Wohnungsgesellschaften eine stärkere Rolle spielen müssen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Es ist gut, dass wir das Sanierungsgebiet Blumenthal heute hier auf den Weg bringen. Ich war ja persönlich einem anderen Entwicklungsweg eng verbunden, nämlich Osterholz-Tenever. Da haben wir die Sanierungssatzung nach 50 Jahren gerade formell aufgehoben. Das kann man ganz wenig mit Blumenthal vergleichen, das weiß ich auch, das war eine ganz andere Situation in Osterholz-Tenever, aber es hat eben auch gezeigt: Wenn die Stadt

mit langem Atem und zusammen mit öffentlichen Gesellschaften in die Verantwortung geht, dann kommt da am Ende auch etwas heraus, und das nehmen wir uns für Blumenthal jetzt auch zügig vor. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Staatsrätin Gabriele Nießen.

Staatsrätin Gabriele Nießen: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, und ein herzliches Willkommen an die Gäste aus Blumenthal! Ich starte einmal damit: Was kann uns eigentlich Besseres passieren, als heute so ein beispielgebendes Sanierungsgebiet auf den Weg zu bringen? Wir alle, das habe ich jetzt gehört, freuen uns darüber sehr. Der Senat und die Deputation haben sich am 14. Juni und am 24. Juni schon mit der Ausweisung des Sanierungsgebietes in Blumenthal befasst. Die Bremische Bürgerschaft macht das heute mit dem Ortsgesetz.

Es ist jetzt mehrfach angeklungen, trotzdem möchte ich es gern noch einmal aufgreifen, weil es wirklich besonders ist: Seit 25 Jahren zum ersten Mal wieder ein Sanierungsgebiet, das wir im Vollverfahren, also in einem umfassenden Verfahren, durchführen! Dann, auch das ist schon angeklungen: Wenn man das macht und sich auf den Weg begibt, braucht es immer Geld, und wir haben einen Mittelrahmen von 21 Millionen Euro zur Verfügung. Selbstverständlich, meine Damen und Herren, wollen wir diese gut in Blumenthal unterbringen, und in früheren Zeiten hieß das immer – ich weiß gar nicht, ob das heute noch gilt, das muss man bestimmt unter kriegerischen Ereignissen und Pandemiebedingungen noch einmal prüfen –, ein Euro Städtebauförderung hat dann noch einmal zusätzlich acht Euro Investitionen ausgelöst,

(Abgeordneter Ralf Schumann [DIE LINKE]: Stimmt!)

und auch das wird uns in Blumenthal echt guttun.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist so: Wenn man am Ende spricht, ist alles schon gesagt. Trotzdem, finde ich, ist es wert, es noch einmal zu wiederholen: Wir haben in Blumenthal auch mit dem geplanten Berufsbildungscampus im Kämmereiquartier einen ausgehenden Impuls, der uns natürlich im Sanierungsgebiet hilft und uns dabei

unterstützt, in den angrenzenden Nachbarschaften Leerstand, Substanzverfall und Vernachlässigung des öffentlichen Raumes zu beugen.

Wir sind ja heute hier bei einem Zwischenschritt. Das, was Sie vorliegen haben, ist die vorbereitende Untersuchung. Sie ist ohne Anlagen 110 Seiten stark und signalisiert eine intensive analytische Befassung mit Blumenthal. Das hat – Herr Wagner hat es vorhin erwähnt, und ich glaube, Herr Schumann auch – selbstverständlich zu der Erkenntnis geführt, dass wir vermutete städtebauliche Missstände haben.

Wir haben einen erheblichen baulichen Modernisierungs- und Instandsetzungstau, nicht nur, aber insbesondere aus energetischen Aspekten. Wir haben einen erheblichen Leerstand, und ich finde – und ich war schon da –, das sieht man beim Durchfahren in den Erdgeschoss: ein hoher Leerstand in der Hauptlage von nahezu mehr als 30 Prozent. Wir haben Missstände in den Anforderungen der Umsetzung von Klimaschutz und Klimaanpassung. Wir haben Brachflächen, untergenutzte Flächen, hohe Versiegelungsgrade bei entwickelten Flächen, und es fehlen attraktive und zeitgemäße Frei- und Begegnungsflächen sowie Spiel- und Begegnungs- oder Bewegungsangebote.

Wir haben – das ist immer auch ein Ziel von Städtebauförderung und Sanierungsgebieten – einen öffentlichen Raum, den es deutlich aufzuwerten und zu gestalten gilt und wo wir uns mit verkehrlichen Konflikten auseinandersetzen und sie beheben sollten. Ich ahne schon, dass Sie mich bei Gelegenheit daran erinnern. In Blumenthal, ich habe es schon erwähnt, bieten sich wirklich große Chancen durch das Kämmereiquartier. Die Wirtschaftssenatorin war vorhin da. Wir streben an, diesen Standort zu einem Gewerbe- und zu einem Bildungscampus zu entwickeln, und heute Früh, zu Beginn der Fragestunde, war es ja auch schon einmal ein Thema.

Wir gehen davon aus, dass wir dieses baukulturell bedeutende Industrie-/Kulturensemble wiederbeleben, dass wir dort auf über 4 000 Schüler:innen und Lehrer:innen blicken, die dann das Gelände mit Leben füllen, zu einem Arbeits- und einem Lernort machen, ähnlich, wie es eigentlich zu Zeiten war, als das BWK-Gelände noch in der Hochzeit ein Arbeitsort war. Das ist für uns – Herr Wagner hat es erwähnt, Herr Schumann hat es erwähnt und Herr Bücking – die Chance, auch das historische Stadtteilzentrum Blumenthals und seine angrenzenden Nachbarschaften dabei zu unterstützen,

baulich und funktional wieder zu einem sozialen und zu einem öffentlichen Ort zu werden, der als lebendiges und attraktives Zentrum für diesen ganzen Stadtteil funktioniert.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Die Herausforderungen sind dabei ehrlich gesagt nicht klein und meines Erachtens deswegen auch noch einmal ein vollkommen richtiger Grund zur Wahl eines umfassenden Sanierungsverfahrens. Wir haben sehr kleinteilige Eigentumsverhältnisse. Wir haben in Teilen eine schwierige oder geringe Finanzkraft der Eigentümer:innen und meistens auch eine fehlende wirtschaftliche Perspektive. Das schränkt unsere Handlungsmöglichkeiten ein und braucht deswegen dringend ein erforderliches und übergreifendes Vorgehen. Bauliche Maßnahmen, die über die öffentlichen Grundstücke hinausgehen, das ist auch schon erwähnt worden, brauchen dadurch die Mitwirkung privater Eigentümer:innen, damit sie realisiert werden können.

Deswegen, meine Damen und Herren – ich möchte es auch noch einmal aufgreifen –, haben wir uns für ein umfassendes Sanierungsverfahren entschieden. Wir haben uns entschieden, die bodenrechtlichen Vorschriften – und ich lese sie jetzt auch nicht vor –

(Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp [DIE LINKE]: Ach, bitte!)

des Baugesetzbuchs hier tatsächlich als unsere Maßgabe des Handelns zu wählen. Das heißt, wir nutzen die Bodenwertsteigerungen, die es durch diese Sanierung gibt und die es durch das Sanierungsgebiet geben wird, um die Sanierungskosten zu finanzieren. Aus diesem Grund haben Eigentümer:innen Ausgleichsbeträge zu entrichten, und wir können, anders, als es bisher der Fall war, das gesetzliche Vorkaufsrecht beim Kauf von Grundstücken in Anspruch nehmen und dabei – das ist jetzt sehr technisch – auf den sanierungsunbeeinflussten Anfangswert Bezug nehmen, das heißt, ohne Wertsteigerung durch die Sanierung. In den Grundbüchern der Grundstücke wird deswegen ein Sanierungsvermerk zum Sanierungsgebiet auftauchen, ich komme auf diesen Punkt gleich noch einmal zurück. Das sind unsere Herausforderungen, die wir gewillt sind, selbstverständlich mit Ihnen gemeinsam anzugehen.

Wo stehen wir im Moment? Wir stehen da, dass wir jetzt die vorbereitenden Untersuchungen vorliegen

haben. Dann kommt das von Herrn Wagner Erwähnte mit dem langen Atem. Ein Sanierungsgebiet ist immer auf mehrere Jahre angelegt, und wir gehen jetzt von einer Laufzeit von 15 Jahren aus, aber schon im nächsten Jahr – auch das ist erwähnt worden – planen wir, Ihnen das Integrierte Entwicklungskonzept vorzulegen, in dem Sie dann die Maßnahmen, die Sie jetzt in der vorbereitenden Untersuchung sehen, konkretisiert wiederfinden, damit wir ab Sommer 2023 in die Maßnahmenumsetzung gehen können.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Das ist für mich eher zeitnah.

Deswegen möchte auch ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, an dieser Stelle allen Beteiligten danken. Da hat es ganz viele fleißige fachliche und inhaltliche Hände zur Vorbereitung der vorbereitenden Untersuchung gegeben, und es hat natürlich eine Begleitung aus Blumenthal gegeben. Auch ich bestätige Ihnen das hier: Selbstverständlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, bleiben wir im Gespräch, inhaltlich, zu den Maßnahmen, aber ich sehe auch das Erfordernis nach dem deutlichen Hinweis von Herrn Wagner, dass wir unsere Instrumente des Sanierungsrechts auch in Anspruch nehmen sollen, ich sehe auch die Erforderlichkeit, dass wir das natürlich erklären, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern, den Eigentümern und Eigentümerinnen erklären, was das für sie im Stadtteil heißt, und selbstverständlich machen wir das.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das heißt auch für uns: Nach der vorbereitenden Untersuchung ist vor der Umsetzung. Das heißt, die Arbeit geht nicht eigentlich los, sondern sie geht immer noch weiter, und – auch das möchte ich noch einmal bekräftigen bei den Projekten, die angesprochen worden sind – auch da haben wir unser Vorgehen in der Sanierung geändert. Es gibt viele Bedarfsträger – und das ist gar nicht despektierlich gemeint –, die sehr interessante Ideen haben, aber wenn wir Sanierung wirklich umsetzen wollen und Mittel, die uns zur Verfügung gestellt werden, auch wirklich ausgeben wollen, dann brauchen wir die Zusage, dass diese Bedarfsträger sich auch daran halten, ihre schönen Wünsche, die sie geäußert haben, umzusetzen. Das heißt, auch in anderen Ressorts unserer Stadtgemeinde und unseres Landes ist es erforderlich, dass die Bedarfe, die angemeldet werden, mit finanziellen Mitteln untersetzt und mit

personellen Mitteln oder Personen verstärkt werden, damit Projekte, die man sich vorstellen kann, auch wirklich umgesetzt werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

So werden wir uns auf den Weg begeben.

Ich bedanke mich für Ihre Unterstützung heute zum Ortsgesetz. Wir werden uns zu diesem Punkt sicherlich noch wieder treffen und wieder austauschen und schöne Projekte in Blumenthal umsetzen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz über das Sanierungsgebiet Blumenthal beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Vertretungspersonal an Bremer Schulen weiterhin flexibel, aber unter effektiver Finanzkontrolle einsetzen!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 8. März 2022

(Drucksache [20/675 S](#))

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Torsten Klieme.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Yvonne Averwenser.

Abgeordnete Yvonne Averwenser (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Fraktion stellt heute hier

in der Stadtbürgerschaft den Antrag, Vertretungspersonal an Bremer Schulen weiterhin flexibel, aber unter effektiver Finanzkontrolle einzusetzen. Darin sind schon zwei Punkte enthalten, die uns wichtig sind, nämlich dass es weiterhin flexibel in der Umsetzung bleibt bei der Vertretung und – und das muss man hier ganz besonders betonen – dass die Finanzierung dessen endlich wirksam funktioniert.

Wie kam es denn überhaupt dazu, dass wir diesen Antrag hier jetzt zur Abstimmung stellen wollen? Um den Unterricht verlässlich stattfinden lassen zu können, wurde schon Anfang 2001 eine Kooperation zwischen der Stadtgemeinde Bremen, vertreten durch das zuständige Senatsressort für Bildung, mit der Stadtteilschule e. V. geschlossen. Die wichtigste Aufgabe des Vereins besteht seitdem darin, Vertretungslehrkräfte sowohl für allgemein-, aber auch für berufsbildende Schulen innerhalb der Stadtgemeinde Bremen zur Verfügung zu stellen. Hierbei handelt es sich vornehmlich um Lehramtsstudierende. Welche Ausmaße dies einmal bekommen würde, konnte sich damals wahrscheinlich niemand vorstellen. Einen kleinen Einblick gebe ich Ihnen jetzt einmal!

Die Antwort des Senats auf eine Kleine Anfrage der CDU, Drucksache [20/1152](#), ergab, dass der Istbestand an Lehrerwochenstunden im September 2021 bei rund 103 300 lag, wobei hiervon rund 5 600 Lehrerwochenstunden durch Leiharbeitnehmer, unter anderem 416 Bachelorabsolventen und 78 Masterstudierende von der Stadtteilschule e. V., erteilt wurden. Das macht rund 4,5 Prozent der Gesamtsumme aus.

Wir befinden uns in Bremen schon länger in der Situation, dass die eigentlich originäre staatliche Aufgabe, nämlich den ordnungsgemäßen Schulbetrieb, sprich Unterricht, sicherzustellen, ohne diesen Verein nicht mehr möglich wäre. Parallel zu den ansteigenden Personalbedarfen stieg das Volumen der Finanzmittel, die der Verein für die Bereitstellung des Vertretungspersonals in Form von Zuwendungen vom Bildungsressort erhielt. So wuchs laut Rechnungshof das Volumen der Zuwendungen des Bildungsressorts an die Stadtteilschule von 2015 mit 6,8 Millionen Euro auf rund 15 Millionen Euro im Jahr 2020, also um mehr als das Doppelte, meine Damen und Herren.

Das klingt zunächst nach einem bewährten Verfahren, doch spätestens die Aufdeckung von schwarzen Kassen der Bildungsbehörde bei der Stadtteilschule im September 2021 fordert uns auf, diese

langjährige Kooperation neu zu bewerten und nach Meinung der CDU zeitnah organisatorisch neu und besser aufzustellen.

(Beifall CDU)

Im konkreten Fall wurden nicht nur Zuwendungen an den Verein zu Unrecht gewährt, die zu viel gezahlten Gelder wurden dann auch noch nicht einmal ordnungsgemäß von der senatorischen Behörde zurückgefordert, und das hatte System. Dabei hätte man es wissen können, und man hätte es längst ändern müssen, denn der Rechnungshof wies nämlich schon 2015 auf grobe Mängel aus den Jahren 2011 und 2014 bei der Gewährung von Mitteln und der Kontrolle von Finanzen des Vereins hin. Doch anstatt die Mängel zu beheben, wurde im Ressort munter weiter gegen Verwaltungsrecht – hier im Speziellen Zuwendungs- und Haushaltsrecht, aber auch Beamten-, Arbeitsrecht sowie Straf- und Zivilrecht – verstoßen.

Im Sommer 2021 kam eher zufällig heraus, dass die Stadtteilschule aufgrund von jahrelangem offensichtlichen behördlichen Versagen und persönlichen Verfehlungen Rücklagen von über neun Millionen Euro ansammelte. Ein externer Gutachter spricht nach Einsicht in die Unterlagen von schockierenden Erkenntnissen. All dies ist für uns Anlass, das Thema Bereitstellung von Vertretungslehrkräften von Grund auf neu zu strukturieren und alle zugehörigen Beschäftigten unmittelbar in die behördliche Obhut – heißt, Dienst- und Fachaufsicht – der Senatorin für Kinder und Bildung zu überführen.

Ich gehe einfach einmal davon aus, dass wir alle nach den gemachten Erfahrungen ein Interesse daran haben, ein rechtlich einwandfreies, transparentes und handelbares Verfahren zu etablieren. Deshalb werben wir heute dafür, zeitnah eine zusätzliche Organisationsform innerhalb des Geschäftsbereichs der Senatorin für Kinder und Bildung zu schaffen. Die inhaltlichen Schwerpunkte orientieren sich nach wie vor an den bereits festgestellten Bedarfen der Schule, das heißt, schwerpunktmäßig Vertretungen für Lehrkräfte, ergänzender Sprachförderung sowie Lese- und Rechtschreibförderung. Zudem soll das Personal, wie schon gesagt, vollumfänglich in die neu zu schaffende Organisationsform innerhalb des Geschäftsbereichs der Senatorin für Kinder und Bildung überführt werden. Hierbei sind transparente Vergütungsmodalitäten für die zukünftig Beschäftigten zu schaffen, die sich jeweils den Qualifikationen entsprechend am TVöD orientieren sollen.

Für diese grundlegende neue Ausrichtung im Bereich der Vertretungskräfte und perspektivisch jeglicher Assistenzen im schulischen Bereich bitte ich hier um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unterricht kann nicht sichergestellt werden, das ist das Grundproblem, und deswegen hat man diese Stadtteilschule e. V. gegründet. Dass sie dann letzten Endes zur Kaffeetasse der Behörde werden konnte, das hat man damals nicht gedacht, und das soll jetzt nach dem CDU-Vorschlag geheilt werden, oder eine Konsequenz daraus, damit umzugehen, ist es, alles, was in dieser Stadtteilschule läuft, sozusagen in die Bildungsbehörde hinüberzupacken.

Ehrlich gesagt, wenn ich an die Bildungsbehörde denke, dann fallen mir so viele Sachen aus den letzten Tagen, Wochen, Monaten und sogar Jahren ein – die Stichworte kennen Sie alle –, und ich werde Ihnen den Gefallen tun, es nicht im Einzelnen auszuführen: das Stichwort schwarze Kassen und was hintendran hing, wir kennen die Themen zum Kitabau, wir kennen die Themen zur gescheiterten Anmelledigitalisierung, wir kennen die Themen zur Zusammenarbeit mit freien Trägern und so weiter, also alles jedenfalls Dinge, die letzten Endes schon eine Art Vertrauensverlust produzieren. Jeder, der in Beziehungen lebt, weiß, dass man Vertrauen nicht einfach an- und ausknipsen kann, sondern wenn es einmal den Bach hinuntergegangen ist, dann muss man sich vielleicht auch entscheiden, wieder auf eine Nulllinie zu gehen, und dann muss man aber auch wieder ein Stück Weg miteinander gehen und neue Erfahrungen miteinander machen, sodass sich Vertrauen wieder aufbauen kann. Das ist dann nicht mehr dasselbe, das ist dann ein anderes.

Das wäre jetzt auch mein Bild mit der Bildungsbehörde: Sie lassen jetzt hineinsehen, es wird gearbeitet und so weiter. Das wäre sozusagen meine Sicht: Sie versuchen, da wieder einen Boden zu schaffen, aber jetzt muss man ein Stück Weg gehen und Vertrauen auch wieder aufbauen. Das in dem jetzigen Istzustand hinüberzuschieben, halten wir nicht für eine passgenaue Idee. Vielleicht kann

man zu einem späteren Zeitpunkt dann noch einmal darüber reden, aber jetzt im Moment halte ich das nicht für den richtigen Schritt.

Dann habe ich angefangen damit, dass das Grundproblem eigentlich ist, dass ja Unterricht nicht sichergestellt werden kann. Das heißt, um was es eigentlich geht, ist wieder diese Personalknappheit. Da haben alle Entscheidungsträger, die mit diesem Thema konfrontiert sind – ich meine jetzt mit dem Entscheidungsträger die in der oberen Ebene –, immer das Problem, dass gleichzeitig Effizienz, Nachhaltigkeit und Qualität geleistet werden muss und sich das teilweise eben widerspricht.

Wir brauchen dringend und schnell Personal, damit der Unterricht stattfinden kann. Das wäre die Effizienz. Wir möchten natürlich gute Qualität. Wir möchten ausgebildete Fachkräfte, gut bezahltes Personal, das diesen Unterricht macht, das ist die Qualität, und das Dritte ist, wir wollen natürlich auch, dass die, die da sind, wenigstens durchhalten und dass es auch Nachschub gibt. Das wäre die Nachhaltigkeit. Innerhalb dieses sich teilweise widersprechenden Dreiecks kann man sozusagen nicht sagen, das ist mir aber egal, obwohl darin Spannungsfelder sind, die sich nicht auflösen lassen, und das wird umso deutlicher, je knapper die Situation ist. Das heißt, das ist ein Thema, das wir ganz dringend hier debattieren und entscheiden müssen, und wir sehen das in der Stadtteilschule auch ganz ausgeprägt.

Auf der einen Seite sind wir so heilfroh, dass wir diese Studenten haben, denn sonst hätten wir da gar niemanden, der Unterricht macht. Die machen mittlerweile fünf Prozent aus. Auf der anderen Seite möchten wir natürlich vernünftigen Sachunterricht – nicht vernünftigen Sachunterricht, das ist jetzt ein bisschen despektierlich –, möchten wir Fachpersonal, das unsere Schüler unterrichtet, und wir wollen die, die das machen, auch nicht schon desillusionieren oder auslaugen, bevor sie in das Berufsleben starten, und wir möchten natürlich auch nicht, dass sie auch gar keine Motivation mehr haben, überhaupt in der Uni zu sitzen, wenn sie den Job sowieso schon zwei, drei Jahre für gutes Geld machen.

Das sind schwierige Gesamtdebatten, die wir gern hier noch einmal debattieren. Wir haben ja auch eine Große Anfrage laufen, die nach den unterschiedlichen Vertretungsformen fragt, und wir würden gern abwarten, bis diese Antworten auf dem Tisch liegen, um dann das ganze Paket noch

einmal vernünftig zu diskutieren, wie wir sozusagen mit dem jonglieren, was nötig ist, um diese Zeit hoffentlich zu überbrücken, die wir einfach mit dieser Personalknappheit zu tun haben. Aber die Assoziation der CDU, dass jetzt das Hinüberpacken das Problem heilen würde, die Idee teilen wir nicht,

(Abgeordnete Yvonne Averwenser [CDU]: Ich glaube, Sie haben nicht verstanden, was ich gesagt habe!)

und deswegen werden wir Ihren Antrag auch ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Gönül Bredehorst.

Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ein wenig erstaunt, wie die CDU manchmal Probleme lösen will. Sie wollen ein Problem lösen und schaffen durch Ihren Lösungsvorschlag ein neues Problem, das genauso schwierig ist: Sie bringen zwei Themen zusammen, die nicht zusammengehören, nämlich die Lehrer- und Lehrerinnenversorgung und schwarze Kassen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordnete Yvonne Averwenser [CDU]: Nein, die Finanzierung!)

Die Lehrer- und Lehrerinnenversorgung durch die Stadtteilschule funktioniert hervorragend. Sie beschreiben ja sogar in Ihrem Antrag, dass es ohne sie an stadtbremischen Schulen knirschen würde. Weiter sagen Sie, dass das Volumen der Zuwendungen an die Stadtteilschule im Jahr 2005 6,8 Millionen Euro betrug und im Jahr 2020 auf 15 Millionen Euro gestiegen ist. Dabei verschweigen Sie nonchalant, warum das so sein könnte, nämlich aufgrund gestiegener Schüler- und Schülerinnenzahlen und damit mehr Klassenverbänden, die unterrichtet werden müssen. Dann sagen Sie doch bitte die ganze Wahrheit!

Nun zu der schwarzen Kasse! Die von der Senatorin aufgedeckte sogenannte schwarze Kasse ist natürlich in keinsten Weise hinnehmbar, dieses Thema wird aber sowohl juristisch als auch intern in der Bildungsbehörde aufgearbeitet. Das Finanzmanagement wird vom Kopf auf die Füße gestellt und neu strukturiert, das Finanzcontrolling wird

noch besser aufgestellt, das haben wir ja nun gerade in der letzten Deputationssitzung vernommen. Dass das geschehen muss, darüber sind wir uns alle einig, aber jetzt die komplette Lehrer- und Lehrerinnenversorgung durch die Stadtteilschule zerschlagen zu wollen und so zu tun, als ob man einen Mehrwert dadurch erzeugen würde, wenn das Vertretungspersonal bei der senatorischen Behörde angesiedelt wäre, ist doch eine große Augenscherei.

Sie meinen auch in Ihrem Antrag, dass durch diese Maßnahme zusätzliche Aufgaben wie ergänzende Sprachförder- und Lese- und Rechtschreibförderangebote angeboten werden können. Fünf Absätze vorher kritisieren Sie aber, dass der reguläre Schulbetrieb nur durch Vertretungslehrkräfte aufrechterhalten werden kann. Was denn nun? Die Stadtteilschule ist seit über 20 Jahren die Kooperationspartnerin, die die Schulen flexibel mit Lehrkräften versorgt, und das machen sie seit 20 Jahren gut.

Ja, die Lehrer- und Lehrerinnenschwemme der Neunzigerjahre ist vorbei, und wir haben zu wenig Lehrkräfte. Deshalb müssen wir eben auch vermehrt auf die Stadtteilschule zurückgreifen. Diese Kooperation wollen Sie nun auflösen, damit das Bildungsressort eine eigene Abteilung aufbaut, um Schulen flexibel mit Lehrkräften versorgen zu können. Glauben Sie wirklich, dass es dann finanziell günstiger für Bremen wird, dass es auf einmal mehr Lehrer und Lehrerinnen gibt, die zusätzliche Aufgaben übernehmen, wenn alles in der Behörde zentralisiert wird? Meine Fraktion und ich glauben das nicht und sagen deshalb: Never change a running system!

(Abgeordnete Yvonne Averwieser [CDU]: Ja, genau!)

Wir lehnen Ihren Antrag ab. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Christopher Hupe.

(Abgeordneter Dr. Thomas vom Bruch [CDU]: Da von einem running system zu sprechen, ist ungeheuerlich!)

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die CDU möchte aus

Konsequenz der schwarzen Kassen das Vertretungspersonal, das über die Stadtteilschule ange stellt ist, in die Behörde überführen. Es ist richtig, dass es nach der umfangreichen Aufarbeitung der schwarzen Kasse der Bildungsbehörde bei der Stadtteilschule – und darüber wurden wir in der letzten Woche in verschiedenen Ausschüssen und Deputationen aufgeklärt – da jetzt unweigerlich Konsequenzen geben muss. Die betreffen natürlich das Zuwendungscontrolling, das bei der Senatorin für Kinder und Bildung erfolgt und jetzt in Zukunft so aufgestellt werden muss, dass es auch ein Zuwendungscontrolling macht und nicht solche schwarzen Kassen ermöglicht.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Aber – und das wurde schon angesprochen – hier werden zwei Sachen vermengt. Aus dem Grund, um das schon einmal vorwegzunehmen, werden wir diesem Antrag der CDU nicht zustimmen, denn wir sehen keinen Grund darin, die Stadtteilschule als Konsequenz aus den schwarzen Kassen aufzulösen, denn die Stadtteilschule hat einige Vorteile, und – auch das wurde schon angesprochen – sie arbeitet schnell, sie arbeitet flexibel und stellt so Personal für die Schulen für die Vertretung zur Verfügung. Das ist eine Stärke, die diese Stadtteilschule darstellt, die – und da sind wir uns, glaube ich, alle einig – in dieser Flexibilität und in dieser Geschwindigkeit von der Bildungsbehörde nicht dargestellt werden könnte. Da befürchte ich, wenn wir diesen Antrag der CDU so umsetzen, dass wir im Endeffekt einen Nachteil für die Unterrichtsversorgung durch Vertretungslehrkräfte für unsere Schulen erreichen würden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Die Situation, dass wir einen Fachkräftemangel haben, ja auch nicht nur in Bremen, sondern bundesweit, und nicht nur bei Lehrkräften, sondern auch bei vielem anderen pädagogischen Personal an Schulen, hat sich natürlich in den letzten Jahren weiter dramatisiert. Deswegen war es auch notwendig, dass die Stadtteilschule immer mehr Personal zur Verfügung stellt, und das sind ja vor allem in Bremen Studierende. Dadurch ist die Rolle der Stadtteilschule auch in den letzten Jahren größer geworden, als wir es alle wollen können, und es ist ganz klar, dass weiterhin absolut essenziell und in der Mitte stehen muss, dass die Fachkräftegewinnung vorn steht. Dazu haben wir ja auch vor Kurzem in der Bremischen Bürgerschaft einen Antrag der Koalition beschlossen, die den Senat auffordert,

eine Personalbedarfsprognose für das pädagogische Personal an Schulen aufzustellen.

Aber – um auf die positiven Begleiterscheinungen der Stadtteilschule einzugehen – ich glaube, dass es vorteilhaft ist, dass es gut ist, dass Studierende über die Stadtteilschule an die Schulen gehen. Ich habe viele in meinem Bekanntenkreis, die an der Stadtteilschule beschäftigt waren oder es gerade noch sind, und da ist durch die Bank schon die Erfahrung, dass es ein großer Vorteil ist und man viel tiefer in den Schulalltag eintauchen kann, viel tiefer eine Schule kennenlernen kann, wenn man über die Stadtteilschule angestellt ist, als über die anderen Möglichkeiten, die da noch wären, wie ein Praktikum oder Ähnliches. Dieses gezielte intensive Kennenlernen der Schulen ist durchaus ein Vorteil für die Studierenden, und natürlich – und das ist ja auch klar – gibt es wahrscheinlich keinen oder kaum einen besser bezahlten Studierendenjob in Bremen, der aber gleichzeitig natürlich ein total sinnvoller Nebenjob ist. Also Studierende profitieren.

Gleichzeitig profitieren auch Schulen. Völlig klar, Vertretung wird bereitgestellt für Unterricht, der sonst ausfallen müsste, aber, und das bekomme ich immer wieder erzählt, wenn ich die Schulen vor allem in Randlage besuche, in Huchting oder in Osterholz, über die Stadtteilschule entsteht auch eine Talentbindung. Es kommen Studierende an die Schulen, lernen diese Schulen kennen, und das sind dann Schulen, die bei angehenden Lehrkräften nicht unbedingt die Schulen sind, die beliebt sind und die jetzt als Erstes in den Kopf kommen, wenn man sich irgendwo bewirbt, aber darüber, dass Studierende dahin kommen, lernen sie die Schulen kennen. Es funktioniert nicht immer gut, aber wenn es gut funktioniert und die Schule ein bisschen in die Unterstützung dieser Studierenden investiert, dann entsteht eine Bindung, und viele von ihnen gehen darüber in das Referendariat an der Schule und später dann in den Schuldienst über. Also, wir schaffen es über die Stadtteilschule für Schulen, die sonst Probleme haben, Fachkräfte zu gewinnen, diese an die Schulen zu bringen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Zum Schluss möchte ich das jetzt noch einmal zusammenfassen: Die Stadtteilschule ist sehr flexibel und erfolgreich in ihren gestellten Aufgaben und erfüllt diese und bietet dafür einen Mehrwert für Schulen und Studierende. Diese Struktur hat sich bewährt und sollte aus unserer Sicht deshalb auch erhalten bleiben. Unbenommen dessen bleiben die

Anstrengungen, dass wir festes pädagogisches Personal finden müssen und in die Fachkräftegewinnung investieren müssen. Es ist nicht die Lösung, Studierende anzustellen, aber im Moment ist es ein gutes Mittel zum Zweck. Als Alternative zu einem völligen Umbau, den die CDU fordert, muss aber der Finanzierungsprozess der Stadtteilschule transparent gemacht werden, und es muss ein ausreichendes Controlling geben, damit so etwas wie mit den schwarzen Kassen nicht wieder passieren kann. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp.

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE): Frau Präsidentin, verehrte Anwesende! Wie man leicht sieht, bin ich nicht Frau Strunge, die normalerweise hier reden müsste. Ich muss sie aus Krankheitsgründen vertreten, was ich gern mache, denn wenn man einen Kollegen oder eine Kollegin vertritt, dann lernt man immer viel, unter anderem zum Beispiel, was eigentlich eine Stadtteilschule e. V. ist. Ich hatte immer gedacht, da sitzen Leute, die ehrenamtlich über Bildung diskutieren, das war so die Anmutung. Dass es aber tatsächlich praktisch eine Leiharbeitsunternehmung ist, die einen Großteil der Vertretungsregelung an unseren Schulen sicherstellt, das habe ich vorher nicht gewusst. Jetzt weiß ich es.

Deswegen glaube ich auch zwei Dinge: Erstens, die Tatsache zu verknüpfen, dass die Stadtteilschule e. V. eine Zuwendungsempfängerin ist und dass das automatisch schwarze Kassen generiert, diesen Zusammenhang – er wird teilweise angedeutet – finde ich richtig nicht zulässig, denn in der Summe der Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger gibt es keine systematische Bildung von schwarzen Kassen.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Thomas vom Bruch [CDU] – Heiterkeit CDU, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich empfehle, Zwischenrufe so weit aufzusparen, bis ich gegen Ende meiner Rede bin, denn ich komme auf diese Frage noch zurück!

(Abgeordneter Dr. Thomas vom Bruch [CDU]: Okay, ich komme darauf zurück!)

Zweitens: In Ihrem Antrag schildern Sie die Bedingungen 2020, also wie viele Menschen dort Vertretungsunterricht gemacht haben und so weiter. Ich erinnere mich daran, da war eine Pandemie, die auch immer noch da ist, und bevor man einfach so eins zu eins vergleicht, würde ich empfehlen, einmal zu schauen: Wie viel war denn unbedingt notwendig, und wie viele Menschen haben sich unbedingt dafür eingesetzt, unter solchen Bedingungen einen Unterricht sicherzustellen? Ich finde, das darf man nicht anklagen, das muss man wertschätzen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Ich habe gar nicht angeklagt!)

Der Antrag? Da steht im Antrag: Früher waren es so viel, und 2020 waren es doppelt so viel, 5,4 Prozent. Ich weiß es nicht genau, aber man muss fragen, ob es nicht notwendig war und gut war, dass es so viele Leute gewesen sind, die den Unterricht sichergestellt haben. Ich gebe zu, diese Stadteilschule war und ist auch nicht unsere Ideallösung, wir haben darüber auch immer diskutiert.

Was gar nicht geht, ist, wenn schwarze Kassen gebildet werden, das Wirtschaftsprüfungsunternehmen KPMG hat Fehler aufgedeckt, und die haben Maßnahmen getroffen, und die Bildungsbehörde hat diesen Maßnahmen zugestimmt. Was sie nicht aufgedeckt haben oder was sie zumindest auch untersucht haben, ist, ob das Problem noch viel größer ist oder ob es nicht in anderen Ressorts und an anderen Stellen auch solche schwarzen Kassen gibt. Sie haben noch den Martinsclub herausgefunden und noch eine relativ kleine Summe, aber kein systematisches Unterlaufen von Zuwendungsrecht oder Finanzcontrolling. Das ist beruhigend, so beruhigend es ist, dass es überhaupt möglich war, dass solche neun Millionen Euro auf die Seite gelegt worden sind.

Jetzt kommen wir zu der Frage des Kollegen Dr. vom Bruch! Wir sind keine Freundinnen und Freunde der Arbeitnehmerüberlassung, wir sind für vernünftige Verträge, wir sind für langfristige Verträge. In der Frage der Stadteilschule muss man aber noch einmal genau hinsehen, denn da sind ja schon einige Maßnahmen getroffen worden. Wir haben einen Teil der Menschen, die da gearbeitet haben, in den normalen Dienst überführt, und wir haben auch, wenn ich richtig informiert bin, die Dauer der „Leiharbeit“ auf 18 Monate begrenzt.

Dann ist die nächste Frage – das hat ja der Kollege Hupe ausgewiesen –: Kann man diese Form von Vertretung dann in eine Bildungsbehörde überführen? Deswegen gibt es diesen Personalentwicklungsbericht, der demnächst auf die Tagesordnung kommt, und dann sehen wir uns die Sache noch einmal an.

Also, Ihr Antrag jetzt ist wegen der unzulässigen Verknüpfung von Finanzcontrolling und Sicherstellung von Unterricht meines Erachtens nicht gut, er ist nicht gut, weil er Corona außer Kraft setzt, und er ist auch nicht gut, weil er Dinge verlangt, die wir ohnehin auf dem Schirm haben. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Yvonne Averwenser.

Abgeordnete Yvonne Averwenser (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Ich bin etwas überrascht, wie man so an dem eigentlichen Problem vorbeireden kann. Es ging mir und es geht uns mitnichten darum, die Studierenden, die in dem Verein sind, arbeitslos zu machen, wir brauchen sie. Das habe ich auch deutlich gesagt, dass ohne den Verein diese Stadt, dieses Bildungsressort schon lange nicht mehr in der Lage wäre, Unterricht überhaupt darstellen zu können.

(Beifall CDU – Zuruf Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP])

Das hat nichts damit zu tun, dass ich da Menschen irgendwie überführen möchte. Ich habe nur in meinem Antrag darum gebeten, darüber nachzudenken, einmal zu prüfen, ob es nicht eine Organisationsform gibt, in der diese Menschen einfach besser aufgehoben sind, genauso flexibel arbeiten können.

(Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp [DIE LINKE]: Wie soll das denn funktionieren?)

Wir alle hier wissen, dass das Haushaltsreferat des Ressorts desaströs aufgestellt ist,

(Beifall CDU)

beispielhaft für eigentlich fast ganz viel in diesem Ressort, aber beim Haushaltsreferat ist es extrem. Da fehlen Menschen, und die werden auch nicht einfach einmal so schnell zu ersetzen sein.

Diese Zuwendungen, diese 20 Millionen Euro, die wir jetzt genannt haben, sind ein sauberer zweistelliger Millionenbetrag. Wir haben in dieser Stadt Eigenbetriebe, wir haben institutionelle Förderungen, die weit weniger Millionenbeträge erhalten, und die haben wir in GmbHs – zum Beispiel die MTrAB ist, glaube ich, so eine, da wird das so gemacht –, und das wird damit gemacht, damit die Förderung einfach ist, damit es schlanke Strukturen hat, damit die Flexibilität gegeben ist, aber auch gleichzeitig Kontrolle. Ich würde mir wünschen, dass man sich hier tatsächlich einmal vorstellen kann, das auch im Bereich der Stadtteilschule zu machen, dass man diesem Verein die Möglichkeit gibt, in eine Organisationsform überführt zu werden, in der sie genau die Aufgaben übernehmen, wie sie es jetzt auch machen, denn ohne sie geht es nicht. Ich sage auch nicht, dass es ersetzt werden soll.

(Zuruf Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD])

Indem die Finanzierung einfach schlanker ist, dass nicht plötzlich zusätzlich wieder diese unfassbar wenigen Leute im Haushaltsreferat irgendwie Zuwendungen, die sehr kleinteilig sind, das haben wir bei der Stadtteilschule gesehen –. Es sind Millionenbeträge dabei, oder es sind größere Beträge dabei, es sind aber auch sehr viele kleinteilige Zuwendungen dabei. Die werden geprüft.

Wir haben zu wenig institutionelle Förderung. Wir haben relativ viel Festbetragsfinanzierung in diesen Zuwendungen, und wir haben Fehlbedarfsfinanzierungen, und all dies bedeutet –. Ich kann Ihnen einmal sagen, wie so eine Zuwendung läuft: Sie geben eine Zuwendung heraus, Sie haben eine Frist, bis wann das Geld ausgegeben werden muss. Ein halbes Jahr später muss der Plan vorliegen, wie das Geld ausgegeben werden musste oder wurde. Davon ist aber schon wieder der Antrag da, dass das Geld wieder gebraucht wird. Also findet die Prüfung, ob das Geld überhaupt rechtmäßig benutzt wurde, viel später statt als der eigentliche Antrag wieder für die zusätzliche Nutzung. Also entsteht wieder dieses Schneeballprinzip.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Deswegen überprüfen wir ja das ganze Zuwendungswesen!)

Ja, aber an der Stelle könnten wir es jetzt einfach einmal umsetzen und sagen, wir bauen es um, denn da zeigt sich, es würde einen Mehrwert bringen! Es würde einen Mehrwert bringen an Ver-

schlankung der Verwaltung, es würde den Mehrwert bringen, dass wahrscheinlich auch die Stadtteilschule ganz anders agieren könnte, sich nicht jedes Mal mit jeder kleinteiligen Zuwendung auseinandersetzen müsste, weil natürlich jetzt die Arbeit mehr wird, weil nicht mehr jeder abzeichnet und sagt, der Verwendungsnachweis geht ja sowieso durch. Jetzt werden die sich richtig Mühe machen müssen, und das kostet Zeit, das kostet Geld, und das kostet tatsächlich Ressourcen.

Ich habe einen Vorschlag gemacht, in dem ich ganz deutlich gemacht habe, wie ich mir das vorstellen kann, dass die Behörde das vielleicht jetzt auch mit diesen Beratern gemeinsam so aufstellen kann, dass dieser Verein effektiv seine Arbeit genauso weitermachen kann, wie er es jetzt macht, weil wir ihn unbedingt brauchen, aber eben effektiv verschlankt, kontrolliert und natürlich auch weiterentwickelt, indem die Menschen natürlich nicht ewig in der Leiharbeit bleiben, sondern sich natürlich weiterentwickeln müssen, nach ein paar Monaten immer wieder in die Qualifikation gehen, um dann letztendlich als ausgebildete Lehrer tatsächlich an Schulen eintreten zu können. Das war mein Antrag, nicht mehr und nicht weniger!

Ich will kein „Weiter-so“, ich will etwas anderes. Ich will etwas Besseres, denn das haben unsere Kinder hier verdient, und das haben auch alle Mitarbeiter und Mitarbeitenden in der Stadtteilschule verdient, und ganz ehrlich, das haben auch die Menschen verdient, die zukünftig das Haushaltsreferat der Bildungsbehörde bestücken müssen, denn das wird ein richtiges Stück Arbeit, wenn sie das genauso weitermachen müssen, wie es bisher gelaufen ist.

(Beifall CDU)

Von daher bin ich hier weit weg von einem running system. Ich will ein anderes System an der Stelle, weil ich glaube, es hat sich gezeigt, dass es sich nicht bewährt hat. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp.

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE): Frau Präsidentin, verehrte Anwesende! Es macht mir immer Spaß, auch einmal in fremden Revieren zu argumentieren. Ich hätte diesem Antrag viel

mehr Gewicht beigemessen, wenn darin nicht gestanden hätte: Entwickeln Sie einmal eine Idee, die die CDU gut findet!

(Abgeordnete Yvonne Awerwaiser [CDU]: Das habe ich ja nicht geschrieben!)

Doch! Sie haben gesagt, das System, das wir jetzt haben, wollen wir nicht, wir wollen ein besseres. Das ist die Kurzfassung. Sie sagen aber nicht, wie dieses System aussehen soll: Welche Organisationsformen kommen infrage? Haben wir am Ende wieder einen Verein, haben wir einen Eigenbetrieb, haben wir einen Teil des Ressorts, der nicht nach TVöD bezahlt wird, oder was ist das denn eigentlich? Diese Materie erscheint mir doch ein bisschen komplexer, und wenn man da eine Optimierung erreichen will, dann muss man sich im Detail damit beschäftigen, und dann muss man tatsächlich irgendwann ein Konzept vorlegen, wie man unter Umständen die Nachteile der Leiharbeit herausbekommt, sofern sie dann in diesem konkreten Fall Nachteile sind – zumindest nicht für die Studierenden, das habe ich heute auch gelernt. Trotzdem ist es natürlich strukturell schwierig, wenn Unterricht zu einem großen Teil über Leiharbeit abgesichert werden muss.

Also, meine Bitte ist: Wenn Sie eine Idee dafür haben, wie diese neue Organisationsform aussehen kann, dann überlegen Sie sich das und machen da einen konkreten Vorschlag, dann können wir gern noch einmal darüber diskutieren!

Zweitens: Wir diskutieren gerade über die Modernisierung des Zuwendungsrechts. Ich glaube, von dieser Flanke müssen wir die Frage aufwerfen: Welche Rolle spielen eigentlich Zuwendungen, auch für die Stadtteilschule? Unter welchen Bedingungen müssen sie beantragt werden, unter welchen Bedingungen müssen sie abgerechnet werden? Ich bin davon überzeugt, dass die neuen Punkte, die wir da auf den Weg bringen, erstens allen Zuwendungsempfängerinnen und -empfängern helfen, Geld zu beantragen und Geld abzurechnen, und ich gehe auch davon aus, dass im Bildungsressort diese Form von Zuwendungsrecht aufgegriffen wird und dass es dort auch erleichtert, sowohl Antragstellerinnen und Antragsteller mit den Zuwendungen auch zu unterstützen als auch das vernünftig zu kontrollieren. Das wollte ich noch sagen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Torsten Klieme.

Staatsrat Torsten Klieme: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wenn das Parlament eine so kundige und engagierte Debatte geführt hat, ist es, glaube ich, für die Verwaltung immer gut, sich kurzzufassen, und insofern möchte ich der Debatte nur noch einige wenige Argumente hinzufügen! Der Antrag der Fraktion der CDU fordert im Grunde zwei Dinge, nämlich einmal den flexiblen Einsatz von Studierenden und zum Zweiten ein effektives und gut funktionierendes Controlling. Ich will an der Stelle sagen, dass wir als Senatorin für Kinder und Bildung und auch ich als Person beiden Grundsätzen ausdrücklich zustimmen. Insofern gibt es bezogen auf die Zielstellung keine Differenz, allenfalls die Wege für eine gelungene Umsetzung sind zu diskutieren, und das ist in der Debatte jetzt ja auch sehr deutlich geworden.

Seit Abschluss des Kooperationsvertrags mit der Stadtteilschule haben sich die Rahmenbedingungen deutlich verändert. Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass die Ursprünge der Gründung dieser Konstruktion in einer Situation lagen, in der wir in Bremen – fast möchten wir uns nicht mehr erinnern – einen Lehrerüberhang hatten und die Stadtteilschule dazu gegründet wurde, um jungen Leuten, die hier in Bremen studiert haben, die hier aufgewachsen sind, eine Brücke in den Beruf zu bauen, und zwar in einer Situation, wo es nicht für alle gleich von Anfang an eine feste Stelle gab. Insofern war das von Anfang an ein Instrument zum Personalmanagement, zur Personalbindung und auch, um dafür zu sorgen, dass junge Leute in Bremen eine Perspektive haben.

Die Situation hat sich völlig verändert. Zwischenzeitlich stehen wir bundesweit in einem harten Wettbewerb um junge Lehrkräfte. Dieser Wettbewerb wird sich weiter verschärfen und mindestens noch die komplette nächste Dekade anhalten. In diesem völlig veränderten Szenario übernimmt die Stadtteilschule wichtige Funktionen als Personalvermittlung für den befristeten Einsatz von Studierenden, da sich gerade in den letzten Jahren deutlich gezeigt hat, dass die Bedarfs- und Angebotsprognosen und die daraus resultierenden Personalplanungen durch externe Faktoren – Flüchtlingskrise 2015, globale Pandemien, Ukrainekrieg, um nur drei Beispiele zu nennen – immer wieder fragil werden und nur bedingt aussagefähig sind und im-

mer wieder korrigiert werden müssen und deswegen auch immer eines flexiblen Instruments zum Ausgleich bedürfen werden.

Natürlich ist der Einsatz der Stadtteilschule in einer Gesamtsituation des Fachkräftemangels auch ein wichtiges Instrument, um Unterrichtsversorgung insgesamt sicherstellen zu können, es ist von allen Seiten darauf hingewiesen worden. Um auch in besonderen daraus resultierenden Belastungssituationen schnell und flexibel Personal zur Verfügung zu haben, benötigen wir dieses Instrument nachhaltig auch weiterhin.

Es ist auch auf einen Aspekt hingewiesen worden, den ich noch einmal aufgreifen will, und zwar von Herrn Hupe, nämlich auf den Aspekt der Personalbindung. Auch aus den Erfahrungen in der Verwaltung anderer Bundesländer kann ich Bremen zu diesem Instrument nur gratulieren, und wir sehen das Jahr für Jahr und Monat zu Monat: Studierende, die über die Stadtteilschule kontinuierliche schulische Erfahrung in einer Schule gewonnen haben, haben eine große Bindung zu dieser Schule und zu den Menschen, und zwar zu einem Zeitpunkt schon aufgebaut, wo wir sie sonst in der Personalentwicklung niemals erreichen würden. Das ist ein ganz, ganz großer Standortfaktor und sorgt dafür, dass die Quote von jungen Leuten, die wir in den Schuldienst einstellen, die in Bremen studiert haben, die in der Stadtteilschule in der Schule waren und hier ihr Referendariat gemacht haben, weit über dem Bundesdurchschnitt liegt, und ich glaube, dass diese Bindung von Anfang über die Stadtteilschule auch ein wesentliches Instrument dafür ist, dass das an dieser Stelle tatsächlich so gut funktioniert.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Aus der pädagogischen Sicht, wo man sagen muss, eigentlich würden wir es uns wünschen, auch im Lehrerbereich über Ansätze eines dualen Studiums/einer besseren Verbindung von Praxis und Theorie nachzudenken, kann man nur sagen, ist auch das aus dieser Perspektive ein gutes Instrument und ein gutes reguliertes Instrument. Wir haben inzwischen eine Übereinkunft mit dem Personalrat, dass eine bestimmte Stundenzahl nicht überschritten wird. Wir halten uns streng an die Grundsätze der Arbeitnehmerüberlassung, wir halten die 18 Monate ein, sodass auch von der rechtlichen Seite die Dinge, glaube ich, gut und vernünftig geregelt sind.

Über die schwarzen Kassen ist ja von mehreren Abgeordneten auch geredet worden, das ist in der Tat kein Ruhmesblatt für die Senatorin für Kinder und Bildung, und ich will noch einmal daran erinnern, dass die jetzige Senatorin mit ihrem Amtsantritt die Aufklärung dieser Vorfälle von Anfang an energisch und rüchhaltlos und von außen gesteuert und nicht durch eigene Leute in die Hand genommen hat. Wir haben das jetzt zu einem vorläufigen Abschluss gebracht, was die Aufklärung betrifft.

Der Abschluss, was die Umstrukturierung auch im Haushaltsbereich der Senatorin für Kinder und Bildung betrifft, ist noch lange nicht erledigt. Daran müssen wir weiter arbeiten, das haben wir im Haushalts- und Finanzausschuss am Freitag auch noch einmal nachdrücklich gesagt bekommen. Aber das System ist offengelegt, das System ist abgestellt, und insofern glaube ich, dass die Landeshaushaltsordnung, die uns ja alle Instrumente zur Verfügung stellt, um Zuwendungsempfänger effektiv und vernünftig kontrollieren zu können und wenn man diese Instrumente ordentlich anwendet, auch dafür sicherstellen kann, dass ein effektives und vernünftiges Controlling stattfindet.

Als Verwaltungsfachmann möchte ich an dieser Stelle sagen: Was wir mit Sicherheit nicht können, ist, im Bereich des öffentlichen Dienstes eine ähnliche, auch eine nur annähernd ähnliche Flexibilität zu gewährleisten. Dazu wären wir nicht in der Lage. Wenn Sie sich die Overheadkosten der Stadtteilschule anschauen und sie mit den Overheadkosten vergleichen, die wir in der Personalverwaltung des öffentlichen Dienstes haben – auch bei anderen Prozessen, anderen Aufgabenstellungen, das will ich auch ausdrücklich dazusagen –, ist die Stadtteilschule deutlich effektiver und effizienter,

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Vielleicht brauchen wir dann doch mehr Privatschulen!)

und ich glaube, dass wir diesen Vorteil an dieser Stelle nicht aufgeben sollten.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Schulen in freier Trägerschaft!)

Insofern würden aus unserer Perspektive die von der CDU unterbreiteten konkreten Vorschläge nicht zu einer weiteren Verbesserung der Rechtssicherheit führen, in jedem Fall aber die notwendige Flexibilität des Instrumentes Stadtteilschule deutlich einschränken. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der CDU-Fraktion mit der Drucksachen-Nummer [20/675 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Stimmenthaltungen?

(L.F.M., Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Begrünungsortsgesetz weiterentwickeln, Fassadenbegrünung fördern
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 17. Juni 2022
(Drucksache [20/715 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Staatsrätin Gabriele Nießen.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Begrünungsortsgesetz – das haben wir 2019 auf den Weg gebracht – ist ein Instrument, das die Funktion hatte, eine rechtliche Verpflichtung zur Erhöhung des Anteils an begrünten Dachflächen hinzubekommen. Man kann in der Rückschau sagen, das hat funktioniert, aber es geht noch besser, und aus dem Grund haben wir dann versucht – nicht nur versucht, sondern auch realisiert –, Ihnen diesen Antrag hier vorzulegen, womit wir das doch etwas umfassender angehen wollen, was wir bisher nicht ganz umfassend angelegt haben, weil es eine Reihe von Ausnahmen gab.

Die eine Ausnahme war die Gebäudeklasse 2. Vielleicht wissen nicht alle hier im Haus, was die Gebäudeklasse 2 umfasst: Das sind alle Reihenhäuser in dieser Stadt, also eine ganze Menge Häuser sind außen vor gelassen worden. Ebenso sind außen vor gelassen worden die hallenartigen Gebäude. Ich habe dazu heute ein Positionspapier der Landschaftsgärtner gesehen, die gesagt haben, das ist aber jetzt doof, dass die außen vor gelassen worden sind, denn da sind doch die größten Potenziale an den Flächen, wo wir Dachbegrünung machen können.

(Vizepräsidentin Anje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Wir schlagen eine Evaluierung dieses Begrünungsortsgesetzes vor, genau mit diesen Punkten, dass diese Gebäudeklasse 2 mit aufgenommen wird und dass die Ausnahmen, die darin stehen, noch einmal überprüft werden, also auch diese hallenartigen Gebäude.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Was bringt nun diese Begrünung? Ist das nicht alles viel zu klein, und sind die Probleme nicht viel größer? Diese Begrünung bringt enorm viel, wenn wir, sage ich einmal, dieses Instrument intensiver nutzen und mehr davon umsetzen. In Hannover hat man einmal ausgerechnet, was allein bei Starkregenereignissen im Jahr an Wasser zurückgehalten worden ist. Sie haben immerhin 250 000 Kubikmeter ausgerechnet, die dort an Wasser zurückgehalten werden und die dann wieder an das Stadtklima abgegeben werden und dann wieder verdunsten. Das heißt, diese Dachbegrünung hat eine ganz wichtige Funktion in unserer Vorbereitung auf die Folgen des Klimawandels, was wir Klimaanpassungsstrategie nennen. Das ist ganz bedeutsam, und da ist Dachbegrünung ein ganz wichtiges Instrument.

Wir beschäftigen uns schon länger damit, aber ich plädiere schon dafür, dass wir mehr machen, und deswegen hat die Koalition in ihrem Antrag dann auch das Thema Fassadenbegrünung mit aufgenommen. Da weiß man, wenn man durch diese Stadt geht, okay, das gibt es an einigen Stellen, ist aber nicht so weit verbreitet.

Was hat nun eine Fassadenbegrünung eigentlich für Vorteile? Sie müssen sich vorstellen, dass diese Fassadenbegrünung wie so ein Luftpolster wirkt, also es ist noch einmal eine Hülle mehr um das Gebäude. Das schützt vor Schlagregen, das schützt

vor starker Sonneneinstrahlung, es kühlt die Gebäude ab, und es ist eben auch ein Ort, wo wieder etwas für die Insekten getan werden kann, das sind gute Orte für die Biodiversität. Manche wissen – ich habe ja noch so einen kleinen Nebenjob –, dass ich Winzer in der Stadt bin und ab und zu an diesen Gebäuden Wein ernte, und ich weiß, da tummeln sich alle möglichen Insekten und Vögel. Von daher sind das gute Orte, um die Biodiversität in der Stadt zu verbessern.

Da sind einige Städte schon ein bisschen weiter als wir in Sachen Fassadenbegrünung. Wien – davon werden Sie sicherlich einige Bilder kennen –, aber auch Hannover hat damit inzwischen sehr viele gute Sachen gemacht. Es gibt dort immer wieder Bedenken: Ja, Fassadenbegrünung, das gibt doch Feuergefahr, das könnte doch ein Problem dabei sein. Das habe ich mir auch einmal etwas genauer angesehen. Wenn es verwahrlost ist und sich niemand darum kümmert und auch die falschen Sorten benutzt werden, also wo dann viel Verholzung mit dabei ist, dann kann das ein Problem werden. Es ist übrigens überwiegend, muss ich sagen, in diesem Falle das Efeu, das wir alle kennen, das in 87 Prozent der Fälle, wo es überhaupt einen Brand gegeben hat, tatsächlich dafür verantwortlich ist, weil eben die Pflege nicht gut gewesen ist. Trotzdem kann man sagen, dieses Problem existiert fast nicht, weil diese Pflanzen so viel Wasser enthalten, dass das eigentlich kein Problem ist. Deswegen ist es unser Ziel, dass wir diese Fassadenbegrünung in Bremen zum Regelfall an vielen Stellen machen. Wir wünschen uns, dass auch hier die öffentliche Verwaltung mit gutem Beispiel vorangeht und eben bei Neubauten erst einmal tatsächlich Fassadenbegrünung dort macht, wo es nach einem Prüfkatalog geht.

Eine Sache wollen wir auch noch erwähnen, das sind die Schottergärten, die Gärten des Grauens, die wir alle kennen. In der Überseestadt kenne ich zumindest einige davon. Wir wollen, das ist politisches Ziel, dass diese Schottergärten auch im Bestand in Bremen nicht mehr Bestand haben, denn das ist etwas, was, glaube ich, in dem Sinne, dass Eigentum verpflichtet, eigentlich nicht mehr zu dulden ist,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

und deswegen wollen wir, dass diese Schottergärten verschwinden.

Einen letzten Aspekt wollte ich noch erwähnen, bevor meine letzten zwei Sekunden jetzt hier zu Ende

gehen: Ich habe einmal eine Studie zu Straßenbäumen gesehen, dass sie ganz stark als Mittel bei Depressionen helfen.

(Glocke)

Stellen Sie sich städtische Räume ohne dieses Grün vor! Das macht erwiesenermaßen Depressionen und ist für Menschen schwierig zu ertragen.

(Zuruf Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU])

Das gilt für Fassaden, das gilt – ich bin leider am Ende meiner Rede, deswegen kann ich nicht mehr ganz zuhören! – für Fassadengrün und für Straßenbäume, sie schaffen eine lebenswerte und gesündere Umwelt. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ingo Tebje.

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die aktuelle Wetterlage in Deutschland macht uns klar, dass der Klimawandel längst angekommen ist: Großer Hitze folgen Starkregenereignisse. Diese Auswirkungen sind für die Umwelt und das Klima, aber auch für unsere Gesundheit alles andere als witzig. Wir müssen deshalb unsere Stadt zu Schwammstädten entwickeln, und das ist nicht nice to have, sondern es ist eine Kernaufgabe, damit unsere Stadt lebenswert bleibt.

Aber auch der Verlust an Biodiversität bedroht unsere Stadt, und die Auswirkungen davon sind genauso gefährlich wie der Klimawandel. Deshalb ist es schon gut, dass wir seit 2019 in der Stadt Bremen ein Begrünungsortgesetz haben. Es schreibt die Begrünung von unbebauten Flächen und Dachflächen vor, es beinhaltet aber auch eine Reihe von Ausnahmen, darauf ist mein Kollege Herr Saxe ja auch gerade schon teilweise eingegangen. Manche dieser Ausnahmen müssen aus unserer Sicht insbesondere vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Klimakrise und dem Verlust an Biodiversität noch einmal geprüft, verschärft und gegebenenfalls sogar aufgehoben werden. Wir brauchen mehr kühlendes Grün an Fassaden und Dächern, die auch Starkregen zum Teil aufsaugen und den Insekten unserer Stadt Lebensraum geben, und das Ganze deutlich schneller, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Als das Gesetz 2019 formuliert wurde, war man noch sehr zögerlich. Man wollte erst einmal vorsichtig anfangen, niemand sollte verschreckt werden oder finanziell zu stark belastet werden, aber auch schon vor drei Jahren war klar, dass eventuell nachjustiert werden muss, wenn die bestehenden Regelungen sich als nicht nachhaltig erweisen würden. Genau das ist das, was wir jetzt machen, denn es ist klar, dass die bisherigen Anstrengungen noch nicht ausreichen. Zu viele Flächen Bremens, auch private Gärten, sind weiterhin zu stark versiegelt, zudem müssen wir noch stärker die Dachbegrünung und auch die Fassadenbegrünung in Angriff nehmen. Hier haben wir in Bremen noch erheblich Luft nach oben, und ich will hier noch einmal näher auf drei Punkte eingehen!

Zum einen bezieht sich das bisherige Gesetz nur auf Anlagen, die nach 2019 angelegt wurden, das hat Herr Saxe ja auch schon gesagt. Alle Flächen, die davor schon als sogenannte Schottergärten angelegt wurden, bleiben davon unberührt. Hier muss geprüft werden, inwieweit die Regelungen auch auf bestehende Schottergärten angewendet werden können. Diese Schottergärten sind der Sargnagel der Biodiversität, und wir müssen an dieses Thema heran.

Zum anderen gibt es noch eine Reihe von Ausnahmen für bestimmte Gebäudearten – das hat Herr Saxe auch schon erwähnt –, nämlich Reihenhäuser und hallenartige Gebäude. Auch hier wollen wir die bestehenden Regelungen prüfen und anpassen, und wir, DIE LINKE, waren auch schon damals keine Freunde davon, dass die Hallendächer ausgenommen worden sind. Bereits im jetzigen Gewerbeentwicklungsplan 2030 mit dem Papier für die zukunftsweisenden Gewerbegebiete haben wir das schon aufgegriffen, also für den Bereich neuer Gewerbegebiete, aber wir müssen es eben umfassend angehen.

Drittens müssen wir in Bremen noch stärker Dächer und Fassaden, insbesondere fensterlose Fassaden, begrünen, auch im Zusammenhang mit Solaranlagen, wenn dies technisch und wirtschaftlich sinnvoll ist. Um diese drei Punkte deutlich voranzutreiben, muss man auch das Förderprogramm noch besser ausgestalten und verbessern. Ich glaube, deshalb sollte man hier insbesondere den Blick nach Hannover richten, denn es ist doch gut, wenn wir von anderen vorbildlichen Förderprogrammen lernen können. Man muss das Rad ja nicht immer neu erfinden, und man sollte sich Best-Practice-Beispiele aneignen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Silvia Neumeyer.

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor acht Jahren haben meine Brüder und ich begonnen, an unserem Haus die Fassaden zu begrünen. Es gibt viele Kletterpflanzen, und wir haben uns damals für wilden Wein und Efeu entschieden, und wir haben seitdem unzählige Amseln, die bei uns in der Begrünung ihre Nester bauen, und auch die Insekten scheinen sich an unserer Begrünung zu erfreuen.

(Beifall CDU, Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn wir hier heute über Fassadenbegrünung reden, habe ich also schon ein paar Erfahrungen gemacht.

Aber nicht nur die Biodiversität wird durch die Fassadenbegrünung begünstigt, sie ist sozusagen auch Schutz vor Wind und Wetter für das Mauerwerk. Man spricht auch von einer natürlichen Klimaanlage. Durch die Aufnahme von Kohlendioxid verringern die Begrünungen den Schadstoffgehalt der Luft und reichern sie gleichzeitig mit Sauerstoff an.

In Zeiten des Klimawandels müssen wir viel innovativer werden und ganz unterschiedliche Wege gehen. Fassadenbegrünung kann in unseren Städten einen Beitrag dazu leisten. Wir von der CDU-Fraktion halten die Forderung, das Begrünungsortsgesetz zu evaluieren und anzupassen, für richtig und geboten.

(Beifall CDU)

In anderen Ländern wie Österreich ist man, was Dach- und Fassadenbegrünung betrifft, schon weiter, und auch, was die Kombination mit Solaranlagen betrifft, ist man weiter. Neubauvorhaben sollten in Zukunft immer auf die Möglichkeit hin betrachtet werden, ob eine Begrünung möglich ist, aber auch im Bestand wird es möglich sein, viel zu erreichen. Die Fördermodalitäten zu prüfen und anzupassen, ist deshalb dringend nötig.

Ich möchte hier aber auch noch einmal darauf hinweisen, dass die Regierung dieses Landes bei ihren städtischen Gebäuden, was Solar oder Begrünung

betrifft, eher im Schneckentempo vorankommt. Eigentlich sollte die Regierung dieser Stadt mit gutem Beispiel vorangehen. Da hätte ich in den letzten Jahren unter Beteiligung der Grünen mehr erwartet.

(Beifall CDU)

Lassen Sie mich jetzt noch ganz kurz auf die Schottergärten eingehen! Da muss ich ganz ehrlich sagen, ich persönlich bekomme da immer einen Hals, wenn ich so etwas sehe. Ich habe gerade am Freitag der Staatsrätin Nießen ein paar Fotos von einem Neubau gezeigt, wo rundherum

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Schotterrasen!)

auf dem ganzen Grundstück riesengroße graue Platten verlegt wurden,

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Oh Gott!)

und da ist noch nicht einmal eine Fuge, wo ein Grashalm durchkommen könnte. Ich habe ihr dann diese Bilder weitergeleitet, und sie wird sich darum kümmern, darüber freue ich mich.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit dem Vorschlaghammer!)

Solche Verstöße müssen umgehend geahndet werden, und ein sofortiger Rückbau muss gefordert werden.

(Beifall CDU, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich verstehe nicht, dass es heutzutage noch Menschen gibt, die nicht begriffen haben, wie es um unser Klima steht. Wie bereits erwähnt: Die CDU-Fraktion wird Ihrem Antrag zustimmen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben gegen das Begrünungsortsgesetz gestimmt. Jetzt wollen Sie es evaluieren, aber Sie wollen nicht die Evaluation abwarten, sondern Sie wissen schon, was zu tun ist. Ehrlich gesagt ist das

für uns die falsche Reihenfolge. Erst muss man die Evaluation abwarten, auswerten, und dann kann man seine Schlüsse daraus ziehen!

(Beifall FDP)

Dann ist es natürlich so: Es ist viel gelobt worden, welches alles die Vorteile einer Fassadenbegrünung und einer Dachbegrünung sind, aber ehrlich gesagt, wer schon einmal gegen den Efeu an seiner Fassade gekämpft hat, weiß, dass es auch falsche Fassadenbegrünungen geben kann, die der Fassade nicht guttun.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Das muss man sich eben vorher genau ansehen!)

Wenn man die Frage der Dämmung noch nicht geklärt hat, muss man so oder so an die Außenhülle des Hauses heran und sich überlegen, was man tut, und man muss dann eine richtige und vernünftige Entscheidung für sich treffen, aber dass wir als Staat die Entscheidung für alle Leute treffen, sehen wir nicht. Insofern ist es aus unserer Sicht auch eher daran, durch Förderprogramme und Hinweise und Aufklärung gegen Schottergärten vorzugehen, besser gesagt, Besitzer von Schottergärten darauf hinzuweisen, dass es vielleicht bessere Gestaltungsmöglichkeiten gibt, als per Gesetz alles regeln zu wollen, denn nicht alles, was geregelt werden kann, muss auch geregelt werden, insbesondere wenn es privates Eigentum betrifft.

An dieser Stelle ist dann auch noch weiter eine Frage zu diskutieren, die Sie gar nicht lösen für mich, nämlich die Konkurrenz der vielschichtigen Nutzung der Außenhüllen. Es geht um Dämmung, die wir alle brauchen, wenn wir denn noch keine energieeffizienten Gebäude haben. Es geht um die Frage der Solarisierung der Außenhülle und des Daches – und da geht es eben nicht nur um das Dach selbst, es gibt inzwischen auch viele Fassadenelemente, die Sie einsetzen können, um Solarenergie an den Fassaden zu gewinnen – und dann eben noch um die Frage, wie viel Grün kann ich dann wachsen lassen.

Da weigert sich der Senat konsequent, Prioritäten zu setzen, Abwägungen zu treffen, Hilfestellung zu geben für die Entscheidung, was in welchem Fall wofür sinnvoll ist im Sinne von Beratung, und selbst, wenn man es denn rechtlich regeln will, was wir nicht wollen, durch Pflichten, dass man dann entsprechende Hinweise gibt und entsprechende Regelungen trifft. Ehrlich gesagt muss hier dann

die Regelung her, welche Prioritäten es geben soll, und man muss das gesamt sehen, von Solarpflicht, die Sie wollen, bis hin zur Begrünungspflicht, die Sie wollen.

Insofern ist es hier im Antrag nett, wenn Sie von fördern sprechen, es geht Ihnen aber um Gebote und Verbote,

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: So ein Quatsch!)

und Sie wollen ja auch noch gleich die Landesbauordnung mit ändern. Ehrlich gesagt ist das schon sportlich für das Stadtparlament. Das machen wir dann im Landtag, aber es ist dann auch eine Frage, was da geregelt wird, und da bin ich gespannt, ob die Freunde aus Bremerhaven das so mitmachen werden.

Wie gesagt, Sie haben hier einen Antrag vorgelegt, Sie wollen eine Evaluation, wissen aber schon, was richtig ist – ehrlich gesagt, wir hätten sie abgewartet –, und Sie müssen sich immer fragen bei dem, was Sie hier vorschlagen: Ist das am Ende verhältnismäßig? Eine Maßnahme muss dafür erforderlich, geeignet und im engeren Sinne verhältnismäßig sein. Wir haben da ehrlich gesagt noch unsere Zweifel. Sie wollen Verbote beschließen und dann prüfen. Das ist, wie gesagt, die falsche Reihenfolge, und nicht alles, was sinnvoll ist, muss man per Gebot und Verbot, das man dann auch mit etlichem Personal kontrollieren muss, das uns schon vorn und hinten fehlt, durchsetzen.

Insofern lehnen wir den Antrag ab, denn wir haben nichts gegen eine Evaluation, aber warten wir sie doch ab, um dann Schlüsse daraus zu ziehen, und ziehen wir sie nicht vorher! – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir uns als eine Auswirkung des Klimawandels allein einmal das Drohpotenzial des Starkregens vor Augen führen, dann wissen wir, dass wir uns wappnen müssen. Wir haben alle die Bilder aus dem Ahrtal im Kopf. Ja, wir leben hier nicht in einem Tal, wir leben in der Norddeutschen Tiefebene, das Wasser wird sich zum Glück wesentlich besser verteilen, aber auch vollgelaufene Keller

sind nicht schön, erzeugen beträchtliche Schäden, und in der Altbremer Wohnbaustruktur ist das Souterrain regelmäßig Wohnraum. Das heißt, auch hier geht es nicht nur um Hab und Gut, sondern es geht um Leib und Leben von Menschen, und deswegen müssen wir die Potenziale, um uns gegen die Auswirkungen des Klimawandels zu wappnen, nutzen.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP])

Das ist das Erste.

Das Zweite ist: Wenn man von oben auf unseren Zwei-Städte-Staat schaut, dann kommt man relativ schnell zu der Erkenntnis, dass ein beträchtlicher Teil der Potenziale in Sachen Versickerungsfläche auf den Dächern liegt. Deswegen ist es auch alles andere als revolutionär, sondern schlichtweg vernünftig, das Potenzial auf den Dächern zu heben. Vor diesem Hintergrund schlagen wir vor – ich darf das jetzt netterweise abkürzen, weil die Kolleginnen und Kollegen es schon so umfänglich vorgetragen haben –, die Vorschrift des Begrünungsortsgesetzes auszuweiten. Wir möchten dabei insbesondere ein Konzept haben, wie Dachbegrünung mit Solaranlagen zusammen gedacht werden kann, wobei die Solaranlagen vorgehen, es geht uns darum, die Dachbegrünung auf Reihenhäuser und auf hallenartige Gebäude auszuweiten.

Dann kommen wir zu einer weiteren Auswirkung des Klimawandels, nämlich der Aufheizung der Stadt – auch die ist ein Problem –, die in den Sommermonaten die Sterbezahlen bei älteren Bürgerinnen und Bürgern steigen lässt. Auch das ist also nicht nur eine Frage von „oh, es ist heute mal ein bisschen heiß“, sondern eine Frage von Gesundheit und von Leben, und deshalb ist es richtig, die Stadt zu begrünen und dadurch verstärkt abzukühlen.

(Unruhe CDU)

Herr Kollege Eckhoff, ich bin mir sicher, dass Sie sich draußen beim Kaffee in aller Ruhe mit Ihren Kollegen unterhalten können und das gar nicht zwingend im Plenarsaal machen müssen,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

oder soll ich Ihnen einen Kaffee bringen?

(Unruhe CDU – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Eckhoff, Sie haben nicht einmal gemerkt, dass der Kollege Sie direkt angesprochen hat!

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Das stimmt!)

Herr Wagner, fahren Sie fort, bitte!

(Zuruf)

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Vielen Dank! Ich würde Ärger mit der Frau Präsidentin bekommen, aber ich löse es draußen im Foyer noch einmal ein!

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Da hätte ich nichts dagegen! – Zuruf)

Genau! Nicht im Plenarsaal! Vor dem Hintergrund ist auch die Überarbeitung von Fördermodalitäten angebracht und zuletzt das Verbot von bestehenden Schottergärten. Auch da geht es schlichtweg um Versickerungsfläche, und eine Regelung muss immer so sein, dass sie von allen in Anspruch genommen werden kann, und wenn wir alle unsere Vorgärten verschottern, dann haben wir ein Problem mit der Versickerungsfläche in dieser Stadt. Deswegen ist es völlig richtig, das aufzunehmen. Es ist vor dem Hintergrund von Starkregenereignissen – der Kollege Dr. Buhlert hat die liberalen Kriterien ja aufgezählt, erforderlich, geeignet, verhältnismäßig –, es ist vor dem Hintergrund der Auswirkungen des Klimawandels erforderlich, es ist geeignet, weil Vorgärten eine der wenigen Versickerungsflächen sind, die wir in den dicht bebauten Altbauquartieren haben, und die Anforderung, anstelle von Schotter ein Beet zu pflanzen, ist verhältnismäßig. Deswegen ist es aus unserer Sicht erforderlich, geeignet und verhältnismäßig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Eines muss man noch dazusagen, um das, was wir heute beschließen, nicht zu überschätzen und das, was wir dann in der Novelle des Begrünungsortsgesetzes beschließen werden, nicht überzubewerten und zu glauben, wir hätten jetzt alle Probleme gelöst: Die Vorschriften gelten, nicht alle, aber weitgehend, nur für Neubauten – also wenn wir zum Beispiel an die Frage der Dachbegrünung denken –, und sie gelten natürlich, das erschließt sich schon baulich, nur für Neubauten, die auch ein Flachdach haben.

Vor dem Hintergrund wird sich Bremen nicht von heute auf morgen schlagartig verändern. Das wird nicht passieren, und wir werden damit auch nicht für alles gewappnet sein, was uns der Klimawandel abverlangen wird, aber wir nutzen die Potenziale, die wir heben können, und deswegen ist dieser Beschluss hier nichts Revolutionäres, aber eine sinnvolle Maßnahme purer Vernunft. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Staatsrätin Gabriele Nießen.

Staatsrätin Gabriele Nießen: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich bin gebeten worden, mich kurzzufassen. Ich schaue jetzt einmal hier auf die Uhr. Wenn ich im Siemens-Hochhaus – das ist jetzt nicht eine Einladung an Sie alle, aber einige von Ihnen waren schon da – aus dem Fenster blicke, sind wir uns, glaube ich, alle einig, dass wir auch noch eine Aufgabenstellung im Bestand haben, sowohl hinsichtlich PV als auch Dachbegrünung.

Es ist vorhin schon angeklungen: Mit dem Begrünungsortsgesetz haben wir uns im Mai 2019 auf –

(Unruhe)

es ist wirklich sehr laut hier, wenn sich unterhalten wird! – den richtigen Weg gemacht und haben damit den Weg zur Erhöhung des Anteils an begrünter Dachflächen und begrünter Freiflächen beschritten, ganz im Sinne des Klimaschutzes. Für einen nachhaltigen – das ist schon erwähnt worden – und wirksamen Beitrag zur Minderung der Folgen des Klimawandels auf den Wasserhaushalt, die biologische Vielfalt und das Klima in der Stadt sind im Rahmen der Umsetzung der Klimaanpassungsstrategie jedoch weitere Anstrengungen erforderlich, und das bringt der Antrag zum Ausdruck. Deshalb muss das Begrünungsortsgesetz auch nach unserer Auffassung nachgeschärft werden.

Neben der mildernden Wirkung auf das Stadtklima ist es bei einer Ausdehnung der Gebäudebegrünung in Zeiten des Klimawandels vor allem wichtig, den Schutz vor Überhitzung von Gebäuden im Sommer, Regenwasserrückhalt – das ist vorhin auch schon angesprochen worden – und eine Reduzierung der Luftbelastung zu erreichen, und, Herr Dr. Buhlert, wir machen das in zwei Schritten. Ich finde, wir können auch beim Anwenden lernen und evaluieren –

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Wie wird das denn eigentlich überwacht?)

ich führe erst einmal zu Ende aus! –, und deswegen sehen wir uns durchaus in der Lage, im Begrü- nungsortsgesetz kurzfristig die Streichung der bis- herigen Ausnahme für den Anwendungsbereich von Reihenhäusern und für hallenartige Gebäude zu regeln und eine deutlichere Klarstellung zu den Schottergärten, zu den Gärten des Grauens, zu ver- anlassen. Ich war sehr begeistert, dass rechtlich herausgestellt wurde, dass diese Regelung nicht nur für neue Gärten, sondern auch für die beste- henden gilt,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

und selbstverständlich ist es jetzt auch notwendig, das anzuwenden und, Herr Schäck, das zu kontrol- lieren.

Dann soll aufgenommen werden eine Begrünungs- verpflichtung, sofern überbaubare Grundstücksflä- chen durch verfahrenspflichtige bauliche Anlagen überbaut werden sollen. Das heißt, auch diese sol- len begrünt werden, und wir wollen den Schwel- lenwert der Begrünung von Dachflächen von jetzt 100 Quadratmetern auf 50 Quadratmeter absen- ken.

Ein ganz wichtiges Thema, das uns immer beschäf- tigt, auch im neuen Bauleitplanverfahren, ist die Kombination von Dachbegrünung und erneuerba- ren Energien, also PV auf den Dächern. Diese kurz- fristigen Maßnahmen, wo wir in der Anwendung schon gelernt haben, dass sie anzupassen und zu verschärfen sind, werden wir jetzt in ein Anhö- rungsverfahren geben, das gestern eingeleitet wurde und eine Frist zur Stellungnahme bis zum 2. September dieses Jahres beinhaltet. Unser Ziel ist es, das Gesetzgebungsverfahren zu diesen ganz of- fensichtlichen Maßnahmen in dieser Legislaturpe- riode noch abzuschließen. Eine Minute und sieben Sekunden habe ich noch, ich spreche schneller!

Es gibt aber auch noch Prüfaufträge und Überle- gungen, das ist der zweite Teil, der dann noch zu beachten ist: Was ist mit der Pflicht zur Begrünung von fensterlosen Fassaden – es ist gerade schon an- gesprochen worden – und dem Verhältnis zum Brandschutz? Herr Saxe und Frau Neumeyer, vie- len Dank noch einmal für Ihre Ausführungen! Ich bin mir sicher, dass wir auch diese Prüfung der Ver- einbarkeit von Fassadenbegrünung und Brand- schutzbelangen schnell abschließen können.

Dann ging es um die öffentlichen Gebäude und die Beispielwirkung. Auch da im Beisein des Senators für Finanzen der Hinweis: Wir evaluieren gerade unsere öffentlichen Baustandards, und selbstver- ständlich werden diese Themen dabei auch beach- tet.

Sie haben angesprochen das Thema Dachbegrü- nung und PV: Dazu erwarten wir im Herbst dieses Jahres ein Gutachten, wie das weiter miteinander vereinbart werden kann, und zum Förderpro- gramm für die Dachbegrünung, das wir ja schon er- folgreich anwenden, braucht es dann auch ein För- derprogramm für die Fassadenbegrünung – hier ist es jetzt schon rot, das habe ich noch nie gesehen, danke schön! –, und ich teile Ihren Anstoß aus- drücklich: Das braucht man nicht neu zu erfinden, sondern da kann man einmal schauen, was die an- deren schon gut gemacht haben. Deswegen gehen wir das Begrünungsortsgesetz jetzt mit den Ände- rungen an, die im Antrag vorgeschlagen worden sind. – Vielen Dank! Minus 27 Sekunden!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmel- dungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD mit der Drucksach- en-Nummer [20/715 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen FDP, L.F.M., Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Schulassistentenz in der Inklusion weiterentwickeln und fest an den Schulen verankern: Individuelle Förderung sicherstellen und attraktive Arbeitsplätze schaffen!

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 29. Juni 2022 (Drucksache [20/727 S](#))

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Torsten Klieme.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Olaf Zimmer.

Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE): Verehrte Frau Präsidentin, werde Abgeordnete! Alle Schulen Bremens sollen sich zu inklusiven Schulen weiterentwickeln, das ist Auftrag aus dem Bremischen Schulgesetz. Alle Kinder sollen gemeinsam lernen. Es sollen keine Ausschlüsse, keine Exklusion mehr erfolgen aufgrund von Behinderung. Damit dieses ganz wesentliche Ziel erreicht werden kann, genügt es nicht, die Zusammensetzung der Schülerinnen an den Schulen zu verändern, nein, dazu muss sich auch die Personalstruktur an den Schulen immer weiterentwickeln.

Inzwischen sind an den Schulen sogenannte multi-professionelle Teams tätig und kümmern sich um die Kinder. Diese verschiedenen Professionen sind dabei zwar gemeinsam in den Klassenräumen und für die Kinder tätig, sie sind aber nicht gemeinsam an den Schulen angestellt. Die persönlichen Assistenzen, auch Schulbegleitung genannt, werden von verschiedenen Sozialleistungsträgern bereitgestellt. Bezahlt werden sie nicht aus dem Bildungs-, sondern aus dem Sozialhaushalt. Eingesetzt werden sie nicht nach dem Schulgesetz, sondern nach dem Sozialgesetzbuch.

Aus dieser Konstruktion ergeben sich in der Praxis immer wieder sehr konkrete Probleme. Als Sozialleistungen müssen die Assistenzen erst beantragt und bewilligt werden – beides zeitaufwendig und für viele Eltern auch undurchschaubare Prozesse. Die Assistenzen sind dann meistens nur für ein Kind zuständig und dürfen sich eigentlich um kein anderes Kind im Klassenraum kümmern. Wenn die Assistenzen von verschiedenen Trägern kommen, können sie sich bei Krankheit nicht einfach vertreten, und wenn wiederum das jeweilige Kind krank ist, dürfen sie nicht einfach ein anderes betreuen.

Neben diesen generellen Problemen kommt aktuell noch das Problem des Personalnotstands hinzu. Es fehlen bei allen Trägern qualifizierte Arbeitskräfte, die nach Antragsbewilligung schnell die Betreuung übernehmen können. In der Praxis kommt es leider immer vor, dass ein Kind nicht oder nur verkürzt zur Schule gehen kann, wenn keine Begleitung vorhanden ist. Kurz: Die aktuelle Praxis der Schulbegleitung kommt an ihre Grenzen, und wir brauchen neue Modelle, wie wir die individuell ergänzende Begleitung und Förderung an Schulen sicherstellen.

Unser Ziel ist, dass wir die Personalressourcen der persönlichen Assistenzen perspektivisch fest in die Schule integrieren. Wenn an den Schulen Kräfte für die Begleitung vorgehalten werden, entfällt das komplizierte Antragsverfahren, und es ist ab dem ersten Schultag sichergestellt, dass Personal zur Förderung vorhanden ist. Auch die Arbeitsverträge könnten attraktiv gestaltet werden, denn eine Beschäftigung kann langfristig mit fester Stundenzahl an einem festen Arbeitsort stattfinden und schwankt nicht mehr aufgrund der Stundenbewilligung für das jeweilige Kind. Das Modell schließt dabei allerdings nicht aus, dass nicht in Einzelfällen ein zusätzlicher individueller Förderbedarf existieren könnte, der noch den Einsatz einer persönlichen Assistenz nach dem Sozialgesetzbuch notwendig macht, zu denken ist beispielsweise an Kinder mit schwierigen Störungen im Autismusspektrum. Das Ziel ist aber, diese Form der Begleitung wieder zur Ausnahme zu machen, weil es dem System Schule mit einer festen zusätzlichen Personalressource gelingt, von sich aus alle Kinder ausreichend intensiv zu fördern und zu stützen.

Nun wissen wir auch, vom Wiegen allein wird die Sau nicht fett, und ein Pilotprojekt ist eben nur ein kleiner Anfang einer hoffentlich großen Lösung. Wir wollen aber diese skizzierte Umstellung trotzdem nicht auf einen Schlag vornehmen, denn die sozialrechtlichen und schulrechtlichen und haushalterischen Fragen sind in diesem Zusammenhang komplex. Im Falle einer positiven Evaluation plädieren wir ausdrücklich dafür, dann möglichst schnell auch an weiteren Schulen die persönlichen Assistenzen von einer individuellen Leistung zu einer Ressource im System Schule umzuwandeln. Ich würde mich freuen, wenn dieser neue Ansatz zur besseren Unterstützung der Kinder mit Förderbedarf hier im Haus eine breite Unterstützung findet. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Gönül Bredehorst.

Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Expertise Inklusion 2022, die uns in der Mai-Sitzung der Deputation für Kinder und Bildung vorgestellt wurde, hat es bestätigt: Sowohl die Schulen als auch die Schulasstizenzen wünschen sich ein anderes Setting als bisher. In ein und derselben Klasse sind Schulasstizenzen bei verschiedenen Trägern beschäftigt und nur individuell für das eine Kind da, für das sie durch den Träger eingestellt wurden. Darüber hinaus darf die Schulasstizenz sich gar nicht um ein anderes Kind kümmern. Wenn dieses eine Kind nun einmal krank ist, dann braucht die Assistenz nicht zu kommen beziehungsweise wird vom Träger an einer anderen Schule eingesetzt.

Damit Kinder, die von seelischer Behinderung bedroht sind, überhaupt eine persönliche Assistenz erhalten und um so ihr Recht auf Teilhabe an Bildung zu gewährleisten, müssen diese Kinder beziehungsweise ihre Eltern erst einmal ein kompliziertes und langwieriges Antragsverfahren durchlaufen. Von der Stigmatisierung dieser Kinder durch das Antragsverfahren will ich erst gar nicht reden. Meine Damen und Herren, ich denke, das ist für niemanden eine befriedigende Situation,

(Beifall SPD)

denn zur ganzen Wahrheit gehört auch, dass Schulasstizenzen nicht nur besonders benötigte Fachkräfte in den Schulklassen sind, sondern sie sollten auch Teil eines Teams in der Schule sein.

Die Fragmentierung durch die Anstellung bei verschiedenen Trägern und die Rechtslage, dass man eben nur für das eine Kind zuständig ist und kein anderes Kind betreuen darf, stellt eine große Unsicherheit innerhalb des Systems inklusiver Schule dar. Dies betrifft das Verhältnis zwischen fest angestellten Personen an Schulen und denen, die von Trägern außerhalb der Schule kommen und nur für ein Kind zuständig sind und dadurch nur Zeitverträge haben.

Die Unsicherheit für alle ist groß, ob die gleiche Person tatsächlich im nächsten Schuljahr wiederkommt oder nicht. Insbesondere die Kinder sind auf vertraute Menschen angewiesen, die nicht jährlich wechseln. Eine gute Kooperation ist nur möglich, wenn alle Beteiligten Sicherheit haben. Daher ist

der Schritt, eine Weiterentwicklung im System der inklusiven Schule zu betreiben, nur konsequent.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Schon heute haben sich einzelne Schulen auf den Weg gemacht, die Schulasstizenzen so weit wie möglich in ihr Kollegium zu integrieren und auch innerhalb der Schule so einzusetzen, dass es ein Poolmodell ergibt, also dass Assistenzen an einer Schule für mehrere Schülerinnen und Schüler zuständig sind. Aber auch hier verbleiben die Assistenzen beim Träger, und weiterhin erfolgt die Leistungserbringung verzögert erst auf Basis erfolgter Antragstellungen. Deshalb halten wir eine systematische Lösung für sinnvoll, nicht zuletzt, weil wir glauben, dass wir dadurch ein Kollegium bei seiner Kooperationsarbeit stärken, die Assistenzen ein fester Teil des multiprofessionellen Teams der Schule werden und so verlässlich vom ersten Schultag an zur Verfügung stehen. So wird die Identifikation mit der Schule größer, und es entstehen Synergieeffekte, da Bürokratie abgebaut werden kann.

Die individuelle Antragsstellung würde entfallen, weil die personellen Ressourcen bereits präventiv, also einzelfallunabhängig, inklusiv sowohl individuell als auch auf die Lerngruppe ausgerichtet, in den Schulen vorhanden sind. Die systematische Lösung bietet viele Vorteile, andere Kommunen wie Oldenburg machen uns vor, dass es funktioniert.

Die SPD-Fraktion ist überzeugt davon, dass diese Lösung der richtige Weg ist,

(Beifall SPD, DIE LINKE)

mehr Verbindlichkeit für die Schulasstizenzen zu schaffen und eine bessere Versorgung der betroffenen Kinder zu erreichen. Wir möchten daher, dass neue Modelle, weg von dem einzelfall- und antragsbasierten Verfahren, hin zu einer systematischen Lösung, erprobt und evaluiert werden. Dabei soll aufgezeigt werden, wie diese Modelle im Falle einer positiven Auswertung in die Fläche gebracht werden können. Unterstützen Sie unseren Antrag, er ist die Weiterentwicklung der Schulasstizenz zu einer Schulasstizenz im Team Schule! – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Yvonne Averser.

Abgeordnete Yvonne Averwieser (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren hier den Dringlichkeitsantrag der Koalition, der im Kern Schulassistenzen in der Inklusion weiterentwickeln und fest an den Schulen verankern möchte – übrigens, das hatte ich vorhin auch irgendwie im Ohr –, um die individuelle Förderung sicherzustellen und attraktive Arbeitsplätze zu schaffen. Diese Überschrift klingt gut und beschreibt das, was wir benötigen, um Inklusion allumfassend realisieren zu können. Wenn man aber weiterliest, ist es ein Eingeständnis, dass insbesondere das bisherige Vorgehen der Versorgung der Kinder mit individuellen Förderbedarfen bei Weitem nicht gerecht wird.

Insbesondere die Beschreibung der aktuellen Situation bei der Beantragung von Schulassistenzen im zweiten Absatz lässt erahnen, dass die Verfahren schon lange alles andere als einfach und schnell und viel zu wenig am Kind orientiert sind. Deshalb hat man im Jahr 2014 schon einmal versucht, die Zuständigkeiten der Bewilligungsstellen, die man zum einen bei der Senatorin für Bildung für die Anträge im Bereich körperlicher und geistiger Behinderung angelegt hat, zum anderen bei der Senatorin für Soziales, die die Verantwortung für die Anträge gemäß § 35a SGB VIII, sozial-emotionale Beeinträchtigung, trägt, im Bildungsressort zu bündeln. Diese Zusammenführung, die Sie jetzt wieder anstreben, ist damals krachend gescheitert, da man sich nicht übergreifend über den Übergang von Haushaltsmitteln einigen konnte, die neben dem zusätzlichen Personal unstrittig notwendig sind, wenn man arbeitsfähig sein möchte.

Seit 2019 sind nun wieder beide Ressorts zuständig. Die Bearbeitungszeit der Anträge bei der Senatorin für Bildung liegt derzeit laut Drucksache [20/688](#) bei vier bis sechs Wochen, je nachdem, wann der Antrag gestellt wurde. Für das für die Bearbeitung von Anträgen zuständige Sozialressort gemäß § 35 SGB VIII konnten dabei keine Angaben gemacht werden. Da wir aber immer wieder regelmäßig nachfragen, gibt es eine Kleine Anfrage, die ergab, dass die Bearbeitungszeit im Sozialressort bis zu sechs Monate – 24 Wochen, meine Damen und Herren! – beträgt, und diese wird nur für ein Schuljahr gewährt, und ein Schuljahr hat 38 Wochen. Sie sehen also, dass die Betreuung in Schulen durch Assistenzen, gerade im Bereich § 35a SGB VIII, extrem dünn und sehr schlecht ausgestattet ist.

Ja, es läuft nicht reibungslos mit den externen Kräften von unterschiedlichen Trägern in einem Klas-

senraum, und es ist insbesondere für Schulleitungen eine hohe Herausforderung, den Anforderungen der unterschiedlichen Träger, die die Assistenzen stellen, gerecht zu werden. Die Analyse stimmt, doch ich kann nicht erkennen, wie Sie dies insbesondere für das laufende Schuljahr ändern, bestenfalls verbessern wollen, zumal Sie die Träger, die dies bis zum nächsten Schuljahr, also in sieben Wochen, umgesetzt haben sollen, nach allem, was man hört, am Ende bei der Planung außen vor gelassen haben, und das mit Mitarbeitern, meistens Frauen, die bis heute nichts davon wissen, wo sie im nächsten Schuljahr arbeiten sollen, die einen anspruchsvollen Job mit hohen Herausforderungen in den Schulen erfüllen, die jetzt mit ihren Familien in den wohlverdienten Urlaub gehen und danach erneut voller Engagement die unvollendeten Inklusionspläne der Koalition umsetzen. Respektvoller und wertschätzender Umgang, meine Damen und Herren, sieht da anders aus!

(Beifall CDU)

Sie sprechen zu Recht irgendwo in Absatz zwei auch von einem Fachkräftemangel. Welchen meinen Sie denn genau? Meiner Meinung nach reicht es nicht aus, damit allein Assistenzenkräfte zu meinen. Es fehlen uns auch Casemanager, ohne die eine weiterführende Maßnahme gar nicht möglich ist.

(Beifall CDU)

Oder soll deren Profession auch wegfallen, und zwar, indem Sie die Entwicklung einer systemischen Lösung befürworten, bei der Kindern aufgrund von pädagogischer Diagnostik vor Ort eine entsprechende Assistenzenkraft zugeordnet werden soll? Frage: Wer soll denn diese pädagogische Diagnostik vornehmen, und was muss dort geleistet werden? Sind Sie sich darüber überhaupt klar?

Ich möchte hier einmal eine kleine Aufzählung zu den häufigsten und auch anspruchsvollsten Diagnosen von Kindern und Jugendlichen machen, die derzeit in unseren Schulen durch Assistenzen geleistet werden: Asperger Autismus, frühkindlicher Autismus, FASD, Traumatisierung, ADS, ADHS, hyperkinetische Störung des Sozialverhaltens, aber auch Angststörungen, und das vor allen Dingen an weiterführenden Schulen.

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Wir reden über § 35a!)

Und nun noch einmal die Frage an Sie: Wer soll das in welcher Zeit mit welcher Qualifikation in Schulen jetzt umsetzen? Wir erkennen auch, dass sich die Situation im Bereich von Assistenzen in Schulen verändern muss. Unsere Fragen und Bedenken habe ich geäußert. Wir kritisieren die kurzfristige Umsetzung, die allein bei den Trägern liegt. Hier würden wir uns mehr Zeit wünschen, um unter anderem unsere berechtigten Anmerkungen aufzunehmen sowie im Konzept eine Leistungsbeschreibung und vor allem eine Finanzierung zu hinterlegen.

Wir werden uns bei dem Antrag deswegen enthalten. Wir haben das Vorhaben konstruktiv und kritisch zu begleiten. Wir wollen verhindern, dass am Ende Quantität vor Qualität und die Inklusion der Fachlichkeit vor Profession steht. – Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Frau Averwenser, wir reden über § 35a und nicht über alle anderen! – Abgeordnete Yvonne Averwenser [CDU]: Das gehört doch zusammen!)

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Koalition greift ein wichtiges Thema auf, ein Thema, das schon lange aufgegriffen gehört und auch immer wieder diskutiert wird und wo wir uns der Lösung annähern können, die Sie vorschlagen; nicht ohne Kritik, aber wir teilen sie, weil es eben wichtig ist, anzuerkennen, dass Schullassistenzen auf breiter Front fehlen; und jedes Kind, das nicht oder nur teilweise zur Schule gehen kann oder auch nur die Stunden, in denen es eine Assistenz hat, die nur teilweise genehmigt wird, verpasst etwas in der Schule. Es gibt Gründe, warum Kinder nicht länger dahin gehen können, dann ist es im Kind begründet, dann ist das okay, aber andersherum, dass es an der mangelnden Assistenz liegt, das ist nicht hinnehmbar und nicht akzeptabel, und deswegen müssen Lösungen gesucht werden.

Es ist auch klar, dass es nicht hinnehmbar ist, wenn die Bewilligung fast ein halbes Jahr dauert. Auch das ist nicht akzeptabel, und dass sie nur für ein Jahr gewährt wird, ist auch nicht hinnehmbar, denn es wird in aller Regel eine Assistenz aufgrund einer Behinderung gewährt. Da mag man vielleicht

noch über den Umfang diskutieren, der in jedem Schuljahr notwendig ist, aber doch nicht über das „Ob“!

Meistens gab es schon die Assistenz im Kitabereich, der übrigens auch bei der Senatorin für Kinder und Bildung ressortiert, und insofern muss man da überlegen, ob es da nicht Bewilligungen, Zeiten und, wenn es denn eine Einzelbetreuung geben muss, weil sie im Kind begründet ist – anders als bei der hier vorgeschlagenen Poollösung, aber die schließen Sie ja nicht aus –, auch mitgehende Assistenzen gibt, die die Bildungsbiografie begleiten, denn Lernarbeit ist Beziehungsarbeit, und insofern ist auch das wichtig.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Aber manchmal wollen die in der Kita bleiben!)

Es geht aber um das Können, Frau Krümpfer, und es geht um ein System, das das ermöglicht, und die Ermöglichung ist im Moment so nicht da, und das müssen wir wissen, denn da muss nämlich der Mensch, der da als Assistenz arbeitet, im Zweifel den Arbeitgeber wechseln und alles Mögliche, und er verliert auch noch seine Unterstützung. Das ist nicht so trivial, wie Sie das darstellen!

(Beifall FDP)

Aber ehrlich gesagt, der Vorschlag, der jetzt gemacht wird, wundert mich dann, denn diese Diskussion über Pooling führe ich schon viel länger, und ehrlich gesagt haben sich auch Träger schon vor einem Jahr angeboten, sie zu führen, und jetzt kommt sie sehr schnell aus der Kiste.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach Gott! Sie haben aber keinen Antrag eingereicht!)

Die Beteiligung der Träger ist nicht wirklich erfolgt, und in den Sommerferien kann sie nicht gelingen. Insofern sagen die Träger dann auch, vielleicht ist es klug, das später anzufangen, und ich bitte, das ernsthaft zu prüfen, damit die Träger auch einbezogen sind, denn es ist ja nicht hilfreich, wenn eine kurzfristige Lösung gesucht wird und dann eben diejenigen, die es machen sollen, nicht einbezogen werden. Ihre Lösung, das in die Bildungsbehörde zu integrieren, ist ja eine Perspektivlösung und nicht eine Lösung, die morgen getroffen werden kann, sondern die erst unterwegs sein kann, genauso wie das Pooling ja nicht flächendeckend aufgebaut wird, sondern erst einmal modellhaft, um zu lernen, damit es dann bei Erfolg

– wovon ich ausgehe, denn da arbeiten ja qualifizierte Menschen zusammen – auch umgesetzt werden kann.

Sicher ist es dann auch sinnvoll, die Kräfte an die Schule zu binden, und deshalb stimmen wir ja auch der Poollösung zu, denn eines ist doch klar: Es kommt nicht auf die Anzahl von Erwachsenen an, die im Unterricht sind, um das Gelingen der Inklusion zu erreichen, sondern es kommt darauf an, dass die richtige Anzahl an Menschen mit der richtigen Qualifikation da ist, die sich dann um alle Kinder in dem Raum kümmern können. Das ist, glaube ich, das Wichtige. Es sind nämlich nur die wenigsten, die wirklich eine individuelle Assistenz brauchen, obwohl sie alle natürlich Beziehungsarbeit brauchen, damit sie gelingendes Lernen erleben können. Insofern ist das eine Aufgabe, die wirklich bleibt.

Ich habe drei Gedanken schon quasi anklingen lassen: Einzelbegleitung, wo sie wirklich notwendig ist, muss bleiben, auch im Poolingkonzept. Wir müssen schauen, dass die Vielzahl der Poolingkräfte dann nicht für andere als Assistenzaufgaben missbraucht wird, wir haben nämlich den Unterrichtsausfall schon an der einen oder anderen Stelle diskutiert. Das ist eine Gefahr, das will keiner, aber wir müssen dafür sorgen, dass sie dann, selbst, wenn sie dann irgendwann in der Schule angestellt sind, dafür nicht, ich sage einmal, missbraucht werden, und wir müssen schauen, dass ReBUZ und die Schulaufsicht dann zusammenspielen, um diese Systeme wirklich hinzubekommen, sodass es dann wirklich diese Lösung gibt.

Darüber hinaus aber, wenn es jetzt über den Assistenzbereich geht, wenn man Schule dann systemisch angeht, müssen wir noch einmal weiter sehen, welche polyfunktionalen Teams wirklich in der Schule gebraucht werden und wie es gelingen kann, das insgesamt hinzubekommen.

(Glocke)

Es geht da nämlich nicht nur um die Frage der Assistenz, sondern es geht auch um die Frage, welche Schulsozialarbeiter da sind, wie viele Krankenschwestern oder Krankenpfleger in der Schule sind und wie die anderen Dinge auch noch gelöst werden, die zusätzlich zu der Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer gelöst werden oder angeboten werden müssen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Christopher Hupe.

(Zurufe CDU, Bündnis 90/Die Grünen)

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Das waren jetzt Erwartungen aus ganz vielen Richtungen, ich will einmal sehen, ob ich sie erfüllen kann!

(Heiterkeit CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte einmal damit beginnen, am Anfang diejenigen zu würdigen, die hier eine ganz wichtige Rolle spielen und die jetzt in allen Reden vorgekommen sind, denn um die geht es in diesem Antrag – um die Assistenzen –, denn ohne diejenigen, die diese wichtige Aufgabe in den Schulen übernehmen und die Schülerinnen und Schüler stützen, die das brauchen, um am Unterricht teilnehmen zu können, und damit Teilhabe zu ermöglichen, wäre die Inklusion so, wie wir sie uns vorstellen, überhaupt nicht möglich.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Die Assistenzen nehmen eine ganz entscheidende Rolle ein, um die Schülerinnen und Schüler zu stabilisieren und zu unterstützen und ihnen damit trotz ihrer körperlichen kognitiven oder seelischen Behinderung den Unterricht möglich zu machen. Dafür gebührt ihnen ganz großer Respekt und Anerkennung.

Ich nutze jetzt einmal die Chance, als Letzter zu reden, um nicht noch einmal diesen Antrag vorzustellen – das haben meine Kollegen aus der Koalition bereits gemacht –, sondern noch einmal auf einige Punkte einzugehen! Zum einen hat Herr Dr. Buhling gerade immer den Begriff –.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhler [FDP]: Buhler!)

Buhler, sorry!

(Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhler [FDP])

Ich wollte über Pooling reden!

(Heiterkeit – Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhler [FDP] – Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Kein Fachdialog jetzt!)

Herr Dr. Buhlert hat über Pooling gesprochen, und ich möchte noch einmal den Unterschied zwischen der systemischen Lösung, so, wie wir sie jetzt in diesem Antrag einführen, und dem Pooling darstellen. Pooling gibt es auch bereits an einigen Schulen in Bremen. Da werden die individuellen Assistenzen gepoolt, zusammengeführt, um eben – auch das wurde schon angesprochen – Vertretungen möglich zu machen, um es möglich zu machen, dass von Kindern, die vielleicht einzelne Stunden einen Anspruch auf Assistenz haben, die Stunden in zusammenzuführen, um dann eine Vollzeitstelle zu ermöglichen. Da sprechen wir von Pooling.

Was wir jetzt hier mit diesem Antrag einführen wollen, ist eine systemische Assistenz an Schulen. Das bedeutet, dass die Assistenzen direkt an der Schule verortet sind. Sie sind von Anfang an da, sie sind quasi im System mitgedacht, und die Kinder, die mit ihren Bedürfnissen kommen, haben direkt eine Person, die dafür dann da ist.

(Zuruf)

Ich möchte das noch einmal machen, weil ich glaube, das mache ich zumindest häufig in Debatten, wo es um Inklusion geht, aber ich finde es auch einmal wichtig, denn wir sind da ja auf einem Weg.

Bremen ist sehr weit, was die quantitative Umsetzung im Vergleich der Bundesländer angeht, aber wir haben ja auch ein Qualitätsziel vor Augen, und unser ideales inklusives Schulsystem sieht nicht so aus, dass wir Statuierungen brauchen, dass wir jeden Förderbedarf diagnostizieren müssen, um dann die Mittel/die Ressourcen bereitzustellen, aber wir sind im Moment in der Situation – und auch das ist ja in jeder Bildungsdebatte und nicht nur dort Thema –: Es fehlen Fachkräfte, vor allem Fachkräfte, auch finanzielle Ressourcen, aber hauptsächlich ist es im Moment das Problem der Fachkräfte. Deswegen müssen wir steuern, und deswegen gibt es diese Statuierung.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Aber Sie werden eine Diagnostik brauchen!)

Genau, richtig! Die braucht es, aber im Moment ist ja die Situation so, dass insbesondere an den Grundschulen die Zahl der Diagnostiken für die Assistenzen rapide nach oben schnell. Gleichzeitig haben wir jetzt weit über 100 Kinder, die keine Assistenz haben. Ich war heute Morgen noch bei einer Hospitation bei einer Oberschule in der fünften Klasse in Hemelingen. Dort gibt es zwei Kinder, die einen Anspruch auf eine Assistenz haben, beide

haben keine, weil es sie eben nicht am Markt gibt, und jetzt ist das Ende des Schuljahres, und das ist dramatisch.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Ich kenne auch Eltern, die beantragen von der fünften bis zur neunten Klasse und bekommen keine! – Zurufe)

Ja, genau! Aber genau darum geht es ja. Wir wollen mit der systemischen Lösung jetzt den Einstieg dorthinein schaffen, das ist jetzt mit dem Pilotversuch wirklich ein Einstieg, drei Schulen in einem Quartier werden damit starten, und dann geht es darum, dass das schnellstmöglich ausgeweitet wird.

Wir brauchen damit einhergehend eine Evaluation, die das begleitet, um das sinnvoll anzupassen. Wir müssen die Erfahrungen, die Schulen mit Pooling machen, wie die das jetzt machen – jetzt rede ich wieder von Pooling –, miteinbeziehen, um dann eine Situation zu schaffen, dass die vielen Kinder, die jetzt leer ausgehen, die jetzt trotz Anspruch keine Assistenz haben, zukünftig hier ein Angebot bekommen. Das ist ein dickes Brett. Das lösen wir nicht mit diesem Antrag zum nächsten Schuljahr, das ist völlig klar, aber wir starten den Einstieg, und wir kommen dahin, dass wir in Zukunft für viele Kinder eine bessere Situation ermöglichen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Warum das alles gut ist, haben meine Kolleginnen und Kollegen gesagt, das führe ich jetzt nicht mehr auf, aber ich möchte noch einmal zwei Punkte sagen, die ich wirklich wichtig finde. Ich fasse mich auch kurz. Der eine ist der: Das ist kein Konstrukt, um Kosten zu sparen. Im besten Fall steigen sie nicht mehr ganz so schnell an, aber es geht nicht darum, dadurch Kosten einzusparen. Das ist, wenn wir über Inklusion sprechen, ganz wichtig, glaube ich.

(Glocke)

Das andere ist – auch das wurde schon angesprochen –, dass die Träger mitgenommen werden müssen, und auch da hätte ich erwartet, von dem, was wir in den letzten Tagen gehört haben, dass wir schon weiter sind. Da muss unbedingt nachgearbeitet werden. Die Träger und Assistenzen müssen mitgenommen werden, damit zum nächsten Schuljahr dieser Einstieg gestartet werden kann. Das muss jetzt im Fokus stehen. Ansonsten glaube

ich, dass wir mit diesem Antrag, für den ich um Zustimmung bitte, auf einem guten Weg sind, um einen Einstieg zu schaffen

(Glocke)

und dann die Situation für viele zu verbessern.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Torsten Klieme.

Staatsrat Torsten Klieme: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Schulische Inklusion und Teilhabe von Schülerinnen und Schülern mit sozial emotionalen Problemlagen oder einer drohenden seelischen Behinderung erweisen sich als besondere Herausforderungen für Schule und Jugendhilfe. Ich habe den Satz einmal an den Anfang gestellt, denn das verbirgt sich hinter dieser abstrakten Formulierung in § 35a SGB VIII. Das sind Kinder und Jugendliche mit sozial emotionalen Problemlagen und Kinder und Jugendliche, die von seelischer Behinderung betroffen oder bedroht sind.

Der zweite Punkt, den man am Anfang sagen muss, ist, dass diese Problemlage oder diese Herausforderung ein bundesweites Phänomen ist, und insofern bin ich total froh, dass Bremen sich dieser Herausforderung stellt und sagt, wir müssen umsteuern, weil die bisherige Steuerungsphilosophie sowohl aus der pädagogischen Perspektive als auch aus der Verwaltungsperspektive wie aber auch aus der finanzpolitischen Perspektive zu keinem guten Ergebnis geführt hat. Das ist nicht nur persönliche Empirie, die Zahlen zeigen das deutlich.

Die Anzahl der Einzelanträge auf Leistungen bewegt sich seit Jahren auf einem exorbitant hohen Niveau mit einer sehr starken Steigerungsrate. Zwei Zahlen dazu: Im Jahr 2016 hat die Stadtgemeinde Bremen für diesen Bereich eine Million Euro ausgegeben. Eine Million Euro! Fünf Jahre später, im Jahr 2021, waren es 17 Millionen Euro, und da reden wir nicht von Anträgen, die aufgrund fehlender Assistenzkräfte nicht positiv beschieden werden konnten und damit die Unterstützungsleistung gar nicht zum Zuge und damit auch nicht zur Auszahlung gekommen ist. Insofern ist es eine riesige Herausforderung für die Träger, es ist eine riesige Herausforderung für die zuständigen Behörden, vor allem aber für die Schulen, für die Eltern und für die betroffenen Schülerinnen und Schüler.

Wir haben seit längerem den Wunsch, hier eine einheitliche und tragfähige zukunftsfähige Lösung zu finden, die in den letzten Monaten auf der Arbeitsebene erheblich Fahrt aufgenommen hat. Auf Grundlage des Beschlusses des Senats vom 18. Dezember 2018 haben sich die Ressorts Soziales, Jugend, Integration und Sport sowie die Senatorin für Kinder und Bildung in einer Arbeitsgruppe zusammengetan, um ein gemeinsames Steuerungskonzept zu erarbeiten.

Was wir jetzt machen wollen – und da antworte ich ganz klar in Richtung von Frau Averwieser –, ist nicht der Systemwechsel zum kommenden Schuljahr, sondern was wir tun wollen, ist, und da ich bei dem, was Herr Hupe gesagt hat: Wir wollen einen Pilotversuch starten mit drei Schulen in einem Stadtteil, die vergleichbare, aber in den Rahmenbedingungen doch auch unterschiedliche Bedingungen aufweisen, um Erfahrungen zu sammeln, um einen Einstieg in die Lösung zu gewinnen und Aufschlüsse darüber zu bekommen, welche Faktoren für eine gelingende Umsetzung auf Systemebene eine entscheidende Rolle spielen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Staatsrat, entschuldigen Sie! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Buhlert?

Staatsrat Torsten Klieme: Auf jeden Fall!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Bitte, Herr Dr. Buhlert!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Nur eine kurze Frage: In welchen Stadtteilen wollen Sie das machen, haben Sie das schon ausgewählt, und haben Sie schon die Träger ausgewählt, mit denen Sie da zusammenarbeiten wollen?

Staatsrat Torsten Klieme: Die Antwort lautet: ja! Wir wollen das in Gröpelingen an drei Schulen machen. Wir haben sowohl mit den Schulen gesprochen, und wir haben auch mit den Trägern schon in zwei Runden erste Gespräche geführt.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Danke!)

Eine begleitende Evaluation – und auch das ist schon gesagt worden – ist von Beginn an vorzusehen. Die rechtliche Gestaltung, die ein Nebeneinander von Individualrecht und Pooling der Assistenzkräfte beziehungsweise den systemischen Ansatz ermöglicht, wird währenddessen geprüft. Ziel

ist es, allen Kindern und allen Schülerinnen und Schülern mit anerkannten Bedarfen das Recht auf Teilhabe und die ihnen zustehende Unterstützung rechtzeitig zukommen zu lassen. Gleichzeitig wollen wir versuchen, das rasante Anwachsen der Kosten zu begrenzen. So soll durch eine systemische multiprofessionelle Personalausstattung der Schulen ein präventiver Ansatz ohne Stigmatisierung priorisiert und, soweit möglich, ohne umfangreiche individuelle Antragstellungen umgesetzt werden.

Die Idee – wenn man sie vielleicht mit etwas einfacheren Worten formulieren will – ist, dass wir aus dem Prinzip, dass wir dem Förderbedarf hinterherlaufen über ein Antragsverfahren, das lange dauert und manchmal auch nicht zum Erfolg führt, das System umdrehen wollen und sagen, im Grunde wollen wir jede Grundschule zunächst mit einem Team von nicht unterrichtendem pädagogischen Personal ausstatten, das in der Lage ist, unter anderem auch diese Assistenzaufgaben zu übernehmen, also die Förderung und die Begleitung für die Schüler soll schon da sein, wenn sie in die Schule kommen, und nicht erst nach der Diagnostik nachgeführt werden. Das ist ein anspruchsvolles System, das ist ein völlig anderer Ansatz, aber wir glauben, dass mit diesem System den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler deutlich besser Rechnung getragen werden kann.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Dieser Ansatz soll zudem Lösungen für die vielfältigen aktuellen Probleme bei Verfahrensdauer, Stellenbesetzungen sowie der eingeschränkten Flexibilität bieten. Wir wollen eben nicht noch einmal den Fehler machen wie 2014 und auf der Ebene stehen bleiben, ob nun die Zuständigkeit beim Sozialressort oder beim Bildungsressort liegt. Wir wollen nicht eine Zuständigkeitsfrage klären, sondern wir wollen tatsächlich einen anderen systematischen Ansatz fahren, und die Frage, wer dann am Ende die verwaltungsmäßige Abwicklung übernimmt, ist eher eine nachgeordnete und zweitrangige Frage.

Den betroffenen Kindern und ihren Eltern soll die Assistenzleistung ohne aufwendiges Antragsverfahren vom ersten Schultag angeboten werden. Der Schule und dem Leistungserbringer soll eine größtmögliche Kontinuität bei der Planung und Durchführung der Assistenz gewährleistet werden. Für alle Beteiligten soll das Verfahren zu einer Verwaltungsvereinfachung unter Wahrung der Qualität und Wirtschaftlichkeit der erbrachten Leistung führen.

Mit der Umsetzung der hier beschriebenen Lösungen würde die Stadtgemeinde Bremen einen weiteren bedeutungsvollen Schritt auf dem Weg zur inklusiven Schule machen. Was ich überhaupt nicht verkennen will, ist die Komplexität und Schwierigkeit der Anforderungen. Das ist nicht trivial, was wir uns jetzt vorgenommen haben, und zwar aus ganz vielen unterschiedlichen Perspektiven nicht trivial, und es ist Neuland, weil wir nicht auf Vorerfahrungen anderer Bundesländer oder anderer Kommunen zurückgreifen können. Eine systematische Umsetzung dieser systemischen Lösung wird an vielen Stellen diskutiert. Umgesetzt hat sie bis jetzt noch niemand, sodass wir uns mit diesem Pilotversuch mindestens in die Bundesländer und Kommunen einreihen, die da sozusagen vorwegmarschieren.

(Beifall FDP)

Insofern sollten wir uns die Zeit nehmen, gute Erfahrungen zu sammeln, auf der anderen Seite aber auch energisch und schnell die erforderlichen Schritte machen.

Eine letzte Bemerkung noch zur Einbeziehung der Träger! Wir haben jetzt zwei erste Gespräche mit den Trägern geführt, weil wir sie natürlich auf diesem Weg mitnehmen wollen. Wir wollen das nicht gegen die Träger, sondern mit den Trägern machen, und ich glaube, wenn man sich das Gesamtsetting ansieht und weiß, dass sich für 99 Prozent der Assistenzkräfte, die jetzt aktiv sind, zum nächsten Schuljahr nichts ändert, dann erkennt man auch ein Stückchen die Dimension.

Wir haben uns mit Absicht auch Schulen ausgesucht, wo bereits Assistenzkräfte vorhanden sind, und mit denen müssen wir jetzt natürlich intensiv über die Frage sprechen, wie sie in die neue Rolle, auch in die neue Anforderung hineinkommen können, aber auch für die Assistenzkräfte könnte am Ende ein ganz großer Vorteil im Beschäftigungsverhältnis liegen. Sie haben es völlig zu Recht gesagt: Die allermeisten Bewilligungen auf Assistenzkräfte werden im Moment für ein Jahr getätigt. Als Teil eines multiprofessionellen Teams in der Schule wird es am Ende auch für diese Kräfte unbefristete Arbeitsverträge in einer Schule, in einem Team geben, sodass wir denken, dass damit auch für viele Assistenzkräfte durchaus attraktive und bessere Arbeitsbedingungen als bisher entstehen könnten. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer [20/727 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

(CDU)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Bebauungsplan 1278 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum, südlich der Hindenburgstraße, westlich der öffentlichen Parkanlage Ihletal, nördlich der Bahnlinie Bremen-Burg/Bremen-Vegesack
Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2022
(Drucksache [20/720 S](#))

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 1278 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Werkstatt Bremen der Stadtgemeinde Bremen
Mitteilung des Senats vom 28. Juni 2022
(Drucksache [20/725 S](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 5. Juli 2022
(Drucksache [20/729 S](#))

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß § 62 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer [20/729 S](#) zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Änderungsantrag zu.

Nun lasse ich über das Ortsgesetz abstimmen.

Wer das Ortsgesetz unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 29 vom 1. Juli 2022 (Drucksache [20/728 S](#))

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt.

Zuerst lasse ich über die Petitionen S 20/152 und S 20/262 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, L.F.M., Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Jetzt lasse ich über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Tagesordnung angekommen.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 19:15 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 5. Juli 2022

Anfrage 10: Kitazuweisungen/Plätze von Flüchtlingskindern für das Kitajahr 2022/2023 Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (BIW) vom 15. Juni 2022

Ich frage den Senat:

1. Wie viele minderjährige Flüchtlingskinder werden für das Kitajahr 2022/2023 in Bremer Kindertagesstätten, prozentual nach deren Stadtteilen und Herkunft, aufgenommen?
2. Wie viele dieser Kinder werden wohnungsnah einen Kitaplatz erhalten, dieses bitte prozentual sowie nach den Stadtteilen, in denen diese Kinder einen Platz erhalten, aufschlüsseln?
3. Wie viele dieser Kinder brauchen eine Sprachförderung, wie wird diese durchgeführt, und falls nicht, warum nicht?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1 und 2: Im Rahmen des Verfahrens zur Anmeldung für einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung erhebt die Stadtgemeinde Bremen nur die für die Aufnahmeentscheidung relevanten Daten. Der Aufenthaltstitel eines Kindes zählt nicht zu den relevanten Daten und wird folglich auch nicht erhoben. Aus diesem Grund können die Fragen 1 und 2 nicht beantwortet werden.

Zu Frage 3: Alle fünfjährigen Kinder nehmen am Verfahren zur Sprachstandsfeststellung teil, sofern sie in Bremen einen gemeldeten Wohnsitz haben. Dabei ist aus den Begleitdokumenten nicht zu entnehmen, ob es sich dabei um ein Kind mit Geflüchtetenstatus handelt. Daher kann eine Aussage zum Sprachförderbedarf bei geflüchteten Kindern nicht getroffen werden.

Die Sprachförderung findet in den Kitas für alle Kinder unabhängig von ihrem Status alltagsintegriert und für Kinder mit festgestelltem Sprachförderbedarf im letzten Jahr vor der Einschulung alltagsintegriert und additiv statt. Außerhalb der Kita werden in den Quartieren niederschwellige Angebote zur Entwicklungsförderung mit alltagsintegrierter Sprachförderung und im Jahr

vor der Einschulung für Kinder mit festgestelltem Sprachförderbedarf mit alltagsintegrierter und additiver Sprachförderung aufgebaut.

Anfrage 11: Führerscheinstelle mal wieder heillos überlastet? Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 15. Juni 2022

Wir fragen den Senat:

1. Wie lange dauert es derzeit durchschnittlich, bis man einen Termin in der Führerscheinstelle Bremen bekommt?
2. Wie gestaltet sich derzeit die Terminvereinbarung online oder telefonisch, und welche Probleme gibt es?
3. Inwiefern kommt es aktuell zu Verzögerungen bei der Terminvergabe beziehungsweise bei welchen konkreten Dienstleistungen in der Führerscheinstelle, und wie will der Senat hier Abhilfe schaffen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Die Wartezeit für Termine in der Führerscheinstelle hängt vom jeweiligen Anliegen ab. Termine für den Pflichtumtausch, die Beantragung eines Internationalen Führerscheines, eines Ersatzführerscheines oder einer Namensänderung sind derzeit innerhalb von zwei bis drei Werktagen verfügbar. Für die Abholung von Führerscheindokumenten werden in der Regel innerhalb einer Woche Termine vergeben. Für alle weiteren Anliegen sind derzeit Termine ab der 37. Kalenderwoche, das heißt, Mitte September 2022 verfügbar.

Zu Frage 2 und 3: Die Terminvereinbarung kann sowohl online als auch telefonisch über das Serviceportal beziehungsweise das Bürgertelefon 115 erfolgen. Außerdem werden Abholungs- und Notfalltermine direkt durch die Führerscheinstelle vergeben.

Hintergrund für die derzeit langen Terminvorlaufzeiten ist zum einen, dass infolge einer Rechtsänderung seit dem 1. Juni 2022 auch die prüfungsfreie Umschreibung von Fahrerlaubnissen aus Albanien, dem Kosovo und Moldau möglich ist. Dies führt zusätzlich zu einem deutlich

erhöhten Aufkommen an Terminanfragen für Umschreibungsanträge. Zum anderen leidet die Führerscheinstelle derzeit unter ungewöhnlich hohen Personalausfällen durch Krankheitsfälle und erschwerte Nachbesetzungen.

Folgende Anliegen sind in besonderer Weise vom verlängerten Terminvorlauf betroffen:

- die Umschreibung von ausländischen Fahrerlaubnissen
- Änderungen und Eintragungen von Auflagen, Beschränkungen und Schlüsselzahlen
- Verlängerungen von Fahrerlaubnissen der Klassen C, CE, D, DE sowie Beantragung von Fahrerkarten und Fahrerqualifizierungsnachweisen
- Beantragung von Führerscheinen zur Fahrgastbeförderung und die Umschreibung von Dienstfahrerlaubnissen.

Durch kurzfristige Stellennachbesetzung, angeordnete Mehrarbeit und eine befristete personelle Aufstockung im Assistenzbereich soll der Terminvorlauf wieder auf ein zuträgliches Maß verringert werden. Daneben werden sämtliche Prozesse auf weitere Verfahrensvereinfachungen hin überprüft.

Anfrage 12: Einrichtung einer Schulstraße in der Richthofenstraße: Sachstand und Ausblick
Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 15. Juni 2022

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die aktuelle verkehrliche Ausgangslage in der Richthofenstraße im Ortsteil St. Magnus sowie speziell die sich hieraus ergebende Verkehrssicherheit der Grundschülerinnen und Grundschüler der dortigen Schule St. Magnus?

2. In welchem Erarbeitungsstand befindet sich die vom Beirat Burglesum geforderte Prüfung auf Einrichtung einer sogenannten Schulstraße für den besagten Verkehrsraum der Richthofenstraße, und wann gedenkt der Senat, diesbezüglich konkrete Ergebnisse vorzulegen?

3. Welche Argumente sprechen grundsätzlich für sowie gegen die Einrichtung von sogenannten Schulstraßen im unmittelbaren Einzugsbereich von Schulstandorten, und wie gewichtet der Senat diese in seiner eigenen Abwägung?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Die Richthofenstraße ist eine Erschließungsstraße für das Wohnquartier St. Magnus, die von der Buslinie 91 befahren wird. Sie ist mit Tempo 30 beschildert und in Bezug auf Unfälle unauffällig. Gleichwohl vollzieht die Straße unweit des Schuleingangs eine leichte Richtungsänderung, was die Übersicht für die Querung erschwert.

Im Eingangsbereich der Grundschule besteht absolutes Halteverbot von 7:00 bis 9:00 Uhr und 11:00 bis 13:00 Uhr. Hinweisschilder und Bodenmarkierungen „Achtung Kinder“ befinden sich im Umfeld der Schule. Elternlotsen unterstützen die Schüler:innen beim morgendlichen Queren der Richthofenstraße auf Höhe des Eingangsbereichs. Weiterhin wurden 2008 Schülersammelplätze für den gemeinsamen Schulweg im Rahmen des „Schulexpress“ beschildert sowie der Gehweg und sichere Querungsstellen im Umfeld der Grundschule in Zusammenarbeit mit der Polizei mit „gelben Füßen“ markiert. Die Liste der Maßnahmen dokumentiert das Bestreben, die Verkehrssicherheit auf der Richthofenstraße zu verbessern und das subjektive Gefährdungsempfinden zu verbessern.

Zu Frage 2: Die Anordnung einer Schulstraße kann in Deutschland derzeit nur im Rahmen eines Verkehrsversuchs erfolgen. Voraussetzung für eine temporäre Sperrung im Bereich von Schulen ist nach § 45 Absatz 9 Satz 3 StVO die Feststellung einer „einfachen Gefahrenlage und die verhältnismäßige Wahl der Maßnahme zur Erreichung des Ziels“. Ein Konzept zur Durchführung eines Verkehrsversuchs „Schulstraße“ sowie die Definition von infrastrukturellen Rahmenbedingungen befinden sich in Abstimmung.

Zu Frage 3: Schulstraßen können die Schulwegsicherheit der Kinder durch Reduzierung des Verkehrsaufkommens und Geschwindigkeiten im direkten Schulumfeld erhöhen. Schulstraßen ermöglichen sicheres Queren und Ankommen im Eingangsbereich der Schule. Sie stehen im Kontext der wünschenswerten Reduktion von Hol- und Bringverkehren im Schulumfeld beziehungsweise in den Quartieren. Weitreichendere

weiche Effekte für Kinder sind die Verbesserung der Selbstständigkeit und Aufmerksamkeit im Straßenverkehr sowie Bewegung. Untersuchungen in Wien bestätigen dies, hier werden Schulstraßen bereits seit Jahren umgesetzt. Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau unterstützt daher eine Kampagne für selbstständige Schulwege zu Beginn des kommenden Schuljahres.

Eine wie auch immer geartete Sperrung des fließenden Verkehrs, wie dies im Zuge der Anordnung einer Schulstraße erforderlich wird, muss durch die Polizei erfolgen.

Anfrage 13: Gleiche Rechte für alle, auch für schwerbehinderte Menschen?

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Claas Rohmeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU

vom 15. Juni 2022

Wir fragen den Senat:

1. Für welche städtischen Kultur- und Veranstaltungsorte können auf einen Rollstuhl angewiesene Personen ihre Tickets für Rollstuhlplätze im Vorverkauf online erwerben, und für welche nicht?
2. Inwiefern sind dem Senat Fälle bekannt, in denen Tickets für Rollstuhlplätze – im Gegensatz zu regulären Tickets – an einzelnen (Vor-)Verkaufsstellen nicht erworben werden können?
3. Was sind jeweils die Gründe für die in den Fragen Nummer 1 und 2 abgefragten Sachverhalte, und wie bewertet der Senat diese?

Antwort des Senats:

Zu den Fragen 1 bis 3: Online können Tickets für Menschen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, für die meisten Kultureinrichtungen, wie etwa das Theater Bremen, über einen entsprechenden Webshop gebucht werden. Bei Fremdveranstaltungen werden teils von Veranstaltersseite Rollstuhlplätze vorsorglich gesperrt, sodass diese Plätze telefonisch oder per E-Mail gebucht werden müssen. Dies liegt wesentlich im Ermessen des sich einmietenden Veranstalters. Somit werden Rollstuhlplätze lediglich telefonisch, vor Ort oder per Mail vertrieben. Nach eigenen Angaben verfährt auch das Konzerthaus Die Glocke entsprechend und begründet dies mit Fehl-

buchungen in der Einführungsphase des Webshops. Auch sei es laut Glocke technisch nicht möglich, dass das verwendete System bei der von Kund:innen vielfach genutzten Bestplatzbuchung die Rollstuhlplätze ausspare.

Fälle, in denen Tickets für Rollstuhlplätze im Vorverkauf nicht vor Ort erhältlich waren, hat die Abfrage des Senats bei den Kultureinrichtungen nicht ergeben.

Der Senat hält es im Sinne der von der Freien Hansestadt Bremen ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention nicht für angemessen, dass Menschen, die auf den Rollstuhl angewiesen sind, ihre Tickets nicht in frei zugänglichen Webshops buchen können. Der Senator für Kultur wird im Rahmen einer Abfrage vertiefte Daten zum Thema erheben und über die Ergebnisse mit den städtischen Kultureinrichtungen in Austausch treten. Das Ziel muss es aus Sicht des Senats sein, diese zusätzliche Hürde möglichst flächendeckend und umfassend abzubauen. Der Senat schlägt vor, dass über die Ergebnisse dieser Bemühungen noch in dieser Legislaturperiode in der städtischen Deputation für Kultur berichtet wird.

Anfrage 14: Nahversorgung mit Postdienstleistungen

Anfrage der Abgeordneten Mehmet Ali Seyrek, Valentina Tuchel, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

vom 21. Juni 2022

Diese Anfrage wurde zurückgezogen.

Anfrage 15: Welches ressortübergreifende Gesamtkonzept zur Entfernung von Farbvandalismus hat der Senat entsprechend dem Bericht des Petitionsausschusses, Petition S 20/139, erstellt?

Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 22. Juni 2022

Wir fragen den Senat:

1. Wie sieht das Gesamtkonzept zur Beseitigung von Farbvandalismus in Bremen gemäß dem Parlamentsauftrag – Petition S 20/139, Ehepaar Berthold – aus, wer ist beteiligt, und wer hat die Federführung?

2. Wie sieht der zeitlich und finanziell unterlegte Projektplan zur Umsetzung des Parlamentsauftrags aus, und was wurde davon bisher umgesetzt oder beauftragt?

3. Welche privaten Unterstützungsmöglichkeiten für die Entfernung von Schmierereien wurden geprüft, und mit welchem Ergebnis?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Der Senator für Inneres plant gemeinsam mit der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sowie der Bremer Stadtreinigung ein Pilotprojekt zur Beseitigung von Farbvandalismus. Bei diesem sollen unter anderem in Zusammenarbeit mit der Handelskammer sowie der Malerinnung Flächen von illegalen Farbschmierereien im Stadtteil Vegesack gereinigt werden. Die Zusammenarbeit mit weiteren Behörden und weiteren freien Trägern, aber auch Finanzierungsbedarfe sowie die Haftungsfrage für gegebenenfalls bei der Reinigung auftretende Schäden werden in diesem Zusammenhang geprüft. Sofern in Vegesack Erfolge erzielt werden, sollen die Erkenntnisse auf das gesamte Stadtgebiet übertragen werden. Bei dann etablierten Abläufen könnten auch ermittelte Täter:innen im Rahmen der Diversion, das heißt der informellen Erledigung von Jugendstrafverfahren, an der Beseitigung der Verschmutzungen beteiligt werden.

Ob die Förderung von Freiflächen für angehende Graffiti-Künstler:innen ein wirkungsvolles Element eines Gesamtkonzepts gegen Farbvandalismus sein kann, steht infrage. Farbvandalismus geht sehr vielfach nicht von Graffiti-Künstler:innen aus, sondern hat nicht künstlerische Zwecke und Hintergründe. Entsprechende Täter:innen können mit solchen Freiflächen kaum erreicht werden. In dem Bericht des Petitionsausschusses wurde der Farbvandalismus außerhalb der Freiflächen daher auch als „Nervenkitzel“ für die Täter:innen beschrieben. Bei den Abstimmungsgesprächen mit der Stadt Pforzheim wurde ebenfalls berichtet, dass die bereitgestellten Flächen nicht dazu geführt haben, den Farbvandalismus einzuschränken; im Gegenteil, denn eine Vielzahl der dort ermittelten Täter:innen war zuvor an Freiflächen aktiv und verlagerte von dort in das Stadtgebiet.

Zu Frage 2: Es sind für das Pilotprojekt bereits mehrere Absprachen zwischen den Ressorts, der

Handelskammer Bremen sowie mit der Polizei und Malerinnung aus Pforzheim erfolgt. Erkenntnisse aus einem dortigen Anti-Graffiti-Projekt sind berücksichtigt worden. Nach den Sommerferien werden bei einem Ortstermin in Vegesack mit den erforderlichen Fachleuten die konkreten Möglichkeiten und notwendigen Umsetzungsschritte festgelegt. Die erste Reinigungsaktion soll noch in diesem Jahr erfolgen. Durch die bislang fehlenden Haushaltsmittel ist jedoch eine nachhaltige Beseitigung von Farbvandalismus erschwert. Finanzierungsmöglichkeiten werden geprüft.

Zu Frage 3: Die Unterstützung Privater bei der kostenintensiven Entfernung von Graffiti ist nicht vorgesehen. Der Senat hält das Freiburger Modell für sinnvoll, bei dem Geschädigte von Farbvandalismus einen Malerbetrieb der Malerinnung mit der Überstreichung der Fläche beauftragen und im Gegenzug eine „Nachstreichgarantie“ für einen gewissen Zeitraum erhalten. Die hierfür erforderlichen Absprachen sind jedoch noch nicht erfolgt, da zunächst der Pilotversuch in Vegesack umgesetzt werden soll.

Ausdrücklich begrüßt werden vom Senat zudem Projekte zur Verschönerung von zum Beispiel Strom- und Verteilerkästen, wie aktuell in Gröpelingen. Dort gestalten Kinder und Jugendliche aus der Nachbarschaft beschmutzte Kästen mit eigens entworfenen Motiven.

Anfrage 16: Zahlt der Senat zu hohe Mieten für neue Übergangwohnheime?

Anfrage der Abgeordneten Jens Eckhoff, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 28. Juni 2022

Wir fragen den Senat:

1. Wie beurteilt der Senat jeweils die derzeit vorgesehenen Mietpreise für die neuen Übergangwohnheime in der Neuwieder Straße, im Townside Hostel und auf dem Gelände des Landhauses Borgfeld?

2. Welche alternativen Anmietungen zu welchen möglichen Konditionen hat der Senat jeweils geprüft?

3. Wie beurteilt der Senat die Alternative des Baus oder Erwerbs eigener Übergangwohnheime der Freien Hansestadt Bremen, gegebenenfalls über städtische Wohnungsbauunternehmen, beziehungsweise der Umnutzung oder

des Umbaus eigener Bestandsimmobilien aus wirtschaftlicher Sicht?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Der Senat hat die Kosten für die genannten Unterkünfte dargelegt in der Beschlussvorlage „Schaffung von zusätzlichen Plätzen zur Unterbringung von geflüchteten und duldungssuchenden Menschen“.

Bei dem Übergangwohnheim in der Neuwieder Straße handelt es sich um Wohncontainer, die dort bereits seit einiger Zeit stehen. Die Container müssen umgesetzt werden, weil die Fläche künftig nicht mehr zur Verfügung steht. Wiederaufgebaut werden die Wohncontainer auf einer Fläche der BREBAU GmbH, die sich zu 100 Prozent im städtischen Eigentum befindet. Der Preis für die Nutzung der Fläche liegt bei zwei Euro pro Quadratmeter und ist nach Auffassung des Senats angemessen. Mietkosten für die Container fallen nicht an, da sie sich im Besitz der Stadt befinden.

Beim Townside Hostel handelt es sich um ein bestehendes einfaches Hotel. Der Betrieb des Hostels wird auch angesichts der Aufnahme von Geflüchteten aufrechterhalten. Damit fallen Kosten, die sonst bei Betrieb eines Übergangwohnheims entstehen, wie Reinigung, Wachdienst, Hausmeistertätigkeiten, nicht an. Die Kosten sind noch nicht endgültig verhandelt, es wird aber sichergestellt, dass sie grundsätzlich angemessen sein werden.

Bei dem geplanten Übergangwohnheim auf dem Gelände des Landhauses Borgfeld handelt es sich um einen Neubau. Die in der oben genannten Senatsvorlage angegebenen Kosten stellen eine fundierte Schätzung dar. Das Projekt muss nun weiter geplant und bewertet werden.

Zu Frage 2: Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport prüft alle Immobilien, die sich im Besitz der Stadt befinden oder die von privaten Eigentümern und Eigentümerinnen angeboten werden. Ablehnungsgründe können unter anderem zu hohe Kosten sein, unpassende räumliche Zuschnitte, fehlender Brandschutz, nicht geeignete Lagen und nicht rentable Herichtungskosten. Eine räumliche Verteilung über das gesamte Stadtgebiet ist darüber hinaus ein grundsätzliches Ziel.

Zu Frage 3: Die Umnutzung und der Umbau von städtischen Bestandsimmobilien wird grundsätzlich geprüft. Städtische Immobilien, wie zum Beispiel das ehemalige Versorgungsamt in der Friedrich-Rauers-Straße, werden auch als Übergangwohnheim genutzt.

Die Frage nach der Wirtschaftlichkeit kann dabei nicht pauschal beantwortet werden. Sie hängt von den konkreten Gegebenheiten ab. Die an mehreren Standorten genutzten Container und Mobilbauten befinden sich beispielsweise im Eigentum der Stadtgemeinde Bremen. Die Kosten variieren unter anderem nach Nutzungsdauer. Die in der Vorlage angeführten Immobilien stehen nicht zum Verkauf. Insofern erübrigt sich hier die Prüfung der Wirtschaftlichkeit. Der Bau eines Übergangwohnheims durch eine städtische Gesellschaft ist eine Option, die grundsätzlich in die Prüfung miteinbezogen wird.

Anfrage 17: Temporäre Umnutzung der Straßenbahntrasse auf der Obernstraße im Zuge der Umleitung im Sommer 2022

Anfrage der Abgeordneten Elombo Bolayela, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 29. Juni 2022

Wir fragen den Senat:

1. Welche Möglichkeiten sieht der Senat für Pop-up-Kultur- und Gastronomieformate auf der ungenutzten Straßenbahntrasse der Obernstraße im Zuge der dreiwöchigen Straßenbahnumleitung der Linien 2 und 3 im August 2022, und welche unterstützenden Mittel und Maßnahmen wird der Senat für die schnelle Umsetzung entsprechender Angebote bereitstellen?

2. Welche kulturellen und wirtschaftlichen Akteur:innen sind laut Meinung des Senats bei einer kulturellen Nutzung der Straßenbahntrasse miteinzubeziehen?

3. Wie kann sichergestellt werden, dass durch die Umleitung der Straßenbahnen und die dadurch entstehende Möglichkeit einer temporären kulturellen und gastronomischen Nutzung der Trasse wertvolle Erkenntnisse für den übergeordneten Bewertungsprozess hinsichtlich der künftigen Innenstadtentwicklung gezogen werden können?

Antwort des Senats:

Vorbemerkung: Im Zeitraum 14. Juli bis zum 3. August 2022 ist ein dreiwöchiger Sperrzeitraum vorgesehen, in dem die Linien 2 und 3 umgeleitet werden. Danach schließt sich in der Zeit vom 4. August bis zum 24. August 2022 unmittelbar die nächste Bauphase an, in der alle Linien (1, 2 und 3), die im Bereich Am Brill verkehren, umgeleitet werden.

Zu Frage 1: Genuss und Erlebnis sind ein fester Bestandteil der Belegung der Innenstadt. Mit La Strada, Open Space, dem neuen Stadtfest HOEG, dem Sambakarneval in den Wallanlagen, der Breminale, der Beachvolleyballtour, dem Sommer Summarum und der kulturellen Bespielung der Innenstadt aus den Mitteln des Aktionsprogramms Innenstadt finden aktuell nahezu an jedem Wochenende Feste und Veranstaltungen zur Bespielung der Innenstadt statt.

In den Kalendern der Künstlerinnen und Künstler, aber auch der Gastronomen und Eventagenturen finden sich daher kaum noch freie Zeitfenster, zumal in den Sommermonaten auch Stadtfeste und kleine und große Festivals – wie Neustadt SummerSounds vom 12. bis 14. August 2022 – in Bremen und der Umgebung stattfinden. Ein großes kulturelles Event wird daher nicht realisiert werden können. Dies ist auch darin begründet, dass aufgrund der aktuellen Probleme in der Baubranche (Lieferkettenproblematik et cetera) keine frühzeitige Festlegung der Baufenster erfolgen konnte und langfristige Planungen daher nicht möglich waren.

Gleichwohl wird aktuell geprüft, ob es möglich ist, an zumindest einem Wochenende die temporäre Verlegung der Straßenbahnen für Kultur- und Gastronomieangebote zu nutzen und ob kleinere temporäre Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität möglich sind. Demnach kann noch keine Auskunft des Senats zu

unterstützenden Mitteln und Maßnahmen gegeben werden.

Zu Frage 2: In Bremen gibt es mit der CityInitiative Bremen Werbung e. V., der Wirtschaftsförderung Bremen, der M3B GmbH und dem Kulturressort etablierte Akteur:innen für die Umsetzung einer kulturellen und gastronomischen Nutzung der Straßenbahntrasse. Die CityInitiative hat den Straßenraum Obernstraße beim Ordnungsamt vorsorglich reserviert.

Eventagenturen und kulturelle Akteure müssten bei einer so kurzfristigen Planung und Organisation miteinbezogen werden, um vor dem Hintergrund der aktuellen Belastung der genannten Akteure aufgrund der geschilderten vielfältigen Aktivitäten zur Belegung der Innenstadt ein geeignetes Programm organisieren zu können. Ob dies vor dem Hintergrund der kaum noch vorhandenen freien Zeitfenster der Künstlerinnen und Künstler und der Gastronomen für ein zeitlich begrenztes Event möglich ist, wird aktuell geprüft. Durchgeführt werden kann eine solche Veranstaltung überhaupt nur dann, wenn die erforderliche Qualität gesichert werden kann.

Zu Frage 3: Eine deutlich verbesserte Aufenthaltsqualität lässt sich nur durch eine umfassende Umgestaltung des Straßenraumes erreichen. Zur Beantwortung der Frage, welche Potenziale durch eine Verlegung der Straßenbahn entstehen könnten und wie der öffentliche Raum zukünftig genutzt werden sollte, um die Wünsche der Menschen und die Ziele der Innenstadtentwicklung bestmöglich zu erfüllen, wäre daher ein umfassender planerischer Vorlauf und Umgestaltungsprozess erforderlich. Durch eine kurzfristige, temporäre Maßnahme lassen sich lediglich erste Ideen und Erkenntnisse gewinnen, keinesfalls aber eine vollständige Beurteilung der Potenziale und Chancen eines Umbaus der Straßenbahntrasse.

Konsensliste

Von der Stadtbürgerschaft in der 39. Sitzung nach interfraktioneller Absprache
beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
17.	Flächennutzungsplan Bremen 15. Änderung Bremen-Blumenthal „An der Landesgrenze“ (Bearbeitungsstand 13.08.2021) Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2022 (Drucksache 20/718 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt die 15. Änderung des Flächennutzungsplans.
18.	Bebauungsplan 1627 für ein Gebiet in Bremen Lüssum-Bockhorn südlich der Straße „An der Landesgrenze“ (Gemeinde Schwanewede), nordöstlich der Straße „Im Neuen Kamp“ sowie im Übergang zum Landschaftsschutzgebiet „Binnendüne- Bockhorn/Wölpscher Berg“ (Bearbeitungsstand 13.08.2021) Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2022 (Drucksache 20/719 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 1627.
20.	Bebauungsplan 2524 für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Heinrich-Plett-Allee, Nimweger Straße und Am Sodenmatt sowie südöstlich der Nimweger Straße zwischen Amersfoorter Straße und Eindhovr Straße (Bearbeitungsstand: 08.04.2022) Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2022 (Drucksache 20/721 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2524.
21.	Bebauungsplan 2518 für ein Gebiet in Bremen-Vahr, Ortsteil Gar- tenstadt Vahr zwischen Konrad-Adenauer-Allee, Ostpreußi- sche Straße und Kleingartengebiet (Bearbeitungsstand: 25.04.2022) Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2022 (Drucksache 20/722 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2518.
22.	Mit vereinter Kraftanstrengung kurzfristig zu- sätzliche Krippen- und Kitaplätze in Bremen schaffen Antrag der Fraktion der CDU vom 28. Juni 2022 (Drucksache 20/724 S)	Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur weiteren Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Kinder und Bildung.

Frank Imhoff
Präsident der Bremischen Bürgerschaft